

Geburtenentwicklung und Kinderwunsch im europäischen Vergleich: eine Analyse der Länder Österreich, Schweden und Spanien (Teil 1)

Rille-Pfeiffer, Christiane

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Rille-Pfeiffer, C. (2007). *Geburtenentwicklung und Kinderwunsch im europäischen Vergleich: eine Analyse der Länder Österreich, Schweden und Spanien (Teil 1)*. (Working Paper / Österreichisches Institut für Familienforschung, 61). Wien: Österreichisches Institut für Familienforschung an der Universität Wien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-356690>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Österreichisches Institut für Familienforschung
Austrian Institute for Family Studies

Working Paper

Christiane Rille-Pfeiffer

Geburtenentwicklung und Kinderwunsch im europäischen Vergleich

Eine Analyse der Länder Österreich, Schweden
und Spanien (Teil 1)

Nr. 61 | 2007



universität
wien

Working Paper Nr. 61 | 2007

Christiane Rille-Pfeiffer

Geburtenentwicklung und Kinderwunsch im europäischen Vergleich

Eine Analyse der Länder Österreich, Schweden und Spanien (Teil 1)

Gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Gesundheit, Familie und Jugend über die
Familie & Beruf Management GmbH



Kontakt:

Mag. Christiane Rille-Pfeiffer | +43-1-535 14 54-27 | christiane.rille-pfeiffer@oif.ac.at

Österreichisches Institut für Familienforschung der Universität Wien
A-1010 Wien | Gonzagagasse 19/8
Tel +43-1-535 14 54 | Fax +43-1-535 14 55
team@oif.ac.at | www.oif.ac.at

Abstract

Das vorliegende Working Paper stellt den ersten Teil eines Projektes zum Thema Geburtenentwicklung und Kinderwunsch dar. Konkret geht es um die Frage, warum in einigen europäischen Ländern die Geburtenzahlen stabil sind bzw. sogar zunehmen und im Gegensatz dazu die Fertilität in anderen Ländern rückläufig ist. Diesbezügliche Erklärungsansätze müssen gesellschaftliche und strukturelle Rahmenbedingungen berücksichtigen, aber auch Entscheidungsprozesse auf individueller Ebene sowie auf der Paarebene miteinbeziehen. Die meisten theoretischen Modelle stützen sich in ihren Argumentationen nur auf eine dieser Dimensionen und greifen daher zu kurz.

Ziel des Projektes ist die Konzeption eines mehrdimensionalen Modells und dessen empirische Überprüfung in einem Drei-Länder-Vergleich „Österreich-Schweden-Spanien“. Diese Länder repräsentieren in ihrer Heterogenität die unterschiedlichen Trends in Europa und lassen dadurch gewisse, allgemeine Schlussfolgerungen für die gesamteuropäische Geburtenentwicklung zu.

Der hier vorgestellte erste Projektabschnitt beinhaltet die theoretische Grundlegung, die Modellkonzeption und die sozialstatistische Analyse der untersuchten Länder. Der sozialstatistische Ländervergleich und die Ergebnisse der qualitativen Studie „Kinderwunsch von Paaren“ stellen die empirische Datenbasis dar, um die Forschungsfragen zu beantworten sowie die Tauglichkeit des entwickelten Modells zu überprüfen.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	3
2. Hintergrund zum Stand der Forschung	3
3. Projektbeschreibung	5
3.1 Zielsetzung	5
3.2 Untersuchungsdesign	6
3.2.1 Theoretische Fundierung und Modellbildung	6
3.2.2 Sozialstatistischer Ländervergleich	9
3.2.2.1 Zielsetzung	9
3.2.2.2 Methodik	10
3.2.3 Qualitative Studie „Kinderwunsch von Paaren“	10
3.2.3.1 Zielsetzung	11
3.2.3.2 Fragestellungen	11
3.2.3.3 Methodik	11
3.2.3.3.1 Stichprobe	11
3.2.3.3.2 Interviewtechnik	12
3.2.3.3.3 Auswertungsverfahren	13
4. Generatives Verhalten und mögliche Einflussgrößen	14
4.1 Was können Wohlfahrtsstaat und Familienpolitik bewirken?	14
4.2 Der Übergang zum Erwachsenwerden und der Familienbildungsprozess	18
4.3 Bildung als Indikator für Fertilitätsentscheidungen	20
4.4 Partnerschaft und Geschlechtsrollen	23
4.5 Erwerbstätigkeit und Mutterrolle – zwei einander ausschließende Konzepte?	24
4.6 Finanzielle und materielle Voraussetzungen für Elternschaft	26
5. Die Geburtenentwicklung in Österreich, Schweden und Spanien	27
5.1 Geburtenzahlen	28
5.2 Fertilitätsraten	30
5.2.1 Gesamtfertilitätsrate (TFR)	30
5.2.2 Kohortenfertilitätsrate (CFR)	31
5.3 Geburtenfolge	32
5.4 Kinderlosigkeit	35
5.5 Gebäralter	36
5.6 Nichteheleiche Geburten	38
6. Fertilitätsbezogene Einflussfaktoren und ihre Ausprägungen in Österreich, Schweden und Spanien	39
6.1 Wohlfahrtsstaatliche Gestaltungsprinzipien	39
6.2 Der Übergang zum Erwachsenwerden	43
6.3 Bildungsbeteiligung und Bildungsniveau	48
6.4 Eheschließungen und Ehescheidungen	51
6.5 Erwerbstätigkeit	55
6.6 Einkommenssituation und Armutsgefährdung	58
7. Abschließende Bemerkungen und Ausblick	62
Literaturverzeichnis	63

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Theoretisches Modell zur Erklärung von Fertilitätsentscheidungen	8
Abbildung 2:	9
Abbildung 3: Frauen im fertilen Alter (15-44 Jahre), zweiachsige Darstellung	29

Abbildung 4: Gesamtfertilitätsrate (TFR) von 1960 bis 2005	31
Abbildung 5: Kohortenfertilitätsrate (CFR) der Jahrgänge 1930 bis 1965.....	32
Abbildung 6a: Lebendgeborene nach der Geburtenfolge, Österreich 1984-2004.....	33
Abbildung 7: Prozentuelle Veränderung gegenüber dem Jahr 1984	35
Abbildung 8: Durchschnittliches Gebäralter der Frauen.....	37
Abbildung 9: Durchschnittliches Alter der Frauen bei der ersten Geburt	38
Abbildung 10: Anteil der nichtehelichen Geburten an allen Geburten.....	39
Abbildung 11: Durchschnittliche Anzahl an Personenjahren in der Ausbildung (zwischen 15 und 30 Jahren), nach Geburtsjahrgängen	44
Abbildung 12: Durchschnittliche Anzahl an Personenjahren im Erwerb (zwischen 15 und 30 Jahren)	45
Abbildung 13: Mittleres Alter beim Eintritt einzelner Lebensereignisse, nach Geburtskohorten 1958-62	47
Abbildung 14: Bildungsbeteiligung im Alter von 15-24 Jahren (ISCED 1-6)	49
Abbildung 15: Anteil von Personen im Alter von 25 bis 64 Jahren, die zumindest einen höheren Sekundarabschluss erreicht haben ("Maturaniveau")	50
Abbildung 16: Weibliche Studierende (ISCED 5-6), in % an allen Studierenden dieser Stufe	51
Abbildung 17: Gesamterstheiratsrate (TFMR) für Frauen und Männer.....	53
Abbildung 18a: Durchschnittliches Erstheiratsalter für Frauen	54
Abbildung 19: Beschäftigtenquote der Personen im Alter von 15 bis 24 Jahren in % der gleichaltrigen Bevölkerung, nach Geschlecht	56
Abbildung 20: Arbeitslosenquote von Personen im Alter von 15 bis 24 Jahren in % aller gleichaltrigen Erwerbspersonen, nach Geschlecht	57
Abbildung 21: Arbeitslosigkeitsrate nach Beendigung der ununterbrochenen Erstausbildung, in Monaten.....	58
Abbildung 22: Primäreinkommen, in Kaufkraftkonsumstandards (KKKS) je Einwohner	60
Abbildung 23: Verfügbares Einkommen, in Kaufkraftkonsumstandards (KKKS) je Einwohner	60
Abbildung 24: Armutsgefährdungsquote ^a nach Alter, 2004.....	61

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Übersicht über die Stichprobe	11
Tabelle 2: Fertilitäts-Kennziffern in Österreich, Schweden und Spanien	28
Tabelle 3: Lebendgeborene pro Jahr, in Tausend	29
Tabelle 4: Anteil der kinderlosen Frauen nach Geburtskohorte (1940-1965)	36
Tabelle 5: Ausgaben für Familie und Kinder, in % des Bruttoinlandsprodukts (BIP)	42
Tabelle 6: Regelungen zum Mutterschaftsurlaub 2005/2006.....	42
Tabelle 7: Betreuungsquoten für Kinder unter 6 Jahren, 2004	43
Tabelle 8: Ausgewählte Lebensereignisse - Anteil jener Personen, bei denen bis zum Alter .. von 25 Jahren das jeweilige Ereignis eingetreten ist, nach Geburtskohorten 1941-66 ..	46
Tabelle 9: Dauer zwischen erstem Erwerbseintritt bzw. erster Lebensgemeinschaft und der .. Geburt des ersten Kindes, nach Geburtskohorten 1958-62.....	48
Tabelle 10: Eheschließungen pro Jahr, in Tausend.....	52
Tabelle 11: Kennziffern zur Erwerbstätigkeit.....	55
Tabelle 12: Kennziffern zur finanziellen Situation	59

1. Einleitung

Das Österreichische Institut für Familienforschung (ÖIF) führt ein vom Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz gefördertes Projekt zur Fertilitätsentwicklung in Europa durch. Der Titel der Studie lautet „*Geburtenentwicklung und Kinderwunsch im europäischen Vergleich. Eine Analyse der Länder Österreich, Schweden und Spanien*“.

Der vorliegende Zwischenbericht zu dieser Forschungsarbeit zieht Bilanz über die bis dato durchgeführten Arbeitsschritte und beschreibt den Status Quo der Ergebnisse. Der Schwerpunkt des Berichts liegt einerseits auf der Beschreibung des Forschungsdesigns und der Modellentwicklung und andererseits auf der Darstellung erster Ergebnisse des sozialstatistischen Ländervergleichs. Die nachfolgenden Ausführungen sind deskriptiven Charakters und nicht in einem schlussfolgernden Sinne zu verstehen. Gemäß Forschungskonzept werden die hier dargestellten Ergebnisse mit jenen der qualitativen Untersuchung verknüpft und gemeinsam interpretiert. Schlussfolgernde Aussagen können daher erst nach Abschluss aller Arbeitsschritte und deren Zusammenschau im Endbericht gemacht werden.

2. Hintergrund zum Stand der Forschung

Die Geburtenentwicklung und das generative Verhalten in Europa sind zu einem viel diskutierten Thema in Politik und Wissenschaft geworden. Dabei geht es meist um eine Folgenabschätzung der niedrigen Fertilität für das gesamtgesellschaftliche Gefüge. Die ExpertInnen sind sich prinzipiell darüber einig, dass der Geburtenrückgang und die daraus resultierende alternde Bevölkerungsstruktur Auswirkungen in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen haben werden.

Wie dramatisch diese Konsequenzen jedoch sein werden, wird seitens der Wissenschaft unterschiedlich eingeschätzt. In zahlreichen Arbeiten (z.B. *Dumont*, 2003; *Bagavos et al.*, 2001) werden einschneidende Konsequenzen prognostiziert – vor allem für das Pensions- und Krankenversicherungssystem. Diese würden zukünftig aufgrund der geringer werdenden Zahl an Erwerbspersonen nur schwer in ihrer bisherigen Form aufrechtzuerhalten sein. Niedrige Geburtenraten fänden aber auch in der Wirtschaftsdynamik ihren Niederschlag, wie etwa in Form von veränderten Verbrauchsmustern und geringeren Investitionsanreizen. Nicht zuletzt werden in den hier beschriebenen Argumentationen eine Reihe von negativen, sozialen und politischen Folgen angeführt, wie beispielsweise das Schrumpfen des Familiennetzwerkes und der Wegfall bestimmter bisher durch Familienangehörige erbrachter Leistungen, der erhöhte Pflegebedarf für die immer größer werdende Bevölkerungsgruppe der alten Menschen, mögliche Konflikte zwischen den Generationen, veränderte politische Ansprüche aufgrund der alternden Wählerschaft. Aber auch die generellen Auswirkungen, die eine alternde Gesellschaft mit sich bringt, wie etwa den veränderten Umgang mit Massenmedien oder – als Gegensteuerungsstrategie zur Alterung der Wirtschaft – die Notwendigkeit zu lebenslangem Lernen, sind Gegenstand der Diskussion (vgl. *Jansen et al.*, 2005). Demgegenüber können andere WissenschaftlerInnen den aktuellen Veränderungen im Bereich der Geburtenentwicklung – speziell im Zusammenhang mit dem Erwerbsleben – jedoch durchaus positive Aspekte abgewinnen (vgl. *Buck et al.*, 2002). Sie sprechen von einer Entlastung des Arbeitsmarktes und damit der Entschärfung der Problematik der

Arbeitslosigkeit. Der Rückgang des Arbeitskräfteangebotes werde dabei gerade Frauen und älteren ArbeitnehmerInnen zugute kommen. Diese Einschätzungen basieren allerdings auf der Annahme, dass sich die Geburtenentwicklung - wenngleich auf niedrigem Niveau - stabilisieren werde. Der Trendforscher *Matthias Horx* (2002) prognostiziert für die kommenden Jahre sogar einen Aufwärtstrend der Fertilität. Als Auslöser dafür nennt er gesellschaftliche Reformen, einen Wertewandel, aber auch wirtschaftliche Anreize.

Die aktuelle Forschungsliteratur zum generativen Verhalten lässt sich idealtypisch in vier Gruppen unterteilen: erstens die Überprüfung bestehender Theorien und Modelle, zweitens die deskriptive – meist komparative - Analyse der jüngeren Geburtenentwicklung, drittens die Ursachenforschung, viertens die Folgenabschätzung und Prognose der zukünftigen Entwicklungen. Beim Versuch einer größenmäßigen Einordnung der bestehenden Studien gewinnt man den Eindruck, dass die meisten Arbeiten zur Überprüfung bestehender Erklärungsansätze und zu deskriptiven Ländervergleichen existieren. Schon deutlich weniger Forschungsliteratur gibt es zu den potentiellen Auswirkungen der Geburtenentwicklung auf das Gesellschaftssystem. Diese basieren in der Regel auf einer statistischen Prognose der zukünftigen Geburtenzahlen und zeigen mögliche Problemfelder in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen auf. Der eindeutig geringste Wissensstand wurde im Bereich der Ursachenforschung akkumuliert, zu der die gegenständliche Studie einen Beitrag liefern möchte.

Die Ursachenforschung ist dadurch gekennzeichnet, dass die meisten Ansätze entweder auf der Makro- oder auf der Mikroebene argumentieren und ausschließlich dort die Faktoren zur Erklärung der Geburtenentwicklung suchen. Als *die* zentralen Einflussgrößen in der demographischen Forschung werden meist entweder das weibliche Bildungs- und Erwerbsverhalten oder die familienpolitischen Rahmenbedingungen in den Mittelpunkt der Betrachtung gerückt. Die Fokussierung auf jene Indikatoren mag in der Annahme begründet sein, dass die Überprüfung von potentiellen Zusammenhängen die Quantifizierbarkeit von Indikatoren voraussetzt – was in diesen beiden Fällen als gegeben angenommen wird. Wesentlich ist jedoch, dass andere Einflussgrößen gänzlich unberücksichtigt bleiben und der Forschungsgegenstand daher zu stark vereinfacht wird.

Aber auch andere wissenschaftliche Disziplinen, die sich mit der Erforschung des generativen Verhaltens beschäftigen, beschreiten einen ähnlichen Weg. Die soziologische Ursachenforschung benennt als zentrale Kategorie für Veränderungen im generativen Verhalten die gesellschaftliche Modernisierung. Der Wertewandel und die Individualisierung gelten als Auslöser für die veränderte Familienentwicklung und stehen dementsprechend im Fokus der Analysen. Die individuelle Dimension bleibt dabei auf der Strecke. Die psychosoziale Forschung hingegen bezieht sich primär auf die individuelle Ebene und beleuchtet die Motive für oder gegen Kinder. Unberücksichtigt bleiben meist die strukturellen Rahmenbedingungen und der Einfluss des gesellschaftlichen Werte- und Normensystems.

Auch wenn sich die beschriebenen Ansätze ursächlich aus der jeweiligen wissenschaftlichen Disziplin ergeben, so kann ihr Blickwinkel doch nur ein sehr eingeschränkter sein. Sie mögen für einzelne Aspekte befriedigende Ergebnisse liefern, als Theorien zur Erklärung der Fertilitätsentwicklung greifen sie jedoch zu kurz. Trotz der kaum überschaubaren Anzahl an Forschungsarbeiten ist also eine Herangehensweise, die verschiedene Aspekte und mögliche Interdependenzen zwischen den einzelnen Einflussgrößen berücksichtigt, relativ selten. Diesbezüglich steckt die Ursachenforschung zur Geburtenentwicklung gewissermaßen in den Kinderschuhen.

Eine fundierte Analyse im obigen Sinne geht jedoch gleichermaßen Hand in Hand mit der Weiterentwicklung von *theoretischen Konzepten* zum generativen Verhalten. Als eine solche

können die in jüngerer Zeit entstandenen theoretischen Ansätze der Mehrebenen-Modelle verstanden werden (vgl. *Huinink, 2000a*) Ganz allgemein wird hier versucht, Einflussfaktoren sowohl auf der Mikro- als auch auf der Makroebene zu identifizieren und daraus ein theoretisches Modell zu konstruieren. Jene Ansätze scheinen besser geeignet, der Komplexität des Forschungsgegenstandes gerecht zu werden als Ansätze, die entweder die Mikro- oder die Makroperspektive einnehmen. Ebenfalls einen wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung der theoretischen Basis der Fertilitätsforschung hat die Einführung einer prozessorientierten und am Lebenslauf der Individuen orientierten Betrachtungsweise (vgl. *Birg et al., 1991*) geleistet. Die biographische Perspektive erlaubt die Verknüpfung der verschiedenen Lebensbereiche und kann damit die Wechselwirkung zwischen ihnen in geeigneter Weise erfassen und analysieren.

3. Projektbeschreibung

Das folgende Kapitel widmet sich der Beschreibung der Zielsetzungen und des Forschungsdesigns der gegenständlichen Studie. Neben der Darlegung der Fragestellungen wird das methodische Vorgehen für die einzelnen Projektabschnitte erläutert. Dabei wird Bezug genommen auf das zugrunde liegende Gesamtkonzept und nicht nur auf den sozialstatistischen Ländervergleich.

3.1 Zielsetzung

Wenngleich das Sinken der Geburtenzahlen meist als gesamteuropäischer Trend diskutiert wird, so scheinen dennoch einige Länder mit diesem Problem besser fertig zu werden als andere. Beispielsweise die skandinavischen Länder oder Frankreich oder Dänemark, wo die Geburtenzahlen in den letzten Jahren relativ stabil geblieben bzw. leicht angestiegen sind. Demgegenüber stehen etwa die meisten südeuropäischen Länder – allen voran Italien und Spanien, deren Fertilitätsniveau seit den 70-er Jahren rapide gesunken ist und im EU-Vergleich zu den niedrigsten gehört. Aber auch in Deutschland oder Österreich haben die Geburtenzahlen einen historischen Tiefstand erreicht.

Wie Wertestudien zeigen, haben jedoch die meisten Menschen einen Kinderwunsch. Das Bedürfnis, Kinder in die Welt zu setzen und sie aufwachsen zu sehen, scheint durchaus ein allgemein geteilter Wert zu sein. Warum bleiben aber dann doch immer mehr Menschen kinderlos? Warum bekommen Paare weniger Kinder als sie für ideal erachten? Und warum scheint diese Diskrepanz zwischen Wunsch und Realität hinsichtlich der Familiengründung in einigen europäischen Ländern weniger gravierend als in anderen?

Das vorliegende Projekt unternimmt den Versuch, Antworten auf jene Fragen zu finden. Theoretischer Ausgangspunkt sind dabei die Mehrebenen-Modelle der neueren Literatur zum generativen Verhalten. Darauf aufbauend soll ein theoretischer und empirischer Beitrag zur Erweiterung der Mehrebenen-Ansätze in der Fertilitätsforschung geliefert werden. Neben der Konzeption eines Modells zur Erklärung von Fertilitätsentscheidungen geht es auch um dessen empirische Überprüfung. Die Rückbindung zwischen Theorie und Empirie wird folgendermaßen bewerkstelligt:

1. die Konzeption des Modells,
2. die Identifikation und Analyse verschiedener *soziostruktureller* Einflussgrößen,

3. die Identifikation und Analyse *subjektiver* Entscheidungsmuster des Individuums bzw. des Paares
4. die Überprüfung des Modells.

3.2 Untersuchungsdesign

Diesen Vorüberlegungen Rechnung tragend, wurde das Untersuchungsdesign aufgebaut. Die gegenständliche Studie in vier Arbeitsschritten konzipiert, die im Anschluss erläutert werden:

1. Theoretische Fundierung und Modellbildung
2. Sozialstatistischer Ländervergleich
3. Qualitative Studie: „Kinderwunsch von Paaren“ ⇒ *Endbericht*
4. Zusammenschau der strukturellen und individuellen Ebene ⇒ *Endbericht*

3.2.1 Theoretische Fundierung und Modellbildung

Die im Vorfeld durchgeführte Literaturarbeit hatte das Ziel, eine Bestandsaufnahme der jüngeren Forschung zum generativen Verhalten durchzuführen. Dies ermöglichte die Verortung des eigenen Forschungskonzepts, aber auch die Aufdeckung möglicher Forschungsdefizite.

Zur Modellentwicklung wurden zunächst einige theoretische Annahmen getroffen. Um Fertilitätsentscheidungen in adäquater Weise nachzeichnen und interpretieren zu können, müssen diesbezügliche Erklärungsmodelle mehrdimensional sein. Die ausschließliche Betrachtung aus der Makroperspektive ist ebenso inadäquat wie ein nur auf der Ebene des Individuums ansetzendes Modell. Dies resultiert aus der Tatsache, dass individuelles Verhalten *Ebenen überschreitend* ist; d.h. individuelles Verhalten kommt in der Regel aufgrund des gleichzeitigen Zusammenwirkens unterschiedlicher Faktoren zustande, die ihrerseits auf verschiedenen Ebenen liegen. Die - in der Forschungslogik der jeweiligen Fachdisziplinen begründete - Referenz auf entweder die Mikro- oder die Makroebene dient also in erster Linie dazu, die Komplexität des Forschungsgegenstandes zu reduzieren und ihn dadurch für die eigene Disziplin besser beforschbar zu machen. Auch wenn dies vom methodologischen Standpunkt aus eine folgerichtige Herangehensweise ist, so können damit eben nur Antworten für Teilaspekte geliefert werden. Eine umfassende Erklärung generativer Entscheidungen impliziert daher einen sowohl ebenen- als auch disziplinenübergreifenden Ansatz.

In der gegenständlichen Studie wird der Versuch unternommen, ein derartiges Erklärungsmodell für das generative Verhalten zu entwickeln. Die Basis hierfür stellen bereits existierende Mehrebenen-Ansätze dar (vgl. *Coleman*, 1986; *Huinink*, 2000a; *Rieck*, 2005). Als Weiterführung jener Konzepte, die ausschließlich ein theoretisches Konzept liefern, sollen zudem sowohl Indikatoren bestimmt als auch jene empirisch überprüft werden.

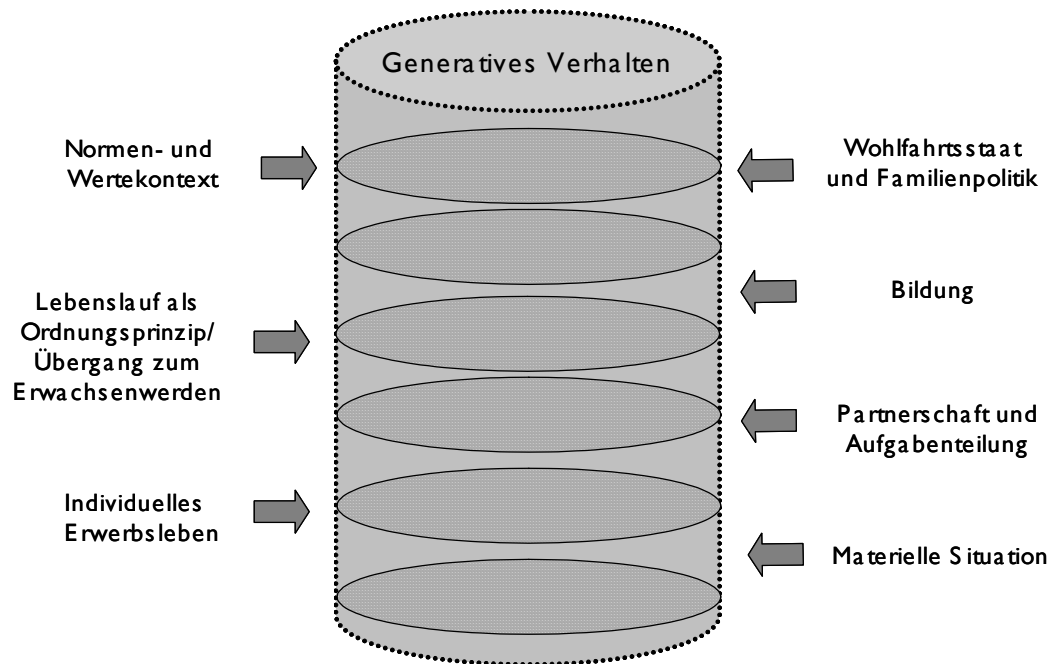
Der soziologischen Forschungsausrichtung folgend, geht es um die Erklärung einer gesellschaftlichen Entwicklung, nämlich der Geburtenentwicklung. Diese setzt sich jedoch aus den aggregierten Fertilitätsentscheidungen von Individuen zusammen, woraus sich eine am Individuum orientierte Argumentation ergibt. Das einzelne Individuum bewertet – mehr

oder weniger bewusst - die gegebenen Umstände und trifft aufgrund dieser Bewertung Fertilitätsentscheidungen. Ein theoretisches Erklärungsmodell hat daher die Aufgabe, jene Umstände zu identifizieren und abzubilden.

Über die Frage, inwieweit das generative Verhalten als Ausdruck einer bewussten Entscheidung aufgefasst werden kann, herrschen sehr unterschiedliche Auffassungen in der Wissenschaft. Verschiedene theoretische Konzepte über den Entscheidungsbegriff an sich wurden zur Klärung des Zusammenhangs herangezogen. Eine befriedigende Antwort wurde in den meisten Fällen jedoch nicht gefunden. Dies hängt möglicherweise auch mit der fehlenden Differenzierung zwischen Plan und Entscheidung zusammen. Auch wenn eine Schwangerschaft ungeplant ist, erfolgt danach eine bewusste Entscheidung für oder gegen ein Kind. Grundlegende Annahme für die vorliegende Studie ist, dass das generative Verhalten als ein bewusster Entscheidungsprozess aufgefasst werden kann. Von Entscheidung kann immer dann gesprochen werden, wenn verschiedene Handlungsoptionen offen stehen. Dies ist auch im Zusammenhang mit der Familiengründung in den allermeisten Fällen gegeben.

Wie schon erläutert, kann bei der Erklärung des generativen Verhaltens nicht von einem einfachen Ursache-Wirkungsprinzip ausgegangen werden. Vielmehr handelt es sich um das Zusammenspiel unterschiedlichster Faktoren, die auf das einzelne Individuum bei seinen Fertilitätsentscheidungen einwirken. Vorweg sei angemerkt, dass das vorgeschlagene Modell einen ersten Versuch darstellt, *einige* dieser Faktoren in ihrer Wechselbeziehung greifbar zu machen. Es existiert daher eine Fülle weiterer Einflussfaktoren, die zu berücksichtigen wären, wie z.B. individuelle Persönlichkeitsmerkmale. Die Integration von Persönlichkeitstheorien in das theoretische Modell bleibt allerdings WissenschaftlerInnen überlassen, die sich in diesem Bereich spezialisiert haben. Die Faktoren, die Eingang ins Modell gefunden haben, wurden anhand der Forschungsliteratur zur Fertilitätsentwicklung und zum Kinderwunsch identifiziert. Ihrer genauen Beschreibung ist das Kapitel 4 gewidmet, sodass sie an dieser Stelle nur aufgezählt werden: der Normen- und Wertekontext, in den Individuen eingebettet sind, die wohlfahrtsstaatlichen und familienpolitischen Rahmenbedingungen, individuelle biographische Entwicklungen, die Ausbildung und das Erwerbsleben, die Partnerschaft und die materielle Situation. Die Fertilitätsentscheidungen und das daraus resultierende generative Verhalten werden als Produkt der Summe all jener Einflussgrößen verstanden. Aus der Sicht des Individuums lassen sich die jeweiligen Faktoren jedoch nicht bestimmten Ebenen zuordnen. Wie schon angedeutet, ist die Trennung nach Ebenen zwar eine wichtige Voraussetzung für die wissenschaftliche Bearbeitung, für das Individuum in seinen Entscheidungen ist sie jedoch nicht relevant. Um also den Entscheidungsprozess aus individueller Sicht nachzeichnen zu können, werden die Einflussfaktoren nicht als auf verschiedenen Ebenen liegend verstanden, sondern als ineinander übergreifend („diffundierend“). Die nachstehende Abbildung stellt die graphische Umsetzung des Modells dar.

Abbildung 1: Theoretisches Modell zur Erklärung von Fertilitätsentscheidungen

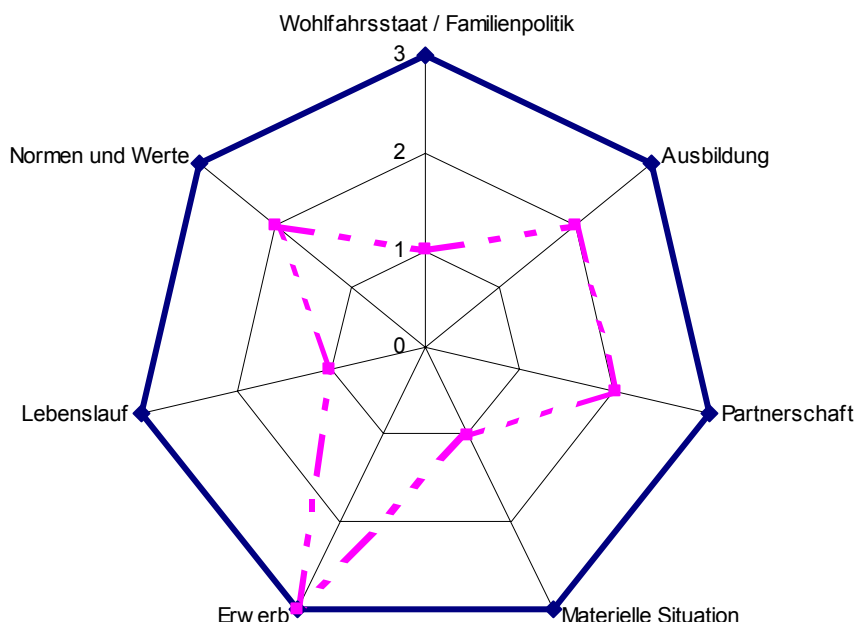


Ziel der vorliegenden Studie es weiters, das entworfene Modell einer empirischen Prüfung zu unterziehen. Zu diesem Zwecke muss eine Möglichkeit gefunden werden, sowohl die Indikatoren zueinander in Verbindung zu setzen als auch darauf basierend vergleichbare Länderprofile zu erstellen. Hier erscheint die Verwendung eines Netzdiagramms als sinnvolle Herangehensweise. Netzdiagramme werden üblicherweise als Evaluationsmethode eingesetzt und dienen der Visualisierung von quantitativen Einschätzungen und Bewertungen. Mit ihnen lassen sich Evaluationen für vorab definierte Kategorien mehrerer Gruppen abbilden und vergleichen. Jede Kategorie wird auf einer Achse abgebildet und die Werte jeder Gruppe werden mit Linien verbunden.

Ausgehend von dieser Grundidee werden für die gegenständliche Fragestellung folgende Annahmen getroffen: Das Netzdiagramm gibt Aufschluss darüber, welche Ausgangslage sich in den einzelnen Ländern für Fertilitätsentscheidungen ergibt; d.h. es geht um die Frage, in welcher Form die jeweiligen Indikatoren in den Ländern wirken. Dazu wird unterschieden in eine hemmende (1), neutrale (2) oder förderliche (3) Wirkung für Fertilitätsentscheidungen; dies spiegelt sich in der 3-Teilung der Achsen wider. Insgesamt würde das idealtypische Ländermodell – d.h. das Modell, das ausschließlich unterstützende Wirkung bei der Entscheidung zur Elternschaft hat - bei jedem Indikator den Maximalwert von 3 haben (siehe Abbildung, dunkle Linie). Viel wahrscheinlicher ist jedoch ein Mischtyp, bei dem einige Bereiche hemmend andere förderlich oder neutral wirken (siehe Abbildung, gestrichelte Linie). Die Einordnung der untersuchten Länder Österreich, Schweden und Spanien in dieses Diagramm dient dazu, die Schwächen und Stärken der unterschiedlichen Systeme auf einen Blick festzumachen und untereinander vergleichen zu können. Wenngleich durch die Festlegung der Indikatoren bereits ein erster Schritt gemacht wurde, so steht die quantitative Beurteilung und die Operationalisierung der Indikatoren noch aus. Hierbei wird es darum gehen, die Indikatoren in einzelne Bereiche zu untergliedern und jene ebenfalls quantitativ zu bewerten. Das Gesamtbild jener Bereiche ergibt dann die Bewertung für den

jeweiligen Indikator. Eine diesbezügliche endgültige Festlegung ist jedoch erst möglich, wenn die Ergebnisse aus den qualitativen Interviews vorliegen. Die Zusammenschau zwischen Sozialstatistik und individuellem Erleben stellt die Grundlage für eine solide Operationalisierung dar.

Abbildung 2:



Zum Abschluss sei hier eine methodische Bemerkung gemacht: Es ist offensichtlich, dass mit jener Vorgehensweise keine statistisch signifikanten Ergebnisse erzielt werden können. Der Vorteil jenes Ansatzes liegt jedoch darin, durch die übersichtliche Visualisierung ein Gesamtbild von mehreren Faktoren vor Augen zu haben und dadurch inhaltliche Schlussfolgerungen treffen zu können.

3.2.2 Sozialstatistischer Ländervergleich

Als erster empirischer Teil dient der sozialstatistische Ländervergleich dazu, einen Überblick über die Geburtenentwicklung im Zeitverlauf und die jeweils bestehenden Rahmenbedingungen in den ausgewählten Ländern zu bekommen. Der Fokus liegt dabei auf der Herausarbeitung bestehender Unterschiede im generativen Verhalten und deren Erklärung mittels zu identifizierender Schlüsselindikatoren.

Im Zusammenhang mit der Modellbildung kommt der Sozialstatistik folgende Bedeutung zu: einerseits ist sie Ausdruck der gesellschaftlichen Verhältnisse und andererseits aber auch Ausdruck der individuellen Verhaltensweisen. Indem sie die herrschenden Verhältnisse widerspiegelt, bekommt sie normativen Charakter und wirkt gleichermaßen auf das individuelle Verhalten zurück.

3.2.2.1 Zielsetzung

Für diesen Teil der Arbeit werden als Ziele formuliert:

- Die Klarlegung der Rahmenbedingungen für generatives Verhalten in Österreich, Schweden und Spanien
- Eine erste Einordnung, inwieweit die als relevant eingestuften Faktoren für das generative Verhalten förderlich, neutral oder hemmend wirken

3.2.2.2 Methodik

Zunächst wird die Geburtenentwicklung anhand der wichtigsten Indikatoren (Geburtenzahlen, Fertilitätsraten, Gebäralter etc.) in den untersuchten Ländern beschrieben. Wenngleich der Schwerpunkt auf der Beschreibung der aktuellen Situation liegt, wird – wenn immer es die Datenlage erlaubt – eine Betrachtungsweise über die letzten Jahrzehnte hinweg miteinbezogen. Denn gerade die Geburtenentwicklung stellt einen Untersuchungsgegenstand dar, bei dem mittel- und langfristig Effekte zum Tragen kommen. Dies setzt voraus, dass eine aussagekräftige Analyse über einen längeren Beobachtungszeitraum hinweg angelegt sein muss. Im Anschluss an die Darstellung der Geburtenentwicklung in den einzelnen Ländern werden Einflussgrößen des generativen Verhaltens identifiziert. Dies erfolgt einerseits unter Berücksichtigung der aktuellen Forschungsliteratur und andererseits durch Hypothesenbildung. Zur Beschreibung ebendieser Indikatoren werden sozialstatistische Daten herangezogen, wie z.B. Erwerbsquoten, Arbeitslosenraten, Alter beim Bildungsabschluss, Alter beim Auszug aus dem Elternhaus. Um eine größtmögliche Vergleichbarkeit zwischen den einzelnen Ländern sicherzustellen, werden überwiegend Daten aus der EUROSTAT-Datenbank herangezogen. Die Datenlage ist jedoch in den untersuchten Ländern nicht für alle Indikatoren gleich gut, d.h. es liegen teilweise keine vollständigen Zeitreihen vor bzw. sind keine aktuellen Daten zu bestimmten Indikatoren vorhanden. Daher wird in den Darstellungen ausschließlich auf jene Jahrgänge Bezug genommen, für die valide Daten in allen Ländern vorhanden sind.

3.2.3 Qualitative Studie „Kinderwunsch von Paaren“

Die qualitative Studie ist erst Gegenstand der nächsten Projektphase, die Ergebnisse werden im Endbericht beschrieben. Um jedoch die Einbettung dieses Projektteils in das Gesamtkonzept nachvollziehen zu können, wird im Folgenden das methodische Vorgehen erläutert.

Die Analyse basiert auf einer in den Jahren 2000-2002 durchgeführten Studie der Europäischen Kommission mit dem Titel „Family Impact Monitor Programme“. Hierbei handelte es sich um eine internationale Forschungskooperation von acht europäischen Ländern, an der Österreich – vertreten durch das Österreichische Institut für Familienforschung – teilgenommen hat. Dieses aus mehreren Teilbereichen bestehende Projekt beschäftigte sich in einem Projektabschnitt mit dem Kinderwunsch von jungen Paaren und führte dazu eine Datenerhebung durch. Auf eben diesem Datenmaterial baut die hier beschriebene Studie auf.

3.2.3.1 Zielsetzung

Es soll aufgezeigt werden, wie Paare den Kinderwunsch in den ausgewählten Ländern diskutieren und welche Unterschiede sich ergeben. Ziel ist es, aus den Interviews jene Faktoren zu identifizieren und zu bewerten, welche die Entscheidung für bzw. gegen ein Kind begünstigen.

3.2.3.2 Fragestellungen

Konkret geht es dabei um folgende Fragestellungen:

- Wie und mit welchen Argumenten diskutieren Paare das Thema Kinderwunsch?
- Welche Gründe werden für/gegen den Kinderwunsch angegeben?
- Welche Argumente werden vom weiblichen/männlichen Partner angeführt?
- Ist einer der Partner in der Entscheidung dominanter als der andere?
- Welche Veränderungen werden durch diese Entscheidung erwartet bzw. was ist tatsächlich eingetroffen (in Bezug auf die Arbeitsteilung im Haushalt und die außerhäusliche Erwerbstätigkeit, auf die Freizeit etc.)?
- Wie kommt das Paar zu einer Entscheidung (Prozess der Entscheidungsfindung)?
- Diskutieren Paare in den untersuchten Ländern unterschiedlich...
 - hinsichtlich der Gründe, die für oder gegen ein Kind angeführt werden?
 - hinsichtlich der Paardynamik?

3.2.3.3 Methodik

Im Anschluss wird ein Überblick über die methodische Vorgehensweise gegeben, d.h. die Zusammensetzung der Stichprobe, die Interviewtechnik und das zur Anwendung kommende Auswertungsverfahren.

3.2.3.3.1 Stichprobe

Die Stichprobe besteht aus insgesamt 60 Paaren, wobei die Auswahl mittels Schneeball-System erfolgte. Die primären Auswahlkriterien für die InterviewpartnerInnen waren:

- a) die Personen müssen in einer Lebensgemeinschaft leben (= Paare)
- b) zumindest einer der Partner muss einen Kinderwunsch haben
- c) die Personen müssen ca. im Alter von 20-50 Jahren sein (= Kinderwunsch muss altersmäßig realisierbar sein)

Tabelle 1: Übersicht über die Stichprobe

Länder	Interviews pro Land	Interviews Total
Österreich	20	60
Schweden	20	
Spanien	20	

Wenngleich kein Quotenschema im eigentlichen Sinn zur Anwendung kam, so wurden zur Vermeidung von starken Verzerrungen zudem die Kinderzahl sowie die Erwerbssituation der interviewten Paare kontrolliert.

3.2.3.3.2 Interviewtechnik

Die Entscheidung für oder gegen Kinder hängt von einer Fülle von Faktoren ab. Wie schon erwähnt, gibt es neben strukturellen Bedingungen eine Reihe von individuellen und auf der Partnerschaftsebene angesiedelten Motiven. Die umfassende, wissenschaftliche Beschreibung und Erklärung all jener Faktoren und deren Zusammenhänge erfordert eine ausdifferenzierte Modellbildung sowie sehr komplexe Analysemethoden. Davon ausgehend wird für die vorliegende Studie ein relativ neuer Ansatz („Duo-Interview“) gewählt (vgl. Akkerboom, 2000; Netherlands Family Council, 2002). Der Grundgedanke dabei ist, dass sich in der Befragung von Paaren Unterschiede im Antwortverhalten der PartnerInnen ergeben, je nachdem, ob sie einzeln oder gemeinsam befragt werden. PartnerInnen, die zunächst in Einzelinterviews befragt werden, scheinen ihre Antwortmuster im gemeinsamen Interview, d.h. in der Debatte mit ihrem Partner, zu modifizieren. Daher greifen viele der gängigen – primär auf Einzel-Befragungen basierenden - Studiendesigns zur Erklärung von Lebensentscheidungen in Partnerschaften zu kurz. Der entscheidende Faktor, zu einer endgültigen Entscheidung zu gelangen, scheint also der Aushandlungsprozess zwischen den Partnern zu sein. Bezieht man diesen Aspekt mit ein, so lassen sich wichtige Schlüsse ziehen, die bei Anwendung einer alltäglichen Erhebungsmethodik - wenn überhaupt - nur begrenzt feststellbar wären. Die dem Duo-Interview zugrunde liegende Methodik des Paarinterviews erfreut sich in letzter Zeit aus ebendiesen Gründen wachsender Beliebtheit:

„Das Paarinterview stellt gewissermaßen eine Interviewform dar, die Elemente des Gruppendiskussions-Verfahrens einbezieht. Das Verfahren eignet sich gut, um zu erfassen, wie die Paare zu einer gemeinsamen Wirklichkeitskonstruktion gelangen. Die Partner richten ihre Äußerungen nicht nur an den Interviewer, sondern immer auch wechselseitig aneinander.“ (Behnke et al., 2003)

Das Duo-Interview wird in insgesamt vier Schritten durchgeführt und stellt eine Kombination aus strukturierter (Schritte 1-3) und unstrukturierter (Schritt 4) Vorgehensweise dar. Dabei dienen die Schritte 1-3 als Einstieg in die Thematik und zur Vorbereitung der InterviewpartnerInnen auf das gemeinsam geführte „Interaktions-Interview“ (Schritt 4). Sie liefern außerdem zusätzliche Informationen zu den Sichtweisen des einzelnen Partners, welche vom Interviewer dann im Interaktions-Interview aufgegriffen und gemeinsam diskutiert werden können. Das Interaktions-Interview mit beiden PartnerInnen stellt das zentrale Element der gesamten Interviewmethode dar. Auch wenn im Folgenden die einzelnen Schritte im Detail beschrieben werden, so liegt der Fokus der vorliegenden Studie auf der Auswertung des Interaktions-Interviews:

1. Einleitender strukturierter Teil:

Vor Beginn des eigentlichen Interviews werden - von jedem Partner getrennt - einige grundsätzliche Daten erhoben (Name, Wohnort, Alter, Anzahl und Alter der Kinder, Wichtigkeit des Kinderwunsches und unbezahlte sowie bezahlte Hilfe bei Haushaltsführung und Kinderbetreuung).

2. Strukturiertes Face-to-Face Interview (mit beiden PartnerInnen getrennt):

Im Face-to-Face Interview werden günstige und ungünstige, allgemeine Einschätzungen im Zusammenhang mit Kindern thematisiert. Dabei geht es um Auswirkungen von Kindern auf die eigene Gesundheit, das seelische Befinden, die Freizeitgestaltung, die Arbeitsaufteilung zwischen den Partnern, die Beziehungszufriedenheit, das Zusammengehörigkeitsgefühl, die finanzielle und berufliche Situation, das Wohlbefinden von bereits vorhandenen Kindern sowie soziale Kontakte. Während der eine Partner interviewt wird, füllt der andere Partner den Fragebogen (Schritt 3) aus – und vice versa.

3. Strukturierter Fragebogen zum Selbstauffüllen (mit beiden PartnerInnen getrennt):

Auch hier sind die unterschiedlichen Aspekte bei der Entscheidung für oder gegen ein Kind Gegenstand der Befragung – allerdings aus einem persönlicheren Blickwinkel als beim Face-to-Face Interview. Es soll sowohl eine persönliche Einschätzung des bisherigen Diskussionsprozesses über den Kinderwunsch vorgenommen werden (z.B. wie oft bisher diskutiert, Initiative für Diskussion) als auch über die Einschätzung der Auswirkungen von (weiteren) Kindern auf die persönliche Situation (z.B. die Wohn-, Arbeits- und Einkommenssituation, die konkrete Arbeitsteilung zwischen den PartnerInnen, die Beziehungsqualität, den Freundeskreis).

4. Unstrukturiertes Interaktions-Interview mit beiden PartnerInnen gemeinsam:

Ziel dieses Interviewteiles ist es, die Diskussion des Paares anzuregen. Folgende Fragen dienen dabei als Hilfsmittel:

- „Wenn Sie nun beide ganz konkret über ihre Diskussionen nachdenken, die sie gemeinsam zu diesem Thema geführt haben, was waren da die ausschlaggebenden Diskussionspunkte für oder gegen ein weiteres Kind?“
- „Wer bestimmte die Entscheidung für ein Kind am meisten?“
- „Beim Durchsehen der Einzelinterviews ist mir aufgefallen, dass Sie sich in folgenden Punkten [...] unterscheiden. Was könnten die Gründe für Ihre unterschiedlichen Bewertungen gewesen sein?“
- „Gibt es noch Punkte, die Sie gerne ansprechen möchten, die bisher noch nicht erwähnt wurden?“

Es lässt sich also zusammenfassend festhalten, dass die hier zur Anwendung kommende Methode des Interaktions-Interviews Elemente aus zwei verschiedenen Erhebungsverfahren besteht: einerseits dem problemzentrierten Interview und andererseits der Gruppendiskussion. Wesentlich ist, dass die Befragten zu einer bestimmten Problemstellung möglichst frei zu Wort kommen – und zwar in der Diskussion miteinander. Der Interviewer hat die Aufgabe des Diskussionsleiters, d.h. er muss die beiden InterviewpartnerInnen miteinander ins Gespräch bringen und nötigenfalls ein Abschweifen von der Thematik verhindern. Der Vorteil dieser Vorgehensweise wird darin gesehen, dass oftmals subjektive Bedeutungsstrukturen so stark in soziale Zusammenhänge eingebunden sind, dass sie in Einzelerhebungen nicht erkennbar werden (vgl. auch Mayring, 2002).

Für die Durchführung der Interviews in Schweden und Spanien respektive Irland standen InterviewerInnen vor Ort zur Verfügung. Die Interviews wurden in der jeweiligen Landessprache durchgeführt, auf Tonband aufgezeichnet sowie transkribiert und danach ins Englische übersetzt.

3.2.3.3.3 Auswertungsverfahren

Im Rahmen des gegenständlichen Projektes werden ausschließlich die mit beiden PartnerInnen geführten Interaktions-Interviews ausgewertet. Als Analyseverfahren wird die qualitative Inhaltsanalyse (Mayring, 2002) gewählt.

Die wörtlichen Transkripte (Übertragung in die normale Schriftsprache) stellen die Grundlage der inhaltsanalytischen Auswertung dar. Als Interpretationstechnik wird die inhaltliche Strukturierung gewählt:

„Ziel inhaltlicher Strukturierungen ist es, bestimmte Themen, Inhalte, Aspekte aus dem Material herauszufiltern und zusammenzufassen. Welche Inhalte aus dem Material

extrahiert werden sollen, wird durch theoriegeleitet entwickelte Kategorien und (sofern notwendig) Unterkategorien bezeichnet [...].“ (Mayring,2003)

Die Auswertung des Textmaterials wird mit dem PC-Programm ATLAS/ti vorgenommen. Dies ist ein speziell für Computer unterstützte Textinterpretation entwickeltes Programm der Technischen Universität Berlin.

4. Generatives Verhalten und mögliche Einflussgrößen

Im Folgenden geht es nun darum, Indikatoren zu bestimmen und theoretisch zu diskutieren, die einen möglichen Einfluss auf das Geburtenverhalten und die Entscheidung für bzw. gegen Kinder haben. Dabei werden zum einen Indikatoren herangezogen, für die in der wissenschaftlichen Literatur bereits – mehr oder weniger valide - Zusammenhänge festgestellt wurden. Zum anderen werden aber auch Einflussgrößen berücksichtigt, für die eine empirische Prüfung noch aussteht und die daher theoriebildenden Charakter haben.

4.1 Was können Wohlfahrtsstaat und Familienpolitik bewirken?

Die europäischen Staaten haben aufgrund ihrer länderspezifischen Traditionen oftmals sehr unterschiedliche Ausrichtungen in der Familienpolitik entwickelt. Die Basis für jene nationalen Profile in der Familienpolitik liegt in den wohlfahrtsstaatlichen Grundprinzipien der jeweiligen Länder begründet.

Nach der Typologie von *Esping-Andersen* (1990) gibt es drei wohlfahrtsstaatliche Regime: das universalistische, das konservative und das liberale Regime. Der Unterschied zwischen diesen Typen bezieht sich auf den institutionellen Umgang der jeweiligen Gesellschaften mit der sozialen Sicherung von Individuen. Das Verhältnis zwischen Markt, Staat und Familie stellt dabei eine zentrale Frage dar. Im Zuge der europäischen Erweiterung ergänzte *Esping-Andersen* (1999) seine drei Modelle durch ein viertes, nämlich den Typ des staats- und familienbasierten gemischten Wohlfahrtsstaates. Im Folgenden werden die vier wohlfahrtsstaatlichen Modelle kurz beschrieben.

Universalistische (oder sozialdemokratische) Wohlfahrtsstaaten streben eine Gleichheit aller Individuen an. Die sozialen Sicherungssysteme sind für alle BürgerInnen einheitlich, d.h. Sozialleistungen sind nicht nach Bedürftigkeit ausgerichtet, und haben hohe Mindeststandards. Auch sind sie weitgehend unabhängig von einer Erwerbstätigkeit sowie vom Familienstatus einer Person. Die grundlegende Annahme, dass Gleichheit primär über die Erwerbsspartizipation erreicht werden kann, lässt die Ermöglichung einer Erwerbstätigkeit sowohl für Frauen als auch Männer zu einem zentralen Anliegen jener Wohlfahrtsregime werden. Als Beispiele für jenen Typus gelten die skandinavischen Länder.

Konservative (oder korporatistische) Wohlfahrtsregime sind durch eine Erwerbszentrierung und Beitragsfinanzierung gekennzeichnet. Die soziale Absicherung des Einzelnen ist an eine vorhergehende Erwerbstätigkeit, aber auch an den Familienstatus gekoppelt. Angestrebt wird weniger eine Gleichheit aller BürgerInnen, sondern vielmehr die Beibehaltung der sozialen Differenzierung. Das Ausmaß staatlicher Interventionen ist vergleichsweise groß, wobei überwiegend finanzielle Transferleistungen zum Tragen kommen. Sie sind zumeist temporärer Natur und orientieren sich am Prinzip der Bedürftigkeit. Dazu zählen laut *Esping-Andersen* kontinentaleuropäische Staaten wie Deutschland, Österreich oder Belgien.

Liberale Wohlfahrtsstaaten sind geprägt durch eine sehr eingeschränkte staatliche Einflussnahme und durch vergleichsweise niedrige Sozialstandards. Die sozialen Sicherungssysteme stellen primär auf die Armutsbekämpfung ab und nicht auf die Umverteilung zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen. Dieser Regime-Typ ist gekennzeichnet durch ein geringes Ausmaß an Transferleistungen, die in der Regel sowohl einkommens- als auch bedarfsgeprüft sind. Beispiele sind in Europa Großbritannien und Irland.

Staats- und familienbasierte gemischte Wohlfahrtsstaaten können als Mischform zwischen korporatistischem und liberalem Modell gesehen werden. Es existieren sowohl Bereiche, die durch staatliche Sozialfürsorge gekennzeichnet sind, als auch Bereiche, in denen ein eher bescheidenes soziales Engagement seitens des Staates gegeben ist. Die soziale Absicherung der BürgerInnen basiert weitgehend auf dem familialen Netzwerk. Länder, die zu jenem wohlfahrtsstaatlichen Typ gerechnet werden, sind die meisten südeuropäischen Staaten, aber auch Frankreich weist Elemente dieses Modells auf.

Der Einfluss des Wohlfahrtsstaates auf die Familienentwicklung wird zumeist im Zusammenhang mit der Altersvorsorge diskutiert. Ein Argumentationsstrang wird daran festgemacht, dass durch den Ausbau des Wohlfahrtsstaates Kinder ihre Vorsorgefunktion nahezu verloren haben. Das Sozialversicherungssystem würde mit abnehmenden Zukunftsinvestitionen in Form von Kindern einhergehen und dadurch die Tendenz zur Kinderlosigkeit bzw. zu einer niedrigen Kinderzahl verstärken (Koslowski, 1990). Für die These, dass in modernen Gesellschaften die Fertilität von der Alterssicherung beeinflusst wird, gibt es kaum empirische Nachweise. Daher gehen die meisten Forschungsarbeiten davon aus, dass die Effekte derart langfristiger Überlegungen auf die Familienplanung nur gering sein können. Vielmehr werde die Entscheidung, Kinder zu bekommen, durch die Unterstützungssysteme innerhalb der Phase der aktiven Elternschaft beeinflusst (Opielka, 1997). Womit die Frage nach den Auswirkungen von Familienpolitik auf das generative Verhalten aufgeworfen wird.

Eine für vergleichende Analysen grundlegende Typologie verschiedener Familienpolitiken wird von Gauthier (1996) vorgeschlagen. Sie unterscheidet fünf familienpolitische Modelle, wobei gewisse Parallelitäten zum Modell von Esping-Andersen gegeben sind:

1. das *pro-natalistische* Modell: Familienpolitik wird als Bevölkerungspolitik begriffen, die zum Ziel hat, das Geburtenverhalten positiv zu beeinflussen. Dementsprechend sind die politischen Interventionen so gestaltet, dass kinderreiche Familien durch Transferzahlungen unterstützt werden. Um für Frauen eine möglichst gute Vereinbarkeit von Erwerbsleben und Familie zu gewährleisten, wird die Bereitstellung von Kinderbetreuung als zentrale Aufgabe des Staates angesehen (z.B. Frankreich)
2. das *pro-traditionelle* Modell: Familienpolitik wird im Sinne der Unterstützung eines bestimmten Familienmodells, nämlich der Kernfamilie verstanden. Der Familienlastenausgleich ist daher gut ausgebaut und stellt großzügige monetäre Leistungen bereit. Hinsichtlich der Erwerbstätigkeit von Müttern existiert eine Präferenz von konsekutiven Lösungen (Erwerbsphase – Familienphase – Erwerbsphase) im Gegensatz zur gleichzeitigen Vereinbarkeit von Familie und Erwerb (z.B. Deutschland, Österreich).
3. das *pro-egalitäre* Modell: Übergeordnetes Ziel ist die Gleichheit der Geschlechter und die Unterstützung einer Erwerbstätigkeit von Frauen und Männern gleichermaßen. Familienpolitik wird als Geschlechterpolitik ausgestaltet. Daher ist das System der institutionellen Kinderbetreuung gut ausgebaut und für die Phase, in der die Erwerbskarriere aufgrund der Kinderbetreuung unterbrochen wird, sind auch die Transferzahlungen großzügig (z.B. Schweden, Dänemark).

4. das *nicht-interventionistische* Modell: Familie wird als Privatangelegenheit angesehen, insofern wird von staatlicher Seite relativ wenig interveniert. Das bezieht sich sowohl auf die monetären Unterstützungsleistungen als auch auf die Bereitstellung von Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie. Familienpolitik zielt überwiegend darauf ab, bedürftige Familien zu unterstützen und Armut zu bekämpfen. Daher sind auch die finanziellen Transfers für Familien mit niedrigem Einkommen relativ gut ausgebaut (z.B. Großbritannien, Irland).
5. das *hybride* Modell: Familienpolitik ist nur in rudimentären Formen vorhanden, eine klare Ausrichtung ist nicht erkennbar. Grundlegende Prämisse ist ein traditionelles Familienverständnis und die große Bedeutung von privaten Netzwerken und Unterstützungsleistungen (z.B. Italien, Spanien).

Kaufmann (1995) identifiziert vier Formen der politischen Intervention, mit denen Wohlfahrtsstaaten Einfluss auf das Familienleben nehmen. Der Wohlfahrtsstaat stellt seinen Bürgern sozialpolitische Güter zur Verfügung - die da sind: Rechtsansprüche, Geldleistungen, infrastrukturelle Dienstleistungen und personenbezogene staatliche Dienstleistungen. Dementsprechend hat der Staat folgende Instrumente zur Sicherstellung ebendieser Ansprüche zur Hand: rechtliche, ökonomische, ökologische und pädagogische Interventionen. Die europäischen Wohlfahrtsstaaten unterscheiden sich deutlich in der Kombination dieser unterschiedlichen Formen von politischer Einflussnahme, woraus sich unterschiedliche nationale Profile im Bereich der Familienpolitik ergeben (vgl. *Strohmeier*, 2006). Jene familienpolitischen Länder-Profile sind jedoch gleichermaßen Ausdruck des herrschenden Familien- und Geschlechtsrollenbildes und beinhalten durch die Gewichtung der jeweiligen Handlungsfelder auch eine Bewertung individueller Verhaltensmuster.

Zunächst stellt sich die ganz allgemeine Frage, inwieweit von staatlicher Seite auf das Familienleben Einfluss genommen werden kann - oder anders ausgedrückt: Kann individuelles Verhalten durch familienpolitische Maßnahmen gesteuert werden? Das wissenschaftliche Meinungsspektrum bezüglich der direkten Einflussnahme von Familienpolitik ist sehr breit gefächert. Während in einigen Arbeiten kausale Zusammenhänge zwischen Familienpolitik und etwaigen Effekten verworfen wurden, gehen andere ForscherInnen davon aus, dass Wirkungen meistens verspätet und möglicherweise in anderen Bereichen auftreten können. Aber es existieren auch Studien, die einen eindeutigen Zusammenhang zwischen den seitens der Politik gesetzten Maßnahmen und den beabsichtigten Auswirkungen zu erkennen glauben.

Kaufmann (1995) als einer der Skeptiker hinsichtlich der Steuerungsmöglichkeiten von Familienpolitik spricht in diesem Zusammenhang von Familien als „politikresistenten“ sozialen Gebilden, in die hinein von außen kaum und, wenn ja, nur mit sehr ungewissen Aussichten auf die Erreichung der beabsichtigten Effekte eingegriffen werden kann. Das bedeutet aber auch, dass die tatsächlichen *Auswirkungen* einer familienpolitischen Maßnahme keineswegs mit den ursprünglichen *Absichten* identisch sein müssen.

Ein anderer Ansatz zur Erklärung des Zusammenhangs zwischen Familienpolitik und Fertilitätsentscheidungen wird von *Taskinen* (2000) angeboten. Sie meint, dass zumindest drei grundlegende Annahmen getroffen werden müssen, wenn man davon ausgeht, dass familienpolitische Maßnahmen einen Einfluss auf das generative Verhalten haben. Es wird also angenommen, dass

1. im Lebensplan ein Kind vorgesehen ist
2. bei der Familienplanung rational gehandelt wird
3. externe Faktoren bei der Familienplanung berücksichtigt werden.

Würde man jene Grundannahmen nicht explizit machen, wäre die alternative Erklärung dazu, dass die Einflussnahme der Familienpolitik auf unbewusster Ebene erfolgt. *Taskinen* stellt fest, dass die Familienplanung zumeist eher der Empfängnisverhütung als der Empfängnisförderung dient und ortet ein analoges Muster für einen Teilbereich der Familienpolitik, nämlich die institutionelle Kinderbetreuung:

„It seems that day-care arrangements work the same way. One cannot conclude that good day care would tempt people to have more children – to be sure, nobody will have children in order to put them into Kindergarten. What is obvious, however, is that lacking day-care facilities do prevent families to put their childbearing intentions into practice.“ (Taskinen, 2000:6)

Das bedeutet nichts anderes, als dass man von einer *indirekten* Wirkung der Familienpolitik ausgehen kann. Auch wenn familienpolitische Maßnahmen nicht automatisch das gewünschte Verhalten fördern, so wird beim Fehlen von Familienpolitik das gewünschte Verhalten verhindert.

Die empirische Forschungsliteratur zum Einfluss von Familienpolitik auf das generative Verhalten ist umfangreich. Anhand von Länderbeispielen wird der Versuch unternommen, in den jeweiligen gesellschaftlichen Entwicklungen Belege für die Wirksamkeit familienpolitischer Maßnahmen zu finden. Vorweg ist festzuhalten, dass Ländervergleiche zu den unterschiedlichen Familienpolitikprofilen oftmals eine schwierige Angelegenheit sind. Man kann sehr leicht vor dem Problem stehen, dass Indikatoren, welche die Situation in einem Land sehr genau abbilden und damit höchste Relevanz haben, in einem anderen Land eine vergleichsweise untergeordnete Bedeutung haben.

„Grundsätzlich stellt sich aber hier die Frage, inwieweit unterschiedliche nationale familienpolitische Profile bruchlos auf andere Länder übertragen werden können und in welchem Maße das Angebot an und die Nachfrage nach Leistungen und Maßnahmen der Familienpolitik durch unterschiedliche Staats- und Gesellschaftsmerkmale einschließlich unterschiedlicher kultureller Traditionen geprägt sind, die das Wirkungsfeld der Politik prägen [...].“ (Strohmeier, 2006)

Die Studien zu den Auswirkungen der Familienpolitik auf die Fertilität sind zahlreich und können hier nur exemplarisch behandelt werden. Besonders für die skandinavischen Staaten – allen voran Schweden - ist die empirische Forschung breit angelegt. So stellt beispielsweise *Neyer (2006a)* fest, dass die Elterngeldpolitik der nordischen Länder zu einer Angleichung des Geburtenverhaltens in den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen (primär bezogen auf die Bildungsschichten) beigetragen hat. Sie kommt zu der Überzeugung, dass Familienpolitik die sozialen Unterschiede im Fertilitätsverhalten verringern (oder vergrößern) kann und ebenso einen Einfluss auf die zeitliche Planung von Geburten hat.

Die hier angedeuteten „Timing-Effekte“ von Familienpolitik werden ebenfalls ausführlich diskutiert. Gemeint ist damit, dass familienpolitische Maßnahmen einen bereits vorhandenen Kinderwunsch in zeitlicher Hinsicht beeinflussen können. Die Geburt eines (weiteren) Kindes wird also vorverlegt oder aufgeschoben. Gerade Schweden zielt mit seiner Familienpolitik auf jene Timing-Effekte ab. Durch das einkommensabhängige Elterngeld wird ein Anreiz für potentielle Eltern geschaffen, sich mit der Familiengründung Zeit zu lassen bis sie im Erwerbsleben Fuß gefasst und damit den Anspruch auf diese Lohnersatzleistung erworben haben. Weiters ist die in Schweden in den 1980er Jahren eingeführte „Geschwindigkeitsprämie“ zu nennen. Hierdurch wurde das Leistungsniveau des Elterngeldes nach der Geburt eines zweiten oder weiteren Kindes an das Gehalt vor der Geburt des vorherigen Kindes gekoppelt und somit etwaige Lohneinbußen gemildert, die

sich aus der Erwerbsreduktion aufgrund Kinderbetreuung ergeben. Vorausgesetzt wird, dass die weiteren Kinder jeweils im Abstand von maximal 30 Monaten zur Welt kommen. Diverse Studien beschäftigen sich mit jener politischen Maßnahme und konstatieren ihr eine messbare Wirkung auf das Geburtenverhalten (vgl. *Hoem*, 1993; *Andersson et al.*, 2006).

Was die Ausgaben eines Staates für Familien angeht, hat *Kaufmann* (1995) eine interessante Feststellung gemacht. Er hat eine signifikante Korrelation zwischen der Geburtenrate und den staatlichen Ausgaben für Familie in den Mitgliedsländern der EU entdeckt. Das bedeutet, je höher die Sozialausgaben für Familien, desto höher ist auch die Fertilität. Umgekehrt konnte er jedoch keinen statistischen Zusammenhang zwischen Geburtenrate und allgemeinen Sozialausgaben der Wohlfahrtsstaaten nachweisen. Dies würde die oben erwähnte These untermauern, dass ausschließlich familienspezifische Unterstützungsleistungen Auswirkungen auf das generative Verhalten haben.

4.2 Der Übergang zum Erwachsenwerden und der Familienbildungsprozess

Das Erwachsenwerden ist ein vielschichtiger, höchst individueller Prozess, der jedoch gesellschaftlichen Ausdruck findet in bestimmten Lebensereignissen. Das sind in der Regel der Abschluss der Ausbildung, das Eingehen einer Partnerschaft, der Auszug aus dem Elternhaus und die Gründung eines eigenen Haushaltes sowie der Beginn einer Erwerbstätigkeit. Die Familiengründung ist selbstverständlich ebenfalls zu den zentralen Lebensereignissen zu zählen, die den Übergang vom Jugendlichen zum Erwachsenen markieren. Sie ist also gleichzeitig Teil des Ganzen *und* die zu erklärende Variable.

Im Mittelpunkt der folgenden Überlegungen stehen nicht die genannten Teilaspekte und ihre Auswirkungen auf das generative Verhalten *für sich*, sondern die Wechselwirkung zwischen den verschiedenen Lebensbereichen aus einem prozessorientierten Blickwinkel. Dabei gehe ich von folgenden Annahmen aus: Erstens, die meisten Lebensereignisse stehen in Verbindung zueinander und beeinflussen sich gegenseitig. Zweitens, generative Entscheidungen sind immer auch in die Dynamik des Lebenslaufes eingebettet. Der theoretische Hintergrund dieser Überlegungen liegt in den Ansätzen der Biographie- und Lebenslauforschung begründet (vgl. *Voges*, 1987).

Gerade die Schwelle vom Jugendlichen zum Erwachsenen stellt einen biographischen Zeitraum dar, der von zentraler Bedeutung für die Analyse des generativen Verhaltens ist. Das bedeutet, dass in diesem Lebensabschnitt für Jugendliche Bedingungen existieren, die das Eintreten der relevanten Lebensereignisse mehr oder weniger wahrscheinlich machen. Diese Bedingungen sind einerseits im Individuum selbst begründet, werden aber andererseits auch von der Gesellschaft vorgegeben. Aus soziologischer Sicht geht es daher um die Frage, welche gesellschaftlichen Umstände den Familienbildungsprozess erleichtern und welche eher hemmend wirken.

Charakteristisch für Lebensereignisse im Allgemeinen ist, dass sie oftmals an gewisse Altersstrukturen gebunden sind und die Biographie eines Menschen steuern. Dass Biographie dabei auch gesellschaftliches Konstrukt und Orientierungsmuster ist, verdeutlicht folgendes Zitat:

„Die [...] sich verändernde Ordnung der Sozialwelt enthält auch Präskripte biographischer Art. Sie drücken aus, was im Leben von Gesellschaftsmitgliedern nacheinander kommen muss oder soll, welche biographischen Bereiche gleichzeitig durchlebt werden können, und

sie beinhalten generelle Deutungsperspektiven, z.B. Entwicklungsschemata oder Konzeptionen eines sinnvollen Lebens. [...]
„Biographie“ formuliert die Erwartung einer Gesamtgestalt, die zwischen Lebensanfang und Lebensende einen durchgeformten Sinnzusammenhang konstituiert – eine Erwartung, die empirisch allerdings nicht immer eingelöst werden kann.“ (Fischer et al., 1987: 28ff.)

Methodisch gesprochen ergibt sich daher der Zusammenhang zwischen dem Prozess des Erwachsenwerdens und dem generativen Verhalten in zweierlei Hinsicht. Zunächst geht es um die Frage, ob und wenn ja, in welcher Abfolge die einzelnen Lebensereignisse auftreten, die den Übergang ins Erwachsenenleben markieren. Weiters ist die zeitliche Platzierung im Lebenslauf des Individuums von Relevanz, d.h. wie alt ist das Individuum beim jeweiligen Statusübergang. Diese beiden Aspekte – bezeichnet als Quantum und Timing - sind es ja auch, die in der wissenschaftliche Diskussion zur Geburtenentwicklung dominieren.

Kennzeichnend für die gesellschaftlichen Entwicklungen der letzten Jahre sind Veränderungen im „Normalprogramm“ des Lebenslaufes. Das bedeutet, dass sowohl die als normal und folgerichtig angesehene Abfolge von Lebensereignissen als auch deren zeitliches Eintreten zunehmend aufgeweicht wird. Dies hat zunächst einmal Auswirkungen auf den gesamten Prozess des Erwachsenwerdens, aber auch auf den Familienbildungsprozess im Speziellen. Die wesentlichen zeitlichen Veränderungen im Familienzyklus sind primär darin zu sehen, dass die Gründung einer Familie zunehmend in ein höheres Alter verschoben wird und von jüngeren Kohorten in alternativer Form oder gar nicht vollzogen wird. Dementsprechend gab es zeitliche Verschiebungen in allen anderen Lebensbereichen. So haben sich beispielsweise die Ausbildungszeiten von jungen Menschen verlängert, der Erwerbseinstieg findet später statt und der Auszug aus dem Elternhaus ist ein Lebensereignis, das kaum – im Gegensatz zu früher – vor dem 20. Lebensjahr erfolgt. Das Erwachsenwerden scheint also heutzutage ein Projekt zu sein, das sich bis weit in das dritte Lebensjahrzehnt hineinzieht.

Wie sehen nun aber – abgesehen von der zeitlichen Verschiebung - die Veränderungen in den anderen Lebensbereichen an der Schwelle zum Erwachsenwerden aus?
Fischer et al. (1987) orteten schon Ende der 1980er Jahre zwei weitere Bereiche, in denen Verschiebungen stattgefunden haben: erstens beim Erwerbsleben und zweitens auf normativer Ebene. Die bisher geltende und um das Erwerbsleben organisierte Dreiteilung des Lebenslaufes (Vorbereitungs-, Aktivitäts- und Ruhephase) verliert zunehmend an Gültigkeit. Durch neue Arbeitszeitmodelle und die vermehrte Entkoppelung von *Berufsausbildung* und *Berufsausübung* werden vormals selbstverständliche Sequenzen im Lebenslauf in Frage gestellt. Diese Entwicklung hat sich in den letzten Jahren sogar verstärkt. Es ist zur Normalität geworden, dass sich im individuellen Lebenslauf Phasen der Erwerbslosigkeit oder der geringfügigen Beschäftigung bzw. Teilzeitbeschäftigung mit Phasen der Vollzeit-Erwerbstätigkeit abwechseln. Die lange Zeit selbstverständliche Erwartung, dass eine abgeschlossene Ausbildung auch zu einer dazugehörigen Erwerbstätigkeit führt, erfüllt sich ebenfalls zunehmend weniger. Umschulungen oder ein Arbeitsplatz, der wenig mit der ursprünglichen Ausbildung zu tun hat, sind fixer Bestandteil der heutigen Lebensläufe. Tiefgreifende Veränderungen wurden von *Fischer et al.* aber auch in Bezug auf gesellschaftliche Normen festgestellt. Die bislang relativ strengen Altersnormen mit den an sie gebundenen Lebensstilen (Haushalts- und Lebensgemeinschaftsform, Freizeitverhalten, Kleidung etc.) haben an Bedeutung verloren. Bestehende gesellschaftliche Vorgaben darüber, welcher Lebensstil in welchem Lebensalter sozial erwünscht bzw. überhaupt akzeptiert ist, wurden aufgeweicht. Das Alter ist also nicht mehr automatisch ausschlaggebend für die individuelle Lebensführung. Damit fällt eine Orientierungshilfe zur Lebensführung weg, die das einzelne Individuum bislang zwangsläufig übernehmen konnte

bzw. musste. Dieser Umstand, der im Rahmen der Individualisierungsdebatte als „riskante Freiheit“ (Beck et al., 1994) bezeichnet wurde, bedeutet für den Einzelnen zwar die Zunahme an Optionen, bringt aber gleichermaßen den Entscheidungszwang mit sich.

„Die biographischen Konzepte, die der einzelne im Laufe seines Lebens realisieren kann, haben sich derartig vervielfältigt, dass selbst in grundlegenden Bereichen permanent eine Wahl getroffen werden muss. Elementare Fragen der sozialen Lebenspraxis sind immer weniger institutionell zwingend geregelt und werden somit immer weniger selbstverständlich im Lebensvollzug „gelöst“, sondern sind durch entscheidungsfähige und entscheidungsnotwendige Handlungsalternativen gekennzeichnet.“ (Fischer et al., 1987: 40)

Für unsere Fragestellung bedeutet dies, dass sich für junge Menschen beim Übergang zum Erwachsenwerden eine Fülle solcher biographischer Fragen stellt. Wie lange möchte ich im elterlichen Haushalt wohnen? Lebe ich allein oder in einer Lebensgemeinschaft? Welche Ausbildung wähle ich? Wie kann ich meinen Lebensunterhalt verdienen? Möchte ich eine Partnerschaft eingehen? Sind in dieser Verbindung Kinder geplant? Auch wenn die Klärung all dieser Fragen in der Regel nicht ausschließlich als bewusster individueller Entscheidungsprozess abläuft, so wird in dieser Lebensphase von heutigen jungen Menschen die Thematisierung der eigenen Lebensplanung zunehmend gefordert.

4.3 Bildung als Indikator für Fertilitätsentscheidungen

Der Einfluss von Bildung auf das generative Verhalten ist in der wissenschaftlichen Literatur nicht eindeutig geklärt. Es ist zwar allgemein anerkannt, dass ein Zusammenhang zwischen beiden Bereichen existiert. Aber in welche Richtung dieser geht und wie dies zu interpretieren ist, darüber scheiden sich die Geister.

„Aus der Tatsache, dass die sich widersprechenden Ergebnisse zum Teil mit denselben Datensätzen, aber mit unterschiedlichen mathematischen Modellen gefunden werden, kann man schließen, dass zusätzlich zu der theoretischen Diskussion noch erhebliche methodische Probleme zu berücksichtigen sind, die bis heute ebenfalls nicht abschließend geklärt sind.“ (Huinink, 2000b: 222)

Wie Huinink betont, wird darüber hinaus in vielen Arbeiten nicht berücksichtigt, dass es unterschiedliche Aspekte von Bildung gibt. Das bedeutet, dass die Auswirkungen einer mehr oder weniger langen Bildungsbeteiligung und den daran gekoppelten Bildungsabschlüssen in der wissenschaftlichen Analyse zu trennen sind von Effekten des erreichten Bildungsniveaus und den damit zusammenhängenden Faktoren.

So wirkt sich die Dauer der *Bildungsbeteiligung* ganz entscheidend auf das Alter bei der Familiengründung aus. Der Eintritt in familiäre Lebensformen während der Ausbildungsphase ist eher die Ausnahme. Das kann primär auf drei Faktoren zurückgeführt werden: zunächst stellt sich für junge Menschen in der Ausbildung ein zeitliches Problem, das eine Vereinbarung von ausbildungsbezogenen Anforderungen und Anforderungen einer Elternschaft schwierig macht. Auch sind junge Menschen während der Ausbildungsphase meist noch von ihren Eltern in ökonomischer Hinsicht abhängig. Die finanzielle Eigenständigkeit stellt jedoch eine wichtige Voraussetzung für die Familiengründung dar. Hinzu kommt, dass – sowohl für junge Männer als auch für junge Frauen – die Sicherung des eigenen Lebensunterhaltes zu einer gesellschaftlichen Erwartung geworden ist. Daher ist nach Abschluss der Ausbildung die Schaffung einer eigenständigen ökonomischen Grundlage durch den Eintritt ins Erwerbsleben vordergründiges Ziel von jungen Menschen.

Als letzter Punkt ist jener Umstand zu nennen, dass die Ausbildungsphase für junge Menschen eine Zeit der „relativen Unsicherheiten“ ist; d.h. es bestehen vielfach noch keine klaren Vorstellungen darüber, wie man das eigene Leben gestalten möchte. Dies betrifft gerade auch Fragen der Lebensgemeinschaft und des Kinderwunsches (vgl. *Huinink*, 2000b).

Die zeitlich aufschiebende Wirkung der Bildungsbeteiligung – d.h. das höhere Alter beim Verlassen des Bildungssystems - zieht auch Effekte nach sich, welche die Partnerwahl betreffen. Dies hängt mit den in der Gesellschaft nach wie vor geltenden *Homogamie-Normen* zusammen. Sie besagt, dass potentielle PartnerInnen primär nach jenen Eigenschaften und jenem Status ausgewählt werden, die der eigenen Situation möglichst entsprechen. Dies kommt natürlich auch hinsichtlich des Bildungsniveaus zum Tragen. So sind beispielsweise Ehen, in denen Frauen höher gebildet sind als ihre Männer vergleichsweise selten. Das führt dazu, dass sich gerade für höher gebildete Frauen mit zunehmendem Alter die Chancen auf dem Heiratsmarkt verschlechtern. Als Folge davon bleibt ein Teil jener Frauen ledig und kinderlos, obwohl dies ursprünglich nicht geplant war. Hier geht es also um Effekte, die durch das Zusammenspiel von längerer Bildungsbeteiligung und Bildungsniveau hervorgerufen werden.

Von zentraler Bedeutung ist das *Bildungsniveau* aber auch in Bezug auf die Handlungsmöglichkeiten und verfügbaren Ressourcen zur individuellen Lebensgestaltung. Mit steigendem Bildungsniveau sind meist auch höherer beruflicher Status und höheres Einkommen verbunden. Damit werden in direkter und indirekter Weise auch Familienbildungs- und Fertilitätsentscheidungen beeinflusst. Ob es sich hierbei um eine positive oder negative Beziehung zwischen Bildungserfolg und Geburtenneigung handelt, ist empirisch nicht geklärt.

Die familienökonomische Theorie nach *Becker* (1991) geht beispielsweise von einer negativen Beziehung aus, d.h. je höher der Bildungsabschluss einer Person, desto niedriger ihre Neigung zur Elternschaft bzw. zu einer höheren Kinderzahl. Basierend auf der Annahme, dass mit zunehmender Bildung die Chancen auf ein höheres Erwerbseinkommen steigen, bedeutet die Elternschaft gerade für Frauen hohe Opportunitätskosten (direkte und indirekte Kosten). Der Wille die Opportunitätskosten, die sich durch die Kinderbetreuung ergeben, möglichst gering zu halten, führt nach *Beckers* Argumentation dazu, dass sich Paare mit höherem Bildungsniveau gegen eine Familiengründung entscheiden bzw. diese aufschieben und eher weniger Kinder haben.

Erklärungsversuche anderer Art liefern jene Ansätze, welche die gesellschaftliche Modernisierung und ihre Auswirkungen in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen stellen. Zwar konstatieren die VertreterInnen der Individualisierungsthese und des Normen- und Wertewandels ebenfalls – zumindest für Frauen - eine negative Beziehung zwischen dem Bildungsniveau und der Geburtenneigung, jedoch läuft die Argumentation in eine andere Richtung. Sie gehen davon aus, dass die verstärkte Partizipation von Frauen im Ausbildungs- und Erwerbssystem eine Veränderung der weiblichen Geschlechtsrollen und damit die Abkehr von Ehe und Elternschaft bewirken (vgl. *Beck-Gernsheim*, 1997; *Ott*, 1992). Verwiesen wird hierbei auf die gängige Praxis der innerfamilialen Arbeitsaufteilung, bei der Frauen den Großteil der Kinderbetreuung und Haushaltsführung leisten und auch im Falle einer Geburt diejenigen sind, die aus dem Erwerbsleben aussteigen. Ehe und Elternschaft stellen daher Konzepte der Lebensführung dar, die der beanspruchten Selbstbestimmung und Eigenständigkeit von Frauen entgegenstehen. Frauen mit einem höheren Bildungsabschluss werden es daher – so lautet die Schlussfolgerung – vermeiden, in ein durch die Elternschaft begründetes ökonomisches Abhängigkeitsverhältnis zu ihrem Partner

zu geraten. Nach *Beck-Gernsheim* (1997) ergibt sich daraus ein Spannungsfeld für Frauen, das so zu charakterisieren ist:

„Im ausgehenden 20. Jahrhundert ist das Verhältnis von Frau, Familie und Kind in Bewegung geraten – durch Veränderungen im Leben der Frau wie durch Veränderungen in der Erziehung. Das Ergebnis dieser Entwicklungen ist freilich nicht, dass der Kinderwunsch einfach verschwindet. Die neue Wirklichkeit ist weit komplizierter: Auf der einen Seite wird die soziale Definition der Frau über Familie und Kind zunehmend brüchig. Aber andererseits gewinnt die Beziehung zum Kind auch neue emotionale Bedeutung, als Verheißung von Nähe, Zärtlichkeit, Wärme.“ (Beck-Gernsheim, 1997: 176)

Aber nicht nur auf struktureller Ebene (höherer beruflicher Status und höheres Einkommen) wird das Bildungsniveau relevant, sondern auch als Bestimmungsfaktor für individuelle Wertorientierungen und das Anspruchsniveau zur Lebensführung. Dies kommt ebenso in den Erwartungen und Ansprüchen an die eigene Rolle als PartnerIn oder Elternteil zum Ausdruck. *Huinink* (2000b) stellt die These auf, dass mit steigendem Bildungsniveau auch die Bedeutung der emotionalen Aspekte von Partnerschaft und Elternschaft zunimmt und dies positive Effekte hinsichtlich der Geburtenneigung hat. Als Folge des höheren Anspruchsniveaus, so die Schlussfolgerung, kommt es zu einem Polarisierungseffekt: Einerseits steigt – gerade aufgrund der hohen Erwartungen – die Wahrscheinlichkeit für einen Verzicht auf Ehe und Elternschaft. Andererseits steigen aber auch die Investitionen in bereits existierende familiäre Beziehungen, vor allem in Hinblick auf die Schaffung von optimalen Entwicklungsbedingungen für die Kinder. Das beinhaltet auch die Präferenz, sein Kind nicht als Einzelkind aufwachsen zu lassen und ihm die Erfahrung einer Geschwisterbeziehung zu ermöglichen. Diese Polarisierungsthese würde sowohl den relativ hohen Anteil der unverheirateten und kinderlosen Personen als auch den höheren Anteil an Paaren mit mehr als einem Kind in den höheren Bildungsgruppen erklären.

Neben den zahlreichen Erklärungsansätzen, die eine negative Korrelation zwischen dem Bildungsniveau und der Geburtenneigung feststellen, existiert eine vergleichsweise geringe Anzahl an Forschungsarbeiten, die einen gegenteiligen Effekt beschreiben. Theoretisch ließe sich eine positive Beziehung zwischen den Auswirkungen des Bildungsabschlusses und der Familienbildung so formulieren:

„Eine gute Ausstattung mit materiellen, sozialen und kulturellen Ressourcen ist einer an modernen Standards orientierten Gestaltung einer Paargemeinschaft und Elternschaft förderlich. Sie garantiert eine nachhaltige Lösung des Ressourcenproblems und ermöglicht, verschiedene Restriktionen einer familialen Bindung zu entschärfen. Man kann also einen Einkommenseffekt auf die Nutzung von nicht am Markt realisierbaren und nicht durch Marktgüter substituierbaren Vorteilen postulieren, die mit engen Primärbeziehungen einhergehen.“ (Huinink, 2000b: 218)

Interessant ist, dass empirische Belege für einen eindeutig positiven Zusammenhang zwischen Bildung und Familiengründung bislang fehlen. Zwar wird der generell negative Effekt hinterfragt und durch vergleichende Länderstudien relativiert. Diesbezügliche Forschungsarbeiten beschäftigen sich vor allem mit den nordischen Ländern und dem Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland. Damit kann zumindest festgestellt werden, dass die These von der negativen Auswirkung des Bildungsniveaus auf die Entscheidung für Kinder nicht für jedes europäische Land Gültigkeit hat (vgl. *Neyer*, 2006b). Diese Aussage bezieht sich jedoch ausschließlich auf Frauen.

Viele Forschungsarbeiten, die sich mit dem generativen Verhalten beschäftigen, stellen ganz automatisch auf das weibliche Bildungsniveau ab. Dies ist ein generelles

Charakteristikum der Thematik rund um die Fertilität und spiegelt sich zum Teil auch in den Daten der amtlichen Statistik wieder.¹ Die meisten Studien, welche die Frage nach dem Einfluss des Bildungsniveaus auf den Kinderwunsch und die Geburtenneigung nach Geschlechtern getrennt beleuchten, gehen von einer negativen Korrelation bei Frauen und einer positiven bei Männern aus (vgl. *Eckhard et al.*, 2006).

Ein Aspekt, der an dieser Stelle noch beleuchtet werden soll, bezieht sich auf den Einfluss der Ausbildung des Partners auf das generative Verhalten. *Kreyenfeld* (2002) hat beispielsweise für Westdeutschland festgestellt, dass die Entscheidung der Frauen hinsichtlich eines zweiten Kindes stärker durch das Bildungsniveau des Partners bestimmt ist als durch das eigene Bildungsniveau. Diese Ergebnisse machen deutlich, dass es bei einer fundierten Analyse der Einflussfaktoren des generativen Verhaltens notwendig ist, zusätzlich eine partnerbezogene Betrachtungsweise mit einzubeziehen.

4.4 Partnerschaft und Geschlechtsrollen

Sinkende Geburtenraten wurden in der Vergangenheit auch als Folge der Auflösung der Institution Ehe interpretiert. Mit der abnehmenden Verbindlichkeit der Ehe und der gestiegenen Unsicherheit der Beziehungen von Frauen und Männern sah man gleichermaßen der Basis für Elternschaft erodieren. Dass jedoch gerade der Anteil der unehelichen Geburten im Zeitverlauf zunimmt, widerspricht dieser Theorie.

In den letzten Jahrzehnten fand in den meisten europäischen Ländern ein grundlegender Bedeutungswandel von Heirat und Ehe statt. Die Ehe als alleinige Lebensform, in der Kinder großgezogen werden, hat zunehmend an Bedeutung verloren. Wie in zahlreichen Untersuchungen immer wieder bestätigt, wird heutzutage eine nichteheliche Lebensgemeinschaft überwiegend dann in eine Ehe umgewandelt, sobald ein Kind geplant wird oder bereits unterwegs ist (vgl. *Vaskovics* 1995; *Lauterbach* 1999). Diese mit dem Begriff "kindorientierte Ehegründung" beschriebene Entwicklung setzte Mitte der 1970er Jahre ein. Als einer der Gründe wird die zunehmende gesellschaftliche Akzeptanz der nichtehelichen Lebensgemeinschaft genannt. Das bedeutet, dass es heute also zwei gleichermaßen akzeptierte Lebensformen für junge Leute gibt, die jedoch einen unterschiedlichen Gründungsanlass haben. Die Bildung einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft ist vornehmlich an eine emotionale Partnerbeziehung gekoppelt, während die Eheschließung primär auf eine emotionale *kindorientierte* Partnerbeziehung zurückgeht (vgl. *Nave-Herz*, 1997, *Matthias-Bleck*, 1997).

Doch nicht nur der Zusammenhang zwischen Lebensform und Fertilitätsentscheidung ist von Bedeutung. Ebenso relevant für die gegenständliche Forschungsfrage sind die Qualität der Partnerschaft und die Geschlechtsrollenbilder innerhalb der Partnerschaft.

Die familienökonomische Theorie nach *Becker* (1991) bietet auch für die innerfamiliäre Arbeitsaufteilung einen Erklärungsansatz an. Durch die Tatsache, dass immer häufiger die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung als Optimierungsstrategie innerhalb der Familie aufgegeben werde, würden auch die Kosten für die Kindererziehung steigen und damit die Entscheidung gegen Kinder fallen (siehe Kapitel 4.5).

Da sich der zweite Teil der gegenständlichen Studie mit der Rolle der Partnerschaft und der Partnerdynamik als Variablen für die Fertilitätsentscheidung auseinandersetzt, werden

¹ So gibt es eine Reihe von statistischen Indikatoren, die nur für Frauen erfasst werden (wie z.B. das Alter bei der Geburt, die Anzahl der Kinder).

jene Konzepte, die primär an der Paarebene ansetzen, erst in Verbindung mit den empirischen Ergebnissen im Endbericht besprochen.

4.5 Erwerbstätigkeit und Mutterrolle – zwei einander ausschließende Konzepte?

Seit über zwei Jahrzehnten beschäftigt die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit Politik und Wissenschaft gleichermaßen. Der Diskurs war in seinen Anfängen überwiegend geleitet durch die Beschäftigung mit „best-practice-Modellen“ zur Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsleben. In den letzten Jahren ist die Diskussion jedoch um einige Facetten reicher geworden, so auch um die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Erwerbstätigkeit und generativem Verhalten.

Die aktuelle Forschungsliteratur ist durch zwei Charakteristika gekennzeichnet: Erstens ist sie größtenteils im empirischen Bereich angesiedelt, theoretische Konzepte zur Erklärung des Zusammenhangs von Erwerbsbeteiligung und Fertilität gibt es nur wenige. Zweitens geht es in den meisten Forschungsarbeiten um die *weibliche* Erwerbstätigkeit und deren Auswirkungen auf die Familiengründung. Die männliche Erwerbstätigkeit als Einflussgröße bleibt im Allgemeinen unberücksichtigt, wenngleich – wie Andersson et al. (2004) feststellen - eine stärkere Einbeziehung durchaus vonnöten wäre.

„Die Befunde einiger neuerer empirischer Studien unterstreichen die Notwendigkeit die Erwerbssituation von Männern in Analysen zur Familiengründung explizit zu berücksichtigen. Eine wesentliche Rolle kommt hier berufsbiographischen Unsicherheiten – z.B. durch Arbeitslosigkeit – zu, die sich negative auf die Heiratswahrscheinlichkeit sowie den Übergang zur Elternschaft auswirken können. In einer Situation, in der Männer ihre Vorsorgefunktion u.U. nur noch eingeschränkt erfüllen können und in der der Anteil ihres Arbeitseinkommens am Haushaltseinkommen sinkt, wächst die Bedeutung des (relativen) Einkommens der Frau – mit einem möglicherweise dann positiven Nettoeffekt auf die Fertilitätsentwicklung.“ (Andersson et al., 2004: 5)

In jenen, wenigen Arbeiten, die sich mit beiden Geschlechtern befassen, wird meist für Frauen ein negativer und für Männer ein positiver Zusammenhang festgestellt. Die diesbezüglichen Argumentationen werden im Laufe der folgenden Ausführungen deutlich.

Die sicherlich am häufigsten rezipierten theoretischen Ansätze sind die ökonomischen Theorien zum generativen Verhalten, allen voran das Grundlagenwerk von Gary S. Becker (1991). Vereinfacht gesagt, gehen jene Konzepte davon aus, dass die Nachfrage nach Kindern im Wege der Nutzenmaximierung einer Familie bestimmt wird. Es wird unterstellt, dass Paare die Entscheidung für oder gegen Kinder unter Berücksichtigung aller durch Kinder entstehenden Kosten und Erträge treffen. Wobei die Definition von Kosten und Erträgen sehr breit angelegt ist und beispielsweise auch die Opportunitätskosten (entgangene Gewinne) oder den psychischen Nutzen beinhalten. Zur Nutzenmaximierung innerhalb der Familie gehört laut familienökonomischer Theorie auch die – biologisch determinierte - geschlechtsspezifische Arbeitsaufteilung zwischen Frau und Mann. Durch die Spezialisierung der Frau auf die Kindererziehung und Hausarbeit einerseits und die des Mannes auf die außerhäusliche Erwerbsarbeit andererseits könne für das familiale System der maximale Nutzen erzielt werden. Diese Argumentation setzt voraus, dass Frauen durch Erwerbsarbeit ein geringeres Einkommen erwirtschaften können als Männer. In den letzten Jahrzehnten ist jedoch die traditionelle Rollenverteilung durch die zunehmende Bildungs- und Erwerbsbeteiligung von Frauen aufgeweicht worden. Frauen investieren nunmehr weniger in haushaltsspezifisches, sondern verstärkt in marktspezifisches Humankapital und

können höhere Einkommen erzielen. Damit einhergehend ist auch der Wert der Zeit für Frauen gestiegen und ein entgangenes Einkommen bedeutet für sie oftmals hohe Opportunitätskosten. Diese indirekten Kosten werden im Falle der Kinderbetreuung schlagend, da sich in der Logik der ökonomischen Theorien Erwerbsarbeit und Kinderbetreuung ausschließen. Die Opportunitätskosten sind daher der Maßstab für Fertilitätsentscheidungen, wobei gilt: Je höher die Opportunitätskosten, desto eher fällt die Entscheidung gegen (weitere) Kinder. Damit wird klar, dass die familienökonomischen Theorien von einem negativen Zusammenhang zwischen weiblicher Erwerbsbeteiligung und Fertilität ausgehen. Wesentlich ist, dass in jener Argumentationslogik das Bildungsniveau, die Erwerbsbeteiligung und das Erwerbseinkommen als einander bedingende Faktoren betrachtet werden und sich somit für alle drei Größen eine negative Korrelation ergibt. Demgegenüber wird für Männer ein positiver Zusammenhang unterstellt. Basierend auf der Annahme, dass mit steigender Kinderzahl die Kosten größer werden und daher ein höheres Einkommen seitens des Mannes erwirtschaftet werden muss. Dies setzt eine höhere Erwerbsbeteiligung bzw. einen höheren Erwerbsumfang voraus (vgl. *Becker*, 1991).

In der soziologischen Literatur wurden zwar gewisse theoretische Überlegungen zum Zusammenhang zwischen Erwerbstätigkeit und generativem Verhalten angestellt, die jedoch nicht als Theorie gelten können. Prinzipiell geht es um die Annahme, dass sich die Rolle als Mutter nicht mit der Rolle einer erwerbstätigen Frau vereinbaren lässt und dass eine parallele Verwirklichung beider Rollen eine reduzierte Produktivität der Arbeitsleistung mit sich bringen würde (vgl. *Brewster et al.*, 2000). Diese Unvereinbarkeits-Theoreme gehen daher ebenfalls von einem negativen Zusammenhang zwischen Erwerbstätigkeit und Fertilität aus.

Der empirische Zusammenhang zwischen weiblichem Erwerbsverhalten und Fertilität gilt als unbestritten. Dies basiert größtenteils auf dem Befund, dass die Erwerbsbeteiligung von Müttern geringer ist als die von kinderlosen Frauen bzw. dass erwerbstätige Frauen weniger Kinder haben als nicht erwerbstätige - oder anders ausgedrückt, dass erwerbstätige Frauen eine geringere Übergangsrate zu einem (weiteren) Kind haben als nicht erwerbstätige Frauen. Zu diesen Fragestellungen ist vor allem die international vergleichende Forschungsliteratur explosionsartig angewachsen. Während also die *prinzipielle Korrelation* zwischen Erwerbstätigkeit und Fertilität empirisch gut abgesichert ist, existieren bei näherer Betrachtung vergleichsweise wenige Arbeiten zum *kausalen Einfluss* der Erwerbstätigkeit auf Fertilitätsentscheidungen. Zwar wird in den meisten Forschungsarbeiten der festgestellte Zusammenhang – mehr oder weniger explizit - als kausal interpretiert, allerdings ohne weiteren Beleg für die Kausalitätsannahme. *Schröder* (2006) hat sich mit der interessanten Frage beschäftigt, inwieweit es sich hierbei lediglich um einen korrelativen Zusammenhang handelt oder ob tatsächlich ein Kausaleffekt zwischen Erwerbsbeteiligung und generativem Verhalten besteht, d.h. die Ursache für die niedrige Fertilität in der Erwerbstätigkeit begründet liegt. Sie führt in ihrer Arbeit indirekte Kausalitätstests durch und kommt dabei zu folgendem Ergebnis:

„Nicht die Erwerbsbeteiligung scheint der Auslöser dafür zu sein, dass nicht erwerbstätige Frauen eher Kinder bekommen als erwerbstätige. Die Ursache scheint vielmehr darin zu liegen, dass Frauen mit starker Kindorientierung bzw. Frauen, die sich konkret für ein Kind entschieden haben, sich eher in die Nichterwerbstätigkeit selektieren als Frauen, die eine geringe Kindorientierung haben bzw. noch nicht den konkreten Entschluss gefasst haben, in der nächsten Zeit ein Kind zu bekommen.“ (Schröder, 2000: 32)

Anhand obiger Ausführungen wird deutlich, dass die Frage der Kausalität im Zusammenhang mit Fertilitätsentscheidungen eine schwierig zu klärende ist und, dass es

sich hierbei weniger um den Einfluss einer einzigen Variable handelt, sondern vielmehr das Ergebnis des Zusammenwirkens verschiedener Faktoren darstellt. Dies würde auch erklären, warum gerade in jüngerer Zeit jene Studien zunehmen, die einen positiven Effekt der Erwerbstätigkeit von Frauen auf die Familiengründung feststellen. So kommen einige AutorInnen zu dem Schluss, dass man keinen universalen Zusammenhang – weder positiv noch negativ annehmen kann (vgl. *Bernhardt*, 1993; *Kreyenfeld*, 2001). Vielmehr sei es bei einer Wirkungsanalyse notwendig, vor allem bestehende Rollenbilder, individuelle Vorstellungen über die eigene Erwerbstätigkeit, aber auch die vorhandenen institutionellen Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Kinderbetreuung und Erwerbsarbeit zu berücksichtigen.

So schlägt *Bernhardt* (2000) folgende Typologie vor, um Fertilitätsentscheidungen von Frauen im Zusammenhang mit Erwerbstätigkeit nachzeichnen zu können:

1. *Karriere-Strategie*: Frauen, die eine Erwerbskarriere verfolgen, werden ihre Fertilität einschränken, d.h. sie werden entweder kinderlos bleiben oder nur ein Kind haben.
2. *Vereinbarkeits-Strategie*: Frauen, die zwar nach einer kontinuierlichen Erwerbsbiographie streben, in der Kleinkindphase aber gewisse Einschränkungen in Kauf nehmen, werden in einem familienfreundlichen Umfeld eine höhere Anzahl Kinder haben.
3. *Haushaltsführungs-Strategie*: Frauen, die nach der Geburt des ersten Kindes zu arbeiten aufhören oder für mehrere Jahre aus dem Erwerb aussteigen, werden mehr Kinder haben als Frauen mit einer ununterbrochenen Erwerbsbiographie.

4.6 Finanzielle und materielle Voraussetzungen für Elternschaft

Die wissenschaftlichen Arbeiten zum Zusammenhänge zwischen der materiellen Situation und dem Übergang zur Elternschaft sind vergleichsweise spärlich. Das Einkommen wird primär als Korrelat von Ausbildung und Erwerbstätigkeit gesehen und auch in diesem Kontext analysiert. Als theoretische Konzepte liegen daher wiederum primär die familienökonomischen Theorien in der Tradition von *Gary Becker* zugrunde. Diese konstatieren einen negativen Effekt des Einkommens auf die Neigung zur Elternschaft. Verkürzt wird davon ausgegangen, dass sich der ökonomische Status der Eltern auch auf die antizipierten Erwartungen hinsichtlich der Kinder auswirkt, d.h. je höher der ökonomische Fortschritt der Eltern, desto mehr wird auch für die Kinder erwartet und dementsprechend in die Ausbildung der Kinder investiert. Mit steigender Kinderzahl verstärkt sich dieser Effekt. Nach der familienökonomischen Argumentation erhöhen sich damit gerade für Frauen in höheren Einkommensschichten die Kosten durch Kinder. Dies kann in zweierlei Hinsicht geschehen: entweder durch die Notwendigkeit, Fremdbetreuung für die Kinder zuzukaufen oder durch gestiegene Opportunitätskosten (Wegfall des Einkommens) im Falle der Eigenbetreuung.

Empirische Studien zum Zusammenhang zwischen materiellen Voraussetzungen und der Fertilitätsentscheidung sind ebenfalls rar. Die meisten Forschungsarbeiten diskutieren dieses Thema primär unter dem Fokus der finanziellen Benachteiligung von Familien und der Zunahme der Armutsgefährdung durch eine steigende Kinderzahl. Dabei werden drei Konzepte herangezogen: die Kinderkosten (siehe *Becker*), das Äquivalenzeinkommen und der direkte Zusammenhang zwischen Einkommen und Kinderzahl.

Bei der Betrachtung des Äquivalenzeinkommens geht es darum, Haushalte mit und Haushalte ohne Kinder in ihrer Einkommenssituation zu vergleichen. Neben den allgemeinen

Feststellungen, dass Haushalte von Alleinerziehenden und kinderreichen Familien über ein vergleichsweise geringeres Haushaltseinkommen verfügen als kinderlose Paare oder Familien mit einem Kind, gibt es eine an den Lebensphasen orientierte Argumentation (Eggen, 1997). Der Autor definiert sechs Lebenszyklusphasen für Paare mit und ohne Kinder, wobei im Folgenden nur die für die gegenständliche Fragestellung relevanten ersten beiden Phasen beschrieben werden.

1. Gründungsphase (Ehedauer < 3 Jahre, Ehefrau < 35 Jahre; ältestes Kind < 3 Jahre)
2. Aufbauphase (Ehedauer 3 bis < 10 Jahre, Ehefrau < 40 Jahre; ältestes Kind < 10 Jahre)
3. Stabilisierungsphase
4. Konsolidierte Phase
5. Umorientierungsphase
6. Ältere Ehepaare

Aufgrund dieser Unterteilung kommt Eggen nun zu folgendem Ergebnis: Vor allem in der Gründungs- und Aufbauphase können Paare mit Kindern auf ein geringeres Einkommen zurückgreifen als Paare ohne Kinder. Diese Unterschiede können erst in der konsolidierten Phase ausgeglichen werden.

Der direkte Zusammenhang zwischen Einkommen und Kinderzahl wird über die Auswertung der Nettohaushaltseinkommen vorgenommen. In ihrer ländervergleichenden Analyse kommt Hülkamp (2005) zu einem interessanten Ergebnis. Als Basis für ihre Überlegungen zieht sie eine von Kuijsten et al. (1994) vorgeschlagenen Differenzierung der europäischen Staaten nach den jeweiligen familienpolitischen Interventionsformen heran. Hierbei wird unterschieden zwischen ökonomischen Interventionen, d.h. direkte und indirekte Einkommenstransfers, und ökologischen Interventionen, d.h. der Bereitstellung von sozialen Dienstleistungen, vor allem im Bereich der institutionellen Kinderbetreuung. Darauf bezugnehmend findet Hülkamp in ihren Daten drei Muster, die den Zusammenhang zwischen Einkommen und Fertilität beschreiben:

„[...]so geht in Staaten, welche weder eine ökonomische noch ökologische Intervention aufweisen, ein höheres Einkommen häufiger mit Kinderlosigkeit, einer geringeren Fertilitätsrate und weniger Mehrkindfamilien einher als in Haushalten mit geringerem Einkommen. In Ländern mit ökologischer Intervention sind hingegen in wohlhabenderen Einkommensklassen häufiger Familien mit mehr Kindern und eine höhere Fertilitätsrate zu finden. Kinderlosigkeit ist dort ein Phänomen der untersten Einkommensklasse. Staaten mit ökonomischer Intervention weisen keinen eindeutigen Zusammenhang zwischen Einkommen und Kinderzahl auf.“ (Hülkamp, 2005: 86)

Der Vollständigkeit halber seien auch jene Studien erwähnt, welche sich mit dem Zusammenhang zwischen dem allgemeinen Wohlstandniveau einer Bevölkerung und ihrem Fertilitätsverhalten beschäftigen. Als zugrunde liegende Erklärungsmodelle werden hier zum größten Teil bevölkerungstheoretische Ansätze herangezogen. Diese sehr umstrittenen Konzepte gehen – verkürzt gesagt - davon aus, dass mit der Entwicklung des allgemeinen Wohlstandes auch die Fertilität steigt.

5. Die Geburtenentwicklung in Österreich, Schweden und Spanien

Nicht nur aufgrund ihrer geographischen Lage sind die Länder Österreich, Schweden und Spanien als äußerst unterschiedlich einzustufen. Auch ihre politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen sind in den vergangenen Jahrzehnten wenig gleichförmig verlaufen. Dies zeigt sich besonders im Bereich der Geburtenentwicklung. Eben diese Verschiedenartigkeit macht jene Länder für eine analytische Betrachtung interessant. In ihrer Heterogenität repräsentieren sie nämlich die unterschiedlichen Trends in Europa und lassen dadurch auch

gewisse, allgemeine Schlussfolgerungen für die gesamteuropäische Geburtenentwicklung zu.

Die Untersuchung der Geburtenentwicklung setzt die Kenntnis bestimmter Fertilitätsindikatoren sowohl für die gegenwärtige Situation als auch für vergangene Perioden voraus. Der folgende Abschnitt ist der Erklärung und Darstellung ebendieser Indikatoren gewidmet. Einen ersten Überblick über die Ist-Situation² in den drei Ländern gibt vorweg eine Übersichtstabelle der zentralen Kennziffern zum generativen Verhalten.

Tabelle 2: Fertilitäts-Kennziffern in Österreich, Schweden und Spanien

	Jahr/Kohorte	Österreich	Schweden	Spanien
Lebendgeborene	2005	78.200	101.300	465.600
Gesamtfertilitätsrate <i>Total Fertility Rate (TFR)</i>	2005	1,41	1,77	1,33
Kohortenfertilitätsrate <i>Cohort Fertility Rate (CFR)</i>	1965	1,64	1,99	1,59
Durchschnittliches Gebäralter	2002	28,6	30,1	30,8
Gebäralter bei der ersten Geburt	2002	26,7	28,3	29,2
Anteil kinderloser Frauen (%)	1965	21	13	14
Anteil nichtehelicher Geburten (%)	2004	36,5	55,5	26,8

Quelle: EUROSTAT 2006 - eigene Berechnungen;

5.1 Geburtenzahlen

Die rohen Geburtenzahlen, d.h. die Anzahl der Lebendgeborenen pro Jahr, stellen den einfachsten Indikator zur Beschreibung des generativen Verhaltens dar. In der folgenden Tabelle werden längerfristige Entwicklungstrends der letzten Jahrzehnte in den drei zu untersuchenden Ländern aufgezeigt. Dabei ist zu beachten, dass die gewählten Fünfjahres-Schritte grundsätzliche Trends abbilden und jährliche Schwankungen nicht erfassen. Zeitlicher Ausgangspunkt ist das Jahr 1960. Aufgrund der nicht für alle Länder verfügbaren Daten können keine früheren Zeitpunkte miteinbezogen werden, auch wenn für Österreich gerade die Entwicklung von den 1950er zu den 1960er Jahren als historisch einmaliger Situation („Goldenes Zeitalter der Familie“) interessant wäre.

Insgesamt ist zunächst festzustellen, dass die Entwicklung in allen drei Ländern recht unterschiedlich verlaufen ist. Zwar können zwischen Österreich und Schweden gewisse Parallelen gezogen werden, was den *zeitlichen* Verlauf betrifft. Das *Ausmaß* der Veränderungen ist jedoch verschieden. In beiden Ländern kam es nach einem Aufwärtstrend der Geburtenzahlen bis zur Mitte der 1960er Jahre zu einem rund 20 Jahre andauernden Geburtenrückgang. Dabei ist die Entwicklung für Österreich massiver verlaufen. Ab Mitte der 1980er Jahre stiegen die Geburten wiederum an und erreichten zu Beginn der 1990er Jahre ihren relativen Höchstwert. In Schweden war der Geburtenzuwachs allerdings wesentlich höher als in Österreich, d.h. von 1985 bis 1990 stiegen die Geburten in Schweden um 26% und in Österreich um 4%. Danach setzte wiederum ein gegenläufiger Trend ein und die Geburten sanken bis zum Jahr 2000. Seither sind in Österreich die Geburten auf diesem Niveau relativ stabil geblieben. In Schweden ist in den letzten Jahren jedoch eine neuerliche Geburtensteigerung zu verzeichnen. Die Entwicklung in Spanien hingegen divergiert fast

² Um eine möglichst hohe Vergleichbarkeit zu gewährleisten, wird für die einzelnen Indikatoren immer jenes Jahr herangezogen, in dem für alle drei Länder Daten vorliegen.

über den gesamten Verlauf hinweg. Hier setzte der – in Österreich und Schweden schon in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre beginnende - Geburtenrückgang verspätet Mitte der 1970er Jahre ein und verlief dafür sehr drastisch. Von 1975 bis 1995 halbierte sich die Anzahl der Lebendgeborenen nahezu. Seit 1995 hat sich der Trend wieder umgekehrt und die Geburten steigen stetig – und zwar in höherem Maße als dies gegenwärtig in Schweden der Fall ist.

Tabelle 3: Lebendgeborene pro Jahr, in Tausend

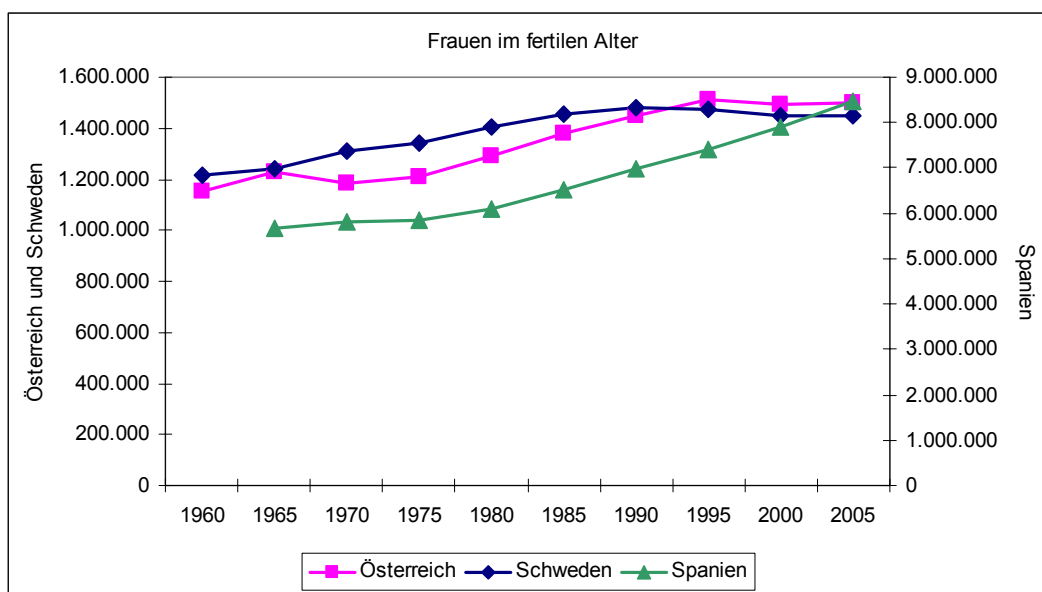
	1960	1965	1970	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2004	2005
Österreich	125,9	129,9	112,3	93,8	90,9	87,4	90,5	88,7	78,3	79,0	78,2
Schweden	102,2	122,8	110,2	103,6	97,1	98,5	123,9	103,4	90,4	100,9	101,3
Spanien	660,1	673,6	661,1	669,4	571,0	456,3	401,4	363,5	397,6	454,6	465,6

Quelle: EUROSTAT 2006 - eigene Berechnungen;

Die Darstellung der Zahl der Lebendgeborenen hat rein deskriptiven Charakter und dient im Ländervergleich der besseren Einordnung der jeweiligen Größenverhältnisse. Bei der Betrachtung dieses Indikators ist es jedoch wichtig, sich auch die Gruppe der potentiellen Mütter, d.h. die Frauen im fertilen Alter (d.h. zwischen 15 und 44 Jahren) anzusehen.

Wie der nachstehenden Abbildung zu entnehmen, ist die Population der Frauen im fertilen Alter in Österreich bis Mitte der 1990er Jahre gestiegen, was als Effekt der geburtenstarken Jahrgänge der Nachkriegs-Kohorten zu sehen ist. Seither nimmt die Zahl der gebärfähigen Frauen leicht ab bzw. sind über den Zeitraum 2000 bis 2005 relativ konstant geblieben. In Schweden hat die Zahl der Frauen im fertilen Alter etwas früher zu sinken begonnen, in den letzten fünf Jahren hat die Entwicklung jedoch einen ähnlichen Verlauf wie in Österreich genommen. Anders in Spanien: Hier steigt die Zahl der gebärfähigen Frauen seit 1965 kontinuierlich an. Dies ist als Effekt der in Spanien zeitlich verschobenen Entwicklung – d.h. des um rund 10 Jahre später als in den mittel- und nordeuropäischen Ländern eingetretenen Geburtenrückgangs der 1970er Jahre – zu sehen.

Abbildung 3: Frauen im fertilen Alter (15-44 Jahre), zweiachsige Darstellung



Quelle: EUROSTAT 2006 - eigene Berechnungen;

5.2 Fertilitätsraten

Die zentralen Maßzahlen zur Messung der Fertilität werden grundsätzlich in Perioden- und Kohortenmaßzahlen unterschieden. Periodenmaße messen die Fertilitätsverhältnisse in einer bestimmten Periode (= Jahr) und sind daher Querschnittsbetrachtungen. Dementsprechend anfällig sind sie auch gegenüber Effekten, die nur in der jeweiligen Untersuchungsperiode auftreten. Um den Einfluss von diesen Periodeneffekten auszuschalten, werden Kohortenmaßzahlen herangezogen. Diese messen die Fertilität nach Kohorten (= Geburtsjahrgängen) und stellen somit eine Längsschnittanalyse dar.

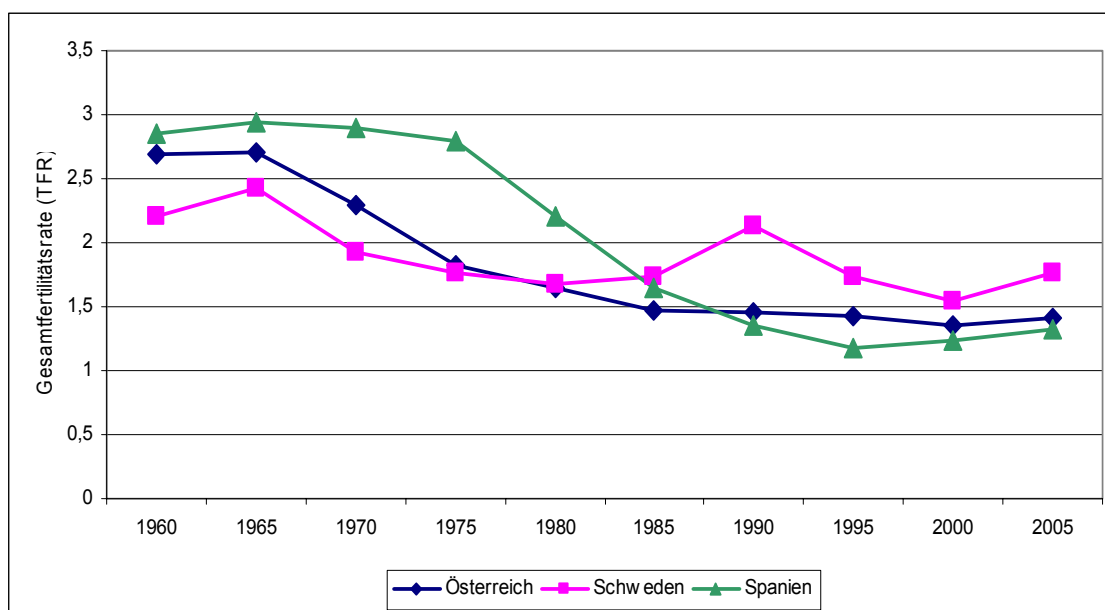
Im Folgenden werden die Gesamtfertilitätsrate (TFR) als Periodenmaßzahl und die Kohortenfertilitätsrate (CFR) als Kohortenmaßzahl zur Beschreibung herangezogen.

5.2.1 Gesamtfertilitätsrate (TFR)

Die Gesamtfertilitätsrate gibt an, wie viele Kinder eine Frau durchschnittlich bekommen würde, wenn sie sich während ihrer gesamten reproduktiven Phase (vom 15. bis zum 44. Lebensjahr) den altersspezifischen Geburtenraten des Untersuchungsjahres entsprechend verhielte. Bei der TFR handelt es sich um ein *theoretisches* Maß, das - durch Addition der altersspezifischen Fertilitätsziffern eines Kalenderjahrs - die Kinderzahl einer hypothetischen Geburtskohorte berechnet.

Die folgende Abbildung zeigt die Entwicklung der TFR in den letzten Jahrzehnten für Österreich, Schweden und Spanien. Während noch in den 1960er Jahren alle drei Länder über dem Bestandserhaltungsniveau lagen, sank die TFR bis zum heutigen Tag deutlich unter den Wert von rund 2 Kindern pro Frau. Lediglich in Schweden gab es zu Beginn der 1990er Jahre eine TFR, die kurzfristig wieder über dem Bestandserhaltungsniveau lag. Insgesamt ist der Verlauf in Schweden durch eine vergleichsweise geringere Amplitude gekennzeichnet als in den beiden anderen Ländern. In Österreich kam es seit 1965 zu einem deutlichen Rückgang der durchschnittlichen Kinderzahl pro Frau. Ein Effekt, der Mitte der 1980er Jahre gebremst wurde und seither – zwar auf niedrigem Niveau - aber relativ stabil bleibt. Die dramatischsten Entwicklungen sind in Spanien zu erkennen. Hier setzte der extreme Rückgang der TFR Mitte der 1970er Jahre ein – also um rund 10 Jahre später als in Österreich oder Schweden. Damit wurde Spanien von einem Land mit einer der höchsten Fertilitätsraten in Europa zum europäischen Schlusslicht in der Fertilitätsentwicklung – ein Umstand, mit dem die meisten Länder Südeuropas konfrontiert waren. Seit der Jahrtausendwende ist eine allgemeine Erholung der TFR in allen drei Ländern festzustellen. Am deutlichsten fällt diese Entwicklung in Schweden aus: Hier ist von 2000 bis 2005 die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau von 1,54 auf 1,77 angestiegen - in Österreich von 1,36 auf 1,41 und in Spanien von 1,24 auf 1,33.

Abbildung 4: Gesamtfertilitätsrate (TFR) von 1960 bis 2005



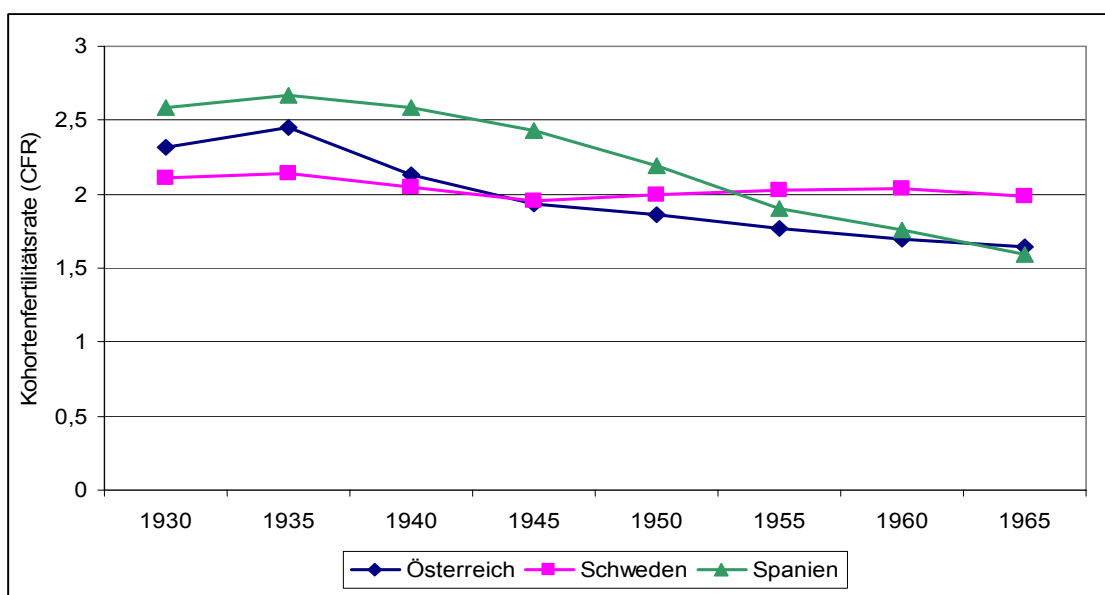
Quelle: EUROSTAT 2006 - eigene Berechnungen;

5.2.2 Kohortenfertilitätsrate (CFR)

Die Kohortenfertilität misst die Zahl der *tatsächlich* geborenen Kinder pro Frau eines Geburtsjahrgangs. Streng genommen kann sie jedoch erst bestimmt werden, wenn die reproduktive Phase eines Jahrgangs abgeschlossen ist, d.h. für Frauen, die älter als 40 bzw. 45 Jahre sind. Hier handelt es sich dann um die endgültige Kinderzahl. Wird die CFR für Frauen geschätzt, die ihre reproduktive Phase noch nicht abgeschlossen haben, so geschieht dies unter Verwendung jener Fruchtbarkeitsziffern, die bei den vergangenen Geburtskohorten beobachtet wurden. Die CFR errechnet sich aus der Summe der altersspezifischen Fertilitätsziffern eines Geburtsjahrgangs. Die Interpretation der CFR ist – verglichen mit der TFR - weniger problematisch, da es sich um empirische, eindeutig interpretierbare Werte handelt. Allerdings ist eine Betrachtung der CFR nicht gegenwartsbezogen, da sich die Aussagen zum Geburtsverhalten überwiegend auf Zeiträume beziehen, die zwei bis drei Jahrzehnte zurückliegen.

Die nachstehende Abbildung veranschaulicht die Kohortenfertilitätsrate der Geburtsjahrgänge 1930 bis 1965. Während in Schweden die Kohortenfertilität der nach 1935 geborenen Jahrgänge nur geringfügig zurückgegangen ist, kann man in Österreich und Spanien ein vergleichsweise deutliches Absinken der Fertilitätsraten für die zwischen 1935 und 1965 geborenen Frauen feststellen.

Abbildung 5: Kohortenfertilitätsrate (CFR) der Jahrgänge 1930 bis 1965



Quelle: EUROSTAT 2006 - eigene Berechnungen;

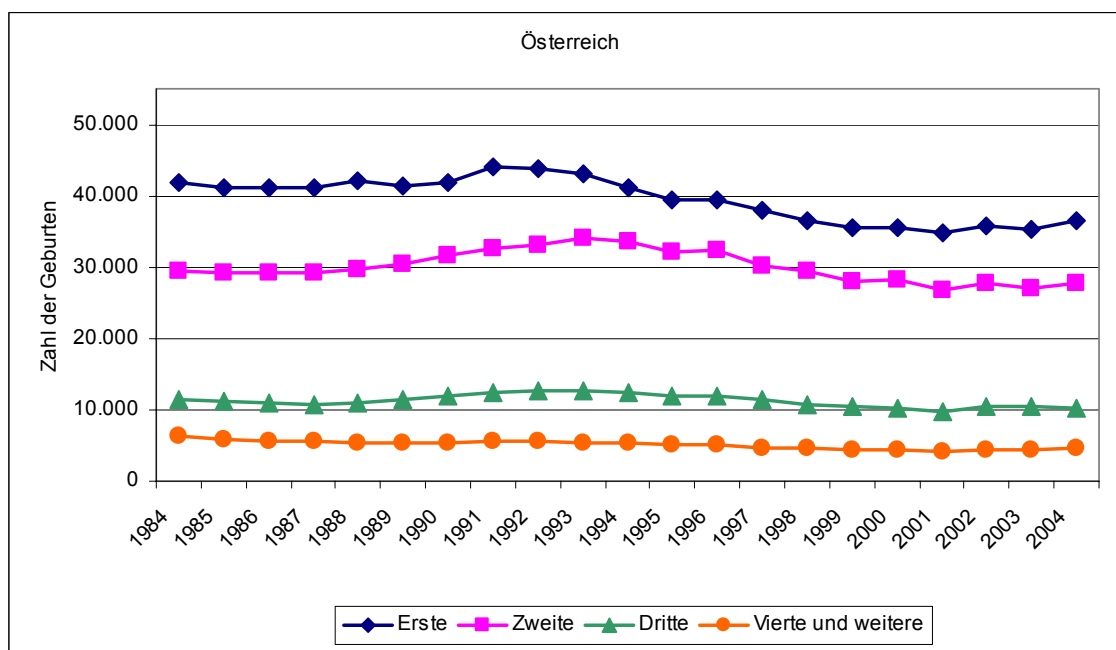
5.3 Geburtenfolge

Bei der Beschreibung der Geburtenentwicklung und speziell des Geburtenrückgangs ist eine paritätsspezifische Betrachtungsweise von zentraler Bedeutung, d.h. es geht um die Frage, wie sich die ersten, zweiten, dritten oder weiteren Geburten entwickelt haben.

Im Folgenden ist für alle drei Länder im Zeitverlauf die Anzahl der Lebendgeborenen nach der Geburtenfolge ausgewiesen. Da für Österreich valide Daten erst ab 1984 verfügbar sind, beginnen die Zeitreihen auch für die anderen Länder erst mit diesem Jahr.

Österreich war in den letzten 20 Jahren weniger großen paritätsspezifischen Schwankungen unterworfen wie Schweden und Spanien. In Österreich sind erste und zweite Geburten über die letzten Jahre vergleichsweise stabil geblieben, während in Schweden und Spanien ein deutlicher Zuwachs dieser Geburten zu verzeichnen ist.

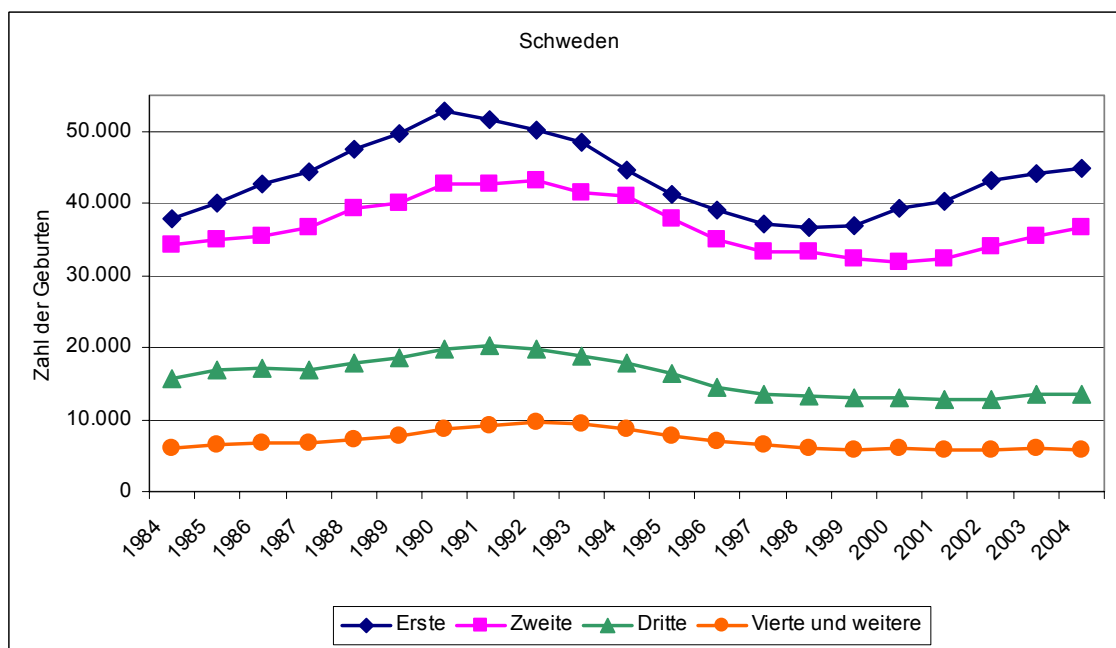
Abbildung 6a: Lebendgeborene nach der Geburtenfolge, Österreich 1984-2004



Quelle: EUROSTAT 2006 - eigene Berechnungen;

Die folgende Abbildung verdeutlicht die in Schweden stark ausgeprägte wellenartige Entwicklung der Geburten in den letzten 20 Jahren. Während die Trendumkehr Anfang der 1990er Jahre über alle Paritäten hinweg in ähnlicher Form verlaufen ist, scheinen die jüngsten Entwicklungen für erste und zweite Geburten anders zu verlaufen als für dritte und vierte bzw. weitere Geburten. Letztere sind seit 2000 relativ stabil geblieben, während erste und zweite Geburten doch deutlich zugenommen haben.

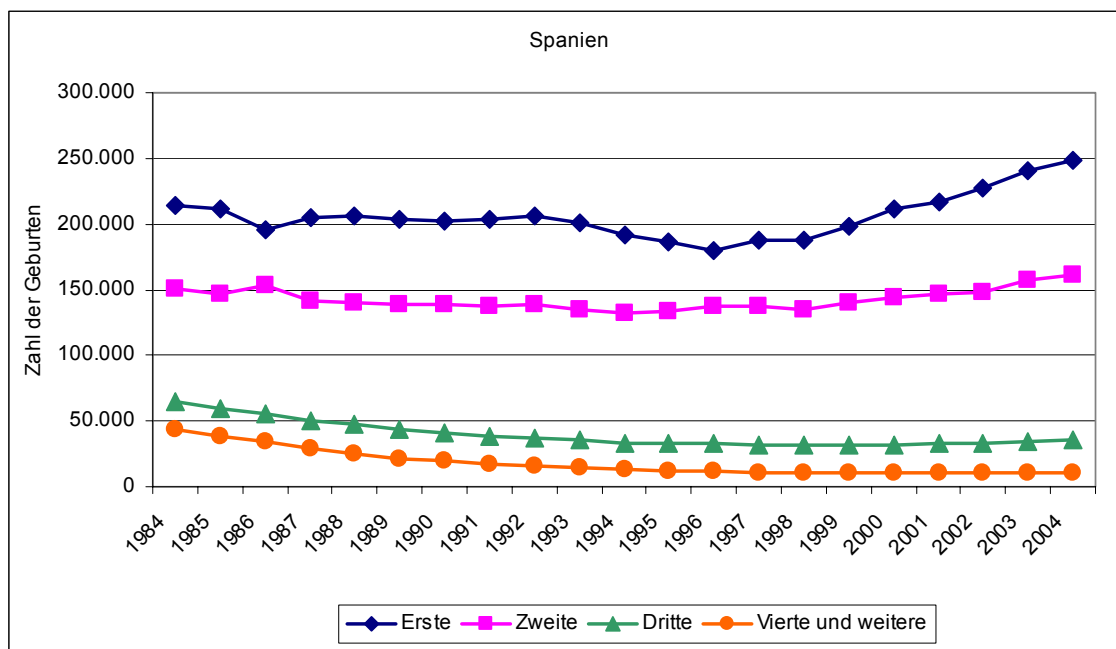
Abbildung 6b: Lebendgeborene nach der Geburtenfolge, Schweden 1984-2004



Quelle: EUROSTAT 2006 - eigene Berechnungen;

In Spanien gab es seit Mitte der 1980er Jahre einen kontinuierlichen Rückgang der dritten und weiteren Geburten. Erst Mitte der 1990er Jahre stoppte dieser Abwärtstrend und die Geburten pendelten sich auf niedrigem Niveau ein. Der Geburtenanstieg der letzten Jahre ist auch in Spanien am deutlichsten an den ersten und zweiten Geburten festzumachen.

Abbildung 6c: Lebendgeborene nach der Geburtenfolge, Spanien 1984-2004



Quelle: EUROSTAT 2006 - eigene Berechnungen;

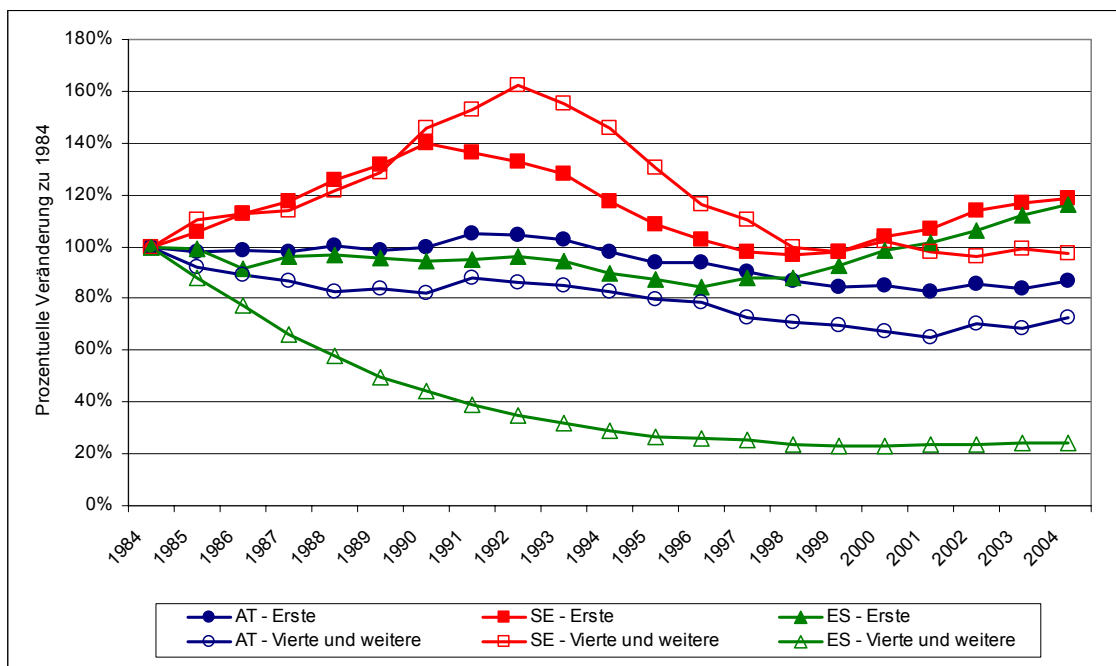
Neben dieser allgemeinen Darstellung ist auch die prozentuelle Veränderung innerhalb der Paritäten von Interesse. Als Referenzzeitpunkt gilt wiederum 1984³, d.h. es wird die Veränderung der einzelnen Jahre im Vergleich zu 1984 dargestellt. Um einen direkten Vergleich zwischen den untersuchten Ländern zu ermöglichen, werden alle Länder in einer Abbildung dargestellt. Wobei es sinnvoll erscheint, nur die „Extremwerte“, d.h. die Geburten erster Ordnung und die Geburten vierter bzw. weiterer Ordnung, darzustellen.

Die vorher gezeigten Ergebnisse werden in der nachstehenden Abbildung noch deutlicher: Während in Österreich und Spanien die ersten Geburten bis Mitte der 1990er Jahre vergleichsweise geringen Schwankungen unterworfen waren, ist in Schweden zunächst ein Anstieg um rund 40% zu verzeichnen, gefolgt von einem radikalen Absinken auf den Ausgangswert von 1984 und einem neuerlichen Anstieg um etwa 20%. Letzterer entspricht auch der Entwicklung in Spanien: Seit Ende der 1990er Jahre sind in Spanien die ersten Geburten in nahezu gleichem Ausmaß wie in Schweden angestiegen. In Österreich hingegen liegen jene Geburten nach wie vor unter dem Wert von 1984. Betrachtet man nun die Geburten höherer Ordnung, so kann festgestellt werden: Eine komplett gegensätzliche Entwicklung haben Schweden und Spanien bis Anfang der 1990er Jahre durchgemacht. Während in Schweden die vierten und weiteren Geburten in enormem Ausmaß zugenommen haben (in etwa 60% gegenüber 1984), sind jene Geburten in Spanien in einem ähnlichen Ausmaß zurückgegangen – und auf diesem niedrigen Niveau verblieben (rund 80% niedriger als 1984). In Österreich sind die vierten und weiteren Geburten über den gesamten Zeitraum hinweg in geringerem Ausmaß gesunken als in den beiden anderen

³ Dieser Zeitpunkt wurde gewählt, da ab 1984 für alle drei Länder verlässliche Daten verfügbar sind.

Ländern. Gemeinsames Merkmal aller drei Länder hinsichtlich der Geburten höherer Ordnung ist der relativ stabile Verlauf seit 2000.

Abbildung 7: Prozentuelle Veränderung gegenüber dem Jahr 1984



Quelle: EUROSTAT 2006 - eigene Berechnungen;

5.4 Kinderlosigkeit

Die Differenzierung der Geburten nach der Geburtenfolge einerseits und die Darstellung des Anteils der kinderlosen Frauen, lassen Rückschlüsse auf die Bestimmungsfaktoren der Geburtenentwicklung zu. Es können Aussagen darüber gemacht werden, ob der Geburtenrückgang bzw. der Geburtenzuwachs durch Veränderungen im Anteil an kinderlosen Frauen und/oder durch den Rückgang bzw. Zuwachs an ersten, zweiten, dritten und weiteren Geburten bedingt ist.

Die folgende Abbildung stellt einen Ländervergleich der Geburtskohorten 1940 bis 1965 an. Interessant sind hierbei die doch sehr unterschiedlichen Verläufe in den einzelnen Ländern. Während in Schweden der Anteil der kinderlosen in den jeweiligen Geburtskohorten mit nahezu gänzlich stabil ist, steigt in Österreich die Zahl der Kinderlosen in den jüngeren Kohorten deutlich an. In Spanien ist über die Kohorten hinweg ebenfalls eine ansteigende Tendenz zu erkennen, durchbrochen jedoch durch einzelne Jahrgänge, die wiederum zu einem etwas geringeren Anteil kinderlos bleiben.

Im zahlenmäßigen Vergleich sind unter den 1940 in Österreich geborenen Frauen 12% zeitlebens kinderlos geblieben. Demgegenüber liegt der Anteil der 1965 in Österreich geborenen kinderlosen Frauen bei 21% - also nicht ganz doppelt so hoch. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Fertilität dieser Frauen nahezu abgeschlossen ist, d.h. die Prozentwerte werden sich nur mehr marginal nach unten verschieben. In Spanien sind ähnlich gelagerte Veränderungen hinsichtlich der Kinderlosigkeit zu verzeichnen: Hier haben 8% der 1940 geborenen Frauen keine Kinder, verglichen zu 14% der Geburtskohorte 1965. Wie schon festgestellt, sind in Schweden über die Geburtsjahrgänge hinweg keine

Veränderungen hinsichtlich der Kinderlosigkeit von Frauen auszumachen: Der Anteil der kinderlosen Frauen liegt sowohl für die 1940 als auch die 1965 Geborenen bei rund 13%.

Tabelle 4: Anteil der kinderlosen Frauen nach Geburtskohorte (1940-1965)

	1940	1945	1950	1955	1960	1965
Österreich	11,9	12,4	12,6	15,0	16,6	20,8
Schweden	13,1	12,2	12,9	12,8	13 ⁴	13
Spanien	8,0	6,1	10,1	10,7	10	14

Quelle: EUROSTAT 2006 - eigene Berechnungen; Volkszählung 2001: Werte für Ö 1940-1955;

5.5 Gebäralter

Ein weiterer Indikator zur Beschreibung des generativen Verhaltens ist das Alter der Frauen bei der Geburt ihrer Kinder. Zunächst ist in diesem Zusammenhang das durchschnittliche Gebäralter heranzuziehen, das alle Geburten mit einschließt. Hierbei spielt jedoch die Geburtenfolge und der Geburtenabstand eine Rolle: Liegen die Geburten einer Frau weit auseinander, erhöht sich dementsprechend auch das durchschnittliche Gebäralter. Für die Fragestellung, wann der Familienbildungsprozess von jungen Leuten beginnt, empfiehlt sich daher eher die Analyse des durchschnittlichen Gebäralters von Frauen bei der ersten Geburt. Im Folgenden werden beide Indikatoren für Österreich, Schweden und Spanien dargestellt⁵.

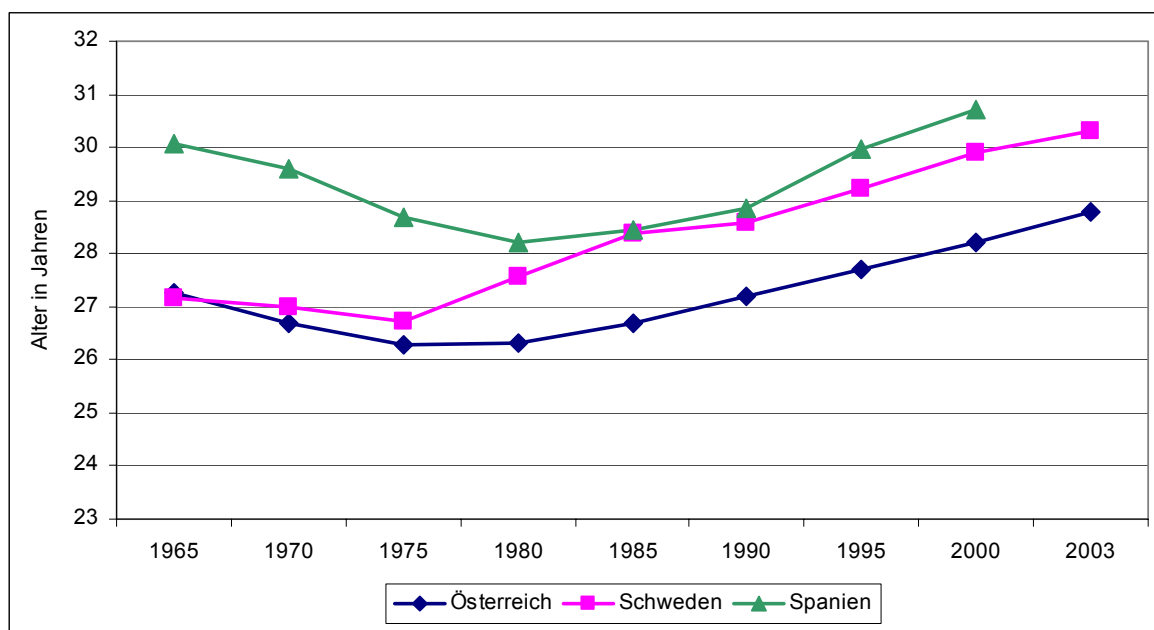
Als grundsätzliche Tendenz lässt sich für alle Länder eine U-förmige Kurve festmachen. D.h. nach einer Periode, in der das durchschnittliche Gebäralter zurückgegangen ist, werden die Frauen bei der Geburt ihrer Kinder wieder älter. Diese Trendumkehr fand in den einzelnen Ländern jedoch zu unterschiedlichen Zeitpunkten statt. Während in Österreich und Schweden dieses Phänomen bereits Mitte der 1970er Jahre zu beobachten war, ist dies für Spanien noch eine Phase der Geburten in jüngeren Jahren. Erst Mitte der 1980er Jahre beginnt das durchschnittliche Gebäralter zu steigen – allerdings in schnellerem Tempo als in den beiden anderen Ländern.

Österreich hat seit 1965 bis in die Gegenwart das niedrigste durchschnittliche Gebäralter aller drei Länder. Obwohl Schwedische Frauen generell in späterem Alter ihre Kinder bekommen als Frauen in Österreich, so ist seit Mitte der 1980er Jahre eine ähnliche Entwicklung hinsichtlich des durchschnittlichen Anstiegs des Gebäralters zu erkennen. Am ältesten waren bzw. sind die Frauen bei der Geburt ihrer Kinder in Spanien, was zumindest bis Mitte der 1980er Jahre durch die höhere Kinderzahl pro Frau zu erklären ist. Der Einfluss des Geburtenabstands kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht abgeschätzt werden. Es erscheint jedoch plausibel, das auch seither in Spanien anhaltend höhere Gebäralter mit dem „zweiten demographischen Übergang“, der – wie schon an anderer Stelle erwähnt - in Spanien verspätet eingesetzt hat, in Verbindung zu bringen.

⁴ Die Jahrgänge 1960-65 in Schweden und Spanien werden gerundet dargestellt, da aufgrund einer ab diesem Zeitpunkt von EUROSTAT veränderten Darstellungsform keine erste Dezimale vorliegt.

⁵ Für Österreich und Spanien sind die Datenreihen aufgrund fehlender Daten unvollständig. Gerade hinsichtlich des Gebäralters bei ersten Geburten existieren vergleichbare Daten für Österreich erst ab 1985.

Abbildung 8: Durchschnittliches Gebäralter der Frauen



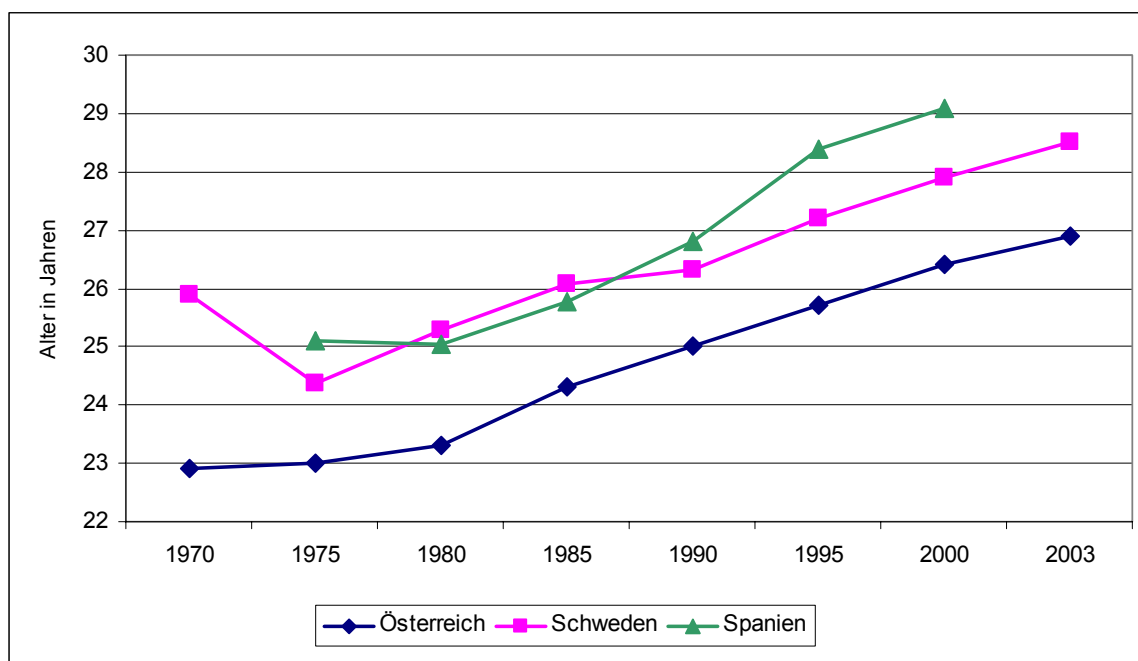
Quelle: EUROSTAT 2006 - eigene Berechnungen;

Hinsichtlich des Erstgebäralters stellt sich eine deutlich schlechtere Datenlage dar als für das durchschnittliche Gebäralter. So liegen beispielsweise für Österreich international homogenisierte Daten erst ab 1985⁶ und für Spanien hingegen erst ab 1975 und nur bis zum Jahr 2000 vor. Insofern dient die folgende Abbildung eher der Darstellung eines Trends als der dezimalgenauen Betrachtung.

Wie nach der Analyse des durchschnittlichen Gebäralters nicht anders zu erwarten, zeigt sich ab Mitte der 1970er Jahre ein für alle drei Länder geltender Anstieg des Erstgebäralters. In Österreich ist es bis zum Jahr 2003 um rund 4 Jahre angestiegen, in Schweden um rund 2,5 Jahre. Einen Anstieg um ebenfalls 4 Jahre hat Spanien zu verzeichnen, jedoch ist der letzte Messwert das Jahr 2000. Es kann damit gerechnet werden, dass sich der bisherige Trend auch weiterhin fortgesetzt hat und das aktuelle Erstgebäralter noch deutlich über diesem Wert liegt.

⁶ Auch weichen im Falle Österreichs die internationalen Daten für 1995 und 2000 von der amtlichen Statistik ab.

Abbildung 9: Durchschnittliches Alter der Frauen bei der ersten Geburt



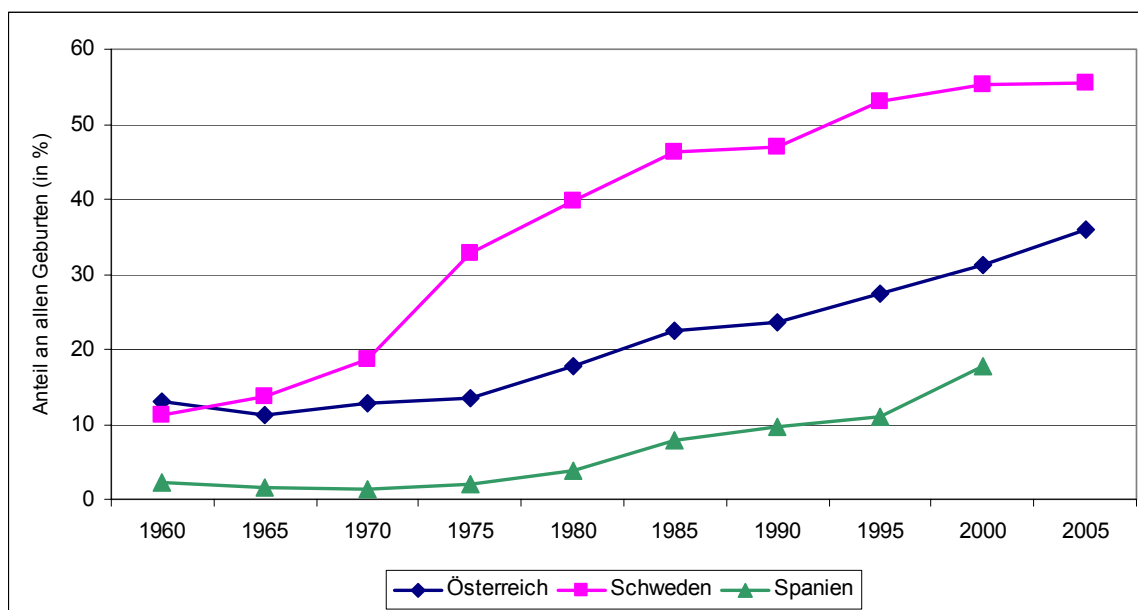
Quelle: EUROSTAT 2006 - eigene Berechnungen; BMUJF (1999): Werte Österreich 1970-1980

5.6 Nichteheliche Geburten

Die Verteilung zwischen ehelichen und nichteelichen Geburten dient ebenfalls als Maßzahl des generativen Verhaltens. Dies ergibt sich aus dem veränderten gesellschaftlichen Bild von Elternschaft bzw. aus der sich mehr und mehr auflösenden zwangsläufigen Koppelung von Ehe und Elternschaft.

Die Entwicklung der nichteelichen Geburten – anteilig an allen Geburten - wird in der folgenden Abbildung verdeutlicht. Es ist ein sehr eindeutiges Bild erkennbar: In allen drei Ländern haben sich die nichteelichen Geburten seit Beginn der 1960er Jahre vervielfacht. Am eindrucksvollsten ist dieser Trend in Schweden zu erkennen. Ausgehend von einem niedrigeren Wert als Österreich (nämlich rund 11% verglichen mit 13% in Österreich) ist der Anteil von nichteelichen Geburten auf rund 55% im Jahr 2005 angestiegen. Der Wert für Österreich liegt bei rund 36%. Auch in Spanien haben nichteeliche Geburten einen enormen Zuwachs erfahren. Zu Beginn der 1960er Jahre waren diese Geburten mit rund 2% ein nahezu nicht existierendes Phänomen. Dies ist auch bis Mitte der 1970er Jahre so geblieben. Danach hat in Spanien dieselbe Entwicklung wie in den anderen Ländern stattgefunden und der Anteil der nichteelichen Geburten ist auf rund 18% im Jahr 2000 gestiegen.

Bezogen auf den Ausgangswert von 1960 haben sich also im jeweiligen Betrachtungszeitraum die nichteelichen Geburten in Spanien mehr als versiebenfacht, in Schweden verfünffacht und in Österreich nahezu verdreifacht.

Abbildung 10: Anteil der nichtehelichen Geburten an allen Geburten

Quelle: EUROSTAT 2006 - eigene Berechnungen;

6. Fertilitätsbezogene Einflussfaktoren und ihre Ausprägungen in Österreich, Schweden und Spanien

Im Rahmen der vorliegenden Studie wurden zunächst auf theoretischer Ebene mögliche Einflussfaktoren für das generative Verhalten aufgezeigt (siehe Kapitel 4). Als Basis für die Einstufung als fertilitätsrelevanter Indikator dienen einerseits die bestehende Forschungsliteratur und andererseits eigene, noch nicht empirisch überprüfte Überlegungen.

Der folgende Abschnitt widmet sich der Analyse jener Einflussfaktoren in den drei zu untersuchenden Ländern. hat folgende Ziele:

1. Die Klarlegung der Rahmenbedingungen für generatives Verhalten
2. Eine erste Einordnung, inwieweit jene Faktoren für das generative Verhalten förderlich, neutral oder hemmend wirken

6.1 Wohlfahrtsstaatliche Gestaltungsprinzipien

Wie im theoretischen Teil beschrieben, gehören die wohlfahrtsstaatlichen Rahmenbedingungen wohl zu den zentralsten Einflussgrößen der Fertilitätsentwicklung. Im Folgenden werden die unterschiedlichen Wohlfahrtssysteme in Österreich, Schweden und Spanien in ihren Grundzügen kurz beschrieben. Ausgehend von den 1950er Jahren als dem „Goldenen Zeitalter der Familie“ wird die Entwicklung der letzten Jahrzehnte nachgezeichnet und für die Forschungsfrage relevante Eckdaten zur Familienpolitik dargestellt.

Österreich

In der wissenschaftlichen Literatur wird Österreich zu den konservativ-traditionellen Typen von Wohlfahrtsstaaten gerechnet. Die sozialstaatlichen Leistungen sind stark arbeitsmarktgebunden, d.h. Voraussetzungen hierfür werden durch Einzahlung in die Sozialversicherung erworben, die ihrerseits auf einer Erwerbstätigkeit basiert. In Österreich existieren seit den 1950er Jahre politische Strategien zur Kompensation von sozialen Nachteilen, die aus der Elternschaft resultieren. Als Ergebnis kann das Konzept des *Familienlastenausgleichs* und die Einführung des *Familienlastenausgleichsfonds* (FLAF) im Jahr 1955 gewertet werden. Damit zielte der Staat sowohl auf eine horizontale Umverteilung von Personen ohne Kinder zu Personen mit Kindern als auch auf eine vertikale Umverteilung von Familien mit höherem Einkommen zu Familien mit niedrigem Einkommen ab. Lange Zeit standen primär die ökonomischen Interventionen im Vordergrund staatlicher Einflussnahme. Die Familienpolitik der 1960er Jahre ging von drei Grundprämissen aus: erstens, von dem Familienmodell der Kernfamilie; zweitens, von der zwangsläufigen Verbindung von Ehe und Familie; drittens, von einer geschlechtsspezifische Arbeitsteilung. Dementsprechend wurde die Unterstützung der „Versorgerehe“ zur familienpolitischen Ausrichtung.

Die heutige Familienpolitik in Österreich soll das Zusammenleben in Familien, vor allem zur Versorgung und Erziehung der Kinder fördern. Österreich gehört im Bereich der monetären Familienförderung zu den Spitzenreitern in Europa, wobei das staatliche Steuer- und Transfersystem nach wie vor überwiegend auf dem traditionellen Familienmodell basiert. Während Leistungen aus dem Familienlastenausgleichsfonds vom Bund geregelt werden, liegt die Verantwortlichkeit hinsichtlich sozialer Dienstleistungen bei den einzelnen Bundesländern und den Gemeinden. So auch das System der institutionellen Kinderbetreuung, wodurch sich große regionale Unterschiede im Angebot von Kinderbetreuung ergeben. Die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie ist in den letzten Jahren vermehrt in den Fokus familienpolitischer Überlegungen gerückt. Diesbezügliche staatliche Interventionen sind vorwiegend im Bereich der monetären Transferleistungen angesiedelt und weniger in der Bereitstellung von Kinderbetreuungsmöglichkeiten.

Schweden

Schweden galt lange Zeit als Prototyp des modernen Wohlfahrtsstaates. Dies resultierte aus der Tatsache, dass im schwedischen Modell die Universalität als oberstes Gestaltungsprinzip angesehen wird. Das bedeutet, als Adressat für Sozialleistungen gilt die gesamte Wohnbevölkerung und nicht einzelne Gruppen. Gleichermäßen ist es Ziel, möglichst weitgehend auf bedarfsabhängige und als stigmatisierend erachtete Fürsorgeleistungen im Rahmen der Sozialhilfe zu verzichten. Im schwedischen Modell haben präventive Maßnahmen Vorrang gegenüber reinen Transferleistungen. Die Sozialpolitik ist im Sinne einer Gleichstellungspolitik konzipiert und stellt in erster Linie darauf ab, eine Erwerbstätigkeit für Frauen und Männer gleichermaßen sicherzustellen. So wird seit Ende der 1960-er Jahre die Frauenerwerbstätigkeit durch gezielte Maßnahmen aktiv gefördert. Nach ebendiesen Prämissen ist auch die schwedische Familienpolitik ausgestaltet. Das zugrunde liegende Familienmodell ist ein egalitäres Modell, bei dem es zentrales Anliegen ist, beiden Elternteilen und Alleinerziehenden eine Vollzeitberufstätigkeit zu ermöglichen. Als Reaktion auf die Frauenbewegung wurden seit den 1960er Jahren die familienpolitischen Maßnahmen ausgeweitet. So kam es zur Einführung der Elternversicherung als eigener Bestandteil der Krankenversicherung und dem Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen. Das gut ausgebaute System öffentlicher Kinderbetreuung soll sicherstellen, dass Mütter nach der Geburt eines Kindes im Erwerb bleiben können.

Die schlechten, wirtschaftlichen Entwicklungen in Schweden seit Mitte der 1970er Jahre machten Kürzungen von Sozialleistungen notwendig. Seither existiert die Ansicht, dass der universalistische Wohlfahrtsstaat in Schweden an seine Grenzen gestoßen sei.

Spanien

Das diktatorische Regime unter Franco hat den spanischen Wohlfahrtsstaat nachhaltig geprägt. Die Sozialpolitik stand vor allem im Dienste der Stabilisierung des Systems. Der Widerspruch zwischen ökonomischer Modernisierung einerseits und politischer Repression andererseits wirkten sich auch auf das heutige System der sozialen Sicherheit aus (vgl. Schmid, 2002). Wie in der Literatur vielfach festgestellt, ist der spanische Wohlfahrtsstaat der Prototyp des postautoritären Wohlfahrtsregimes. Er ist gekennzeichnet durch einen fundamentalen Entwicklungsbruch, nämlich der Übergang von einer fast 40jährigen Diktatur zur heutigen Staatsform. Dass der Versuch einer allumfassenden Demokratisierung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft nicht ohne Probleme vonstatten gegangen ist, zeigt das Zitat „Der junge spanische Wohlfahrtsstaat ist in die Krise geraten, bevor es ihn überhaupt richtig gegeben hat.“ (Schmid, 2002). Die Entwicklung des sozialen Sicherungssystem in Spanien ist gegenwärtig noch nicht abgeschlossen. Auf Basis der demokratischen Verfassung des Jahres 1978 hat sich erst in den 1980er Jahren das moderne System sozialer Sicherung in Spanien entwickelt.

Das spanische Sozialversicherungssystem der Gegenwart ist ein Mischsystem aus Beitrags- und Universalmodell; d.h. die Leistungen orientieren sich einerseits an den eingezahlten Beiträgen und folgen andererseits den Prinzipien der Subjekt- und Bedarfsorientierung sowie der Umverteilung. Der spanische Wohlfahrtsstaat ist geprägt durch niedrige Sozialausgaben und eine geringe Entwicklung des öffentlichen Sektors sozialer Dienstleistungen. Ebenso war bis dato die spanische Familienpolitik nur rudimentär entwickelt. Lange Zeit wurde keine Notwendigkeit für etwaige Interventionen von staatlicher Seite gesehen, funktionierte doch das familiäre Netzwerk ausgezeichnet. Erst die veränderten demographischen Gegebenheiten gaben Anlass zum Umdenken. So wurde jüngst ein Maßnahmenpaket beschlossen, das die staatliche Unterstützung für Chancengleichheit im Beruf ausweitet und bessere Bedingungen für Mütter und Väter hinsichtlich der Vereinbarkeit von Familienleben und Erwerbstätigkeit

Nach diesem kurzen Überblick über die sozial- und familienpolitischen Ausrichtungen in Österreich, Schweden und Spanien werden im Folgenden nun einzelne Indikatoren der wohlfahrtsstaatlichen Gestaltungsprinzipien im Vergleich dargestellt. Ausgewählt wurden die Sozialausgaben für Familien und Kinder, die Regelungen zum Mutterschaftsurlaub sowie die Betreuungsquoten von unter 6jährigen Kindern. Andere familienpolitische Maßnahmen werden erst im Endbericht berücksichtigt, da sowohl in Österreich als auch in Spanien gegenwärtig familienpolitische Neuregelungen vorgenommen werden.

Betrachtet man die staatlichen Ausgaben für den Sozialschutz im Bereich Familie und Kinder, so zeigen sich in den drei untersuchten Ländern sehr unterschiedliche Ausgabenniveaus. Wenngleich im Zeitraum von 1990 bis 2004 die Sozialausgaben um 0,4 Prozentpunkte erhöht wurden, so ist die Familienförderung in Spanien mit 0,7% des Bruttoinlandsprodukts von allen drei Ländern am niedrigsten. Im selben Ausmaß wurde seit 1990 in Österreich die Familienförderung angehoben und beträgt nun 3,0%. In Schweden hingegen wurden die Sozialleistungen für Familie und Kinder gekürzt – und zwar von 3,9% auf 3,0% des BIP.

Gemessen als Prozentanteil an den Sozialleistungen insgesamt, so macht die Familienförderung in Österreich 10,7%, in Schweden 9,6% und in Spanien 3,5% aus. Im

Zeitverlauf betrachtet hat sich von 1990 bis 2004 in Österreich anteilmäßig eine geringe Veränderung (+0,3%) ergeben, während in Schweden bezogen auf alle Leistungen des Sozialschutzes für Familien deutlich weniger ausgegeben wird (-2,4%). In Spanien hat sich der prozentuelle Anteil von Familienförderung an allen Leistungen mehr als verdoppelt (+1,8%).

Tabelle 5: Ausgaben für Familie und Kinder, in % des Bruttoinlandsprodukts (BIP)

	in % des BIP		in % an Leistungen insgesamt	
	1990	2004	1990	2004
Österreich	2,6	3,0	10,4	10,7
Schweden	3,9	3,0	12,0	9,6
Spanien	0,3	0,7	1,7	3,5

Quelle: EUROSTAT 2006 - eigene Berechnungen;

Was die Regelungen zum Mutterschaftsurlaub angeht, so gibt die nachstehende Abbildung Auskunft über die Situation in Österreich, Schweden und Spanien. Generell zeigt sich, dass alle drei Länder in ähnlicher Form die Phase rund um die Geburt eines Kindes in ihren familienpolitischen Programmen berücksichtigen. Während sich in Schweden der Anspruch aus dem Mutterschaftsurlaub und der Elternzeit zusammensetzt, existieren sowohl in Österreich als auch in Spanien 16 Wochen Mutterschaftsurlaub. Einzig in Spanien ist der Anspruch an eine vorangehende Pflichtversicherung geknüpft. Hinsichtlich der Höher der Geldleistung, haben Österreich und Spanien wiederum gleiche Regelungen; d.h. die Gehaltsfortzahlung beträgt im Mutterschaftsurlaub 100%. In Schweden werden 80% bezahlt.

Tabelle 6: Regelungen zum Mutterschaftsurlaub 2005/2006

	max. Dauer (Wochen)	Anspruchs- Voraussetzungen	Höhe der Geldleistung
Österreich	16 (24) ¹	Keine	100%
Schweden	7 (+60 Tage) ²	Keine	80% (min. € 19 /Tag)
Spanien	16 (18) ³	180 Tage Versicherung in letzten 5 Jahren	100%

¹ bei Früh- und Mehrlingsgeburten sowie Kaiserschnitt; ² aus dem Anspruch der Elternzeit;

³ bei Mehrlingsgeburten ab dem dritten Kind;

Quelle: OECD Family Data Base;

Die Betreuungssituation von Vorschulkindern variiert in den untersuchten Ländern vor allem für die unter 3jährigen Kinder. In Österreich werden nur rund 4% der Kinder in diesem Alter außerfamilial betreut, während es in Schweden rund 40% und in Spanien rund 21% sind. Auch für die 3jährigen Kinder zeigen sich deutliche länderspezifische Unterschiede, d.h. der Anteil der Kinder, die in Schweden oder Spanien betreut werden, ist in etwa doppelt so hoch als in Österreich. Interessant ist, dass Spanien hierbei mit rund 96% die höchste

Betreuungsquote aufweist. Bei den 4jährigen Kindern steigt auch in Österreich der Anteil derer, die sich in einer außerfamilialen Betreuung befinden, auf 82%.

Tabelle 7: Betreuungsquoten für Kinder unter 6 Jahren, 2004

<i>in %</i>	Unter 3 Jahre	3 Jahre	4 Jahre	5 Jahre
Österreich	4,1	45,9	82,1	93,1
Schweden	39,5	82,5	87,7	89,7
Spanien	20,7	95,9	100	100

Quelle: OECD Family Data Base;

6.2 Der Übergang zum Erwachsenwerden

Gegenstand des folgenden Kapitels ist die Länder vergleichende Analyse jenes Lebensabschnittes, in dem der Übergang vom Jugendlichen zum Erwachsenen vollzogen wird. In dieser Phase des Lebens werden die Voraussetzungen für eine mögliche Familiengründung geschaffen bzw. der Familienbildungsprozess bereits begonnen. Ausgehend von einer Chronologie des Lebenslaufes (vgl. Voges, 1987), impliziert dies, dass auch andere Lebensereignisse mehr oder weniger zeitgleich stattfinden. Dazu zählen die Beendigung der Ausbildung und der Eintritt ins Erwerbsleben sowie das Verlassen des elterlichen Haushalts und die Bildung einer Lebensgemeinschaft. Die nachfolgenden Ausführungen gehen der Frage nach, inwieweit länderspezifische Unterschiede in jenen Statusübergängen im Lebenslauf von jungen Menschen nachgewiesen werden können.

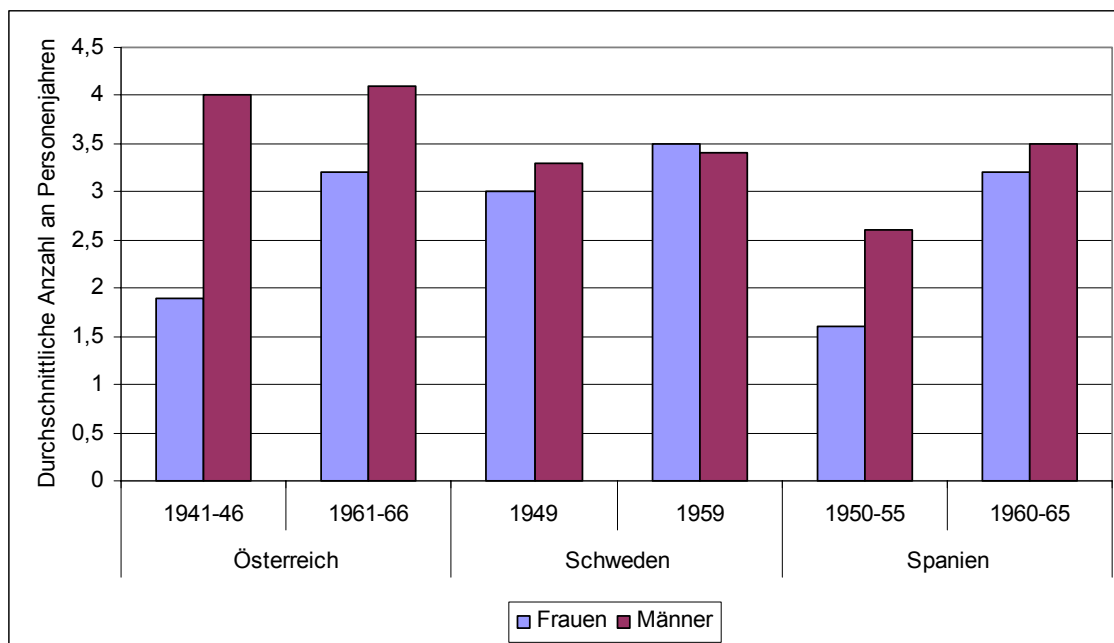
In der Forschungsliteratur wird konstatiert, dass sich bei jüngeren Geburtskohorten der Prozess des Erwachsenwerdens ganz allgemein zeitlich hinauszögert (vgl. *Family and Fertility Surveys*). Dieser *Postponement*-Effekt der jüngeren Generationen wird meist ursächlich mit dem längeren Verbleib von jüngeren Menschen im Ausbildungssystem in Zusammenhang gebracht. Durch die zeitliche Verschiebung eines Lebensereignisses, nämlich der Beendigung der Ausbildung, würden auch die anderen Statusübergänge zu einem späteren Zeitpunkt im Lebenslauf stattfinden. Bei genauerer Untersuchung zeigt sich jedoch, dass dieser aufschiebende Effekt nicht für alle Ereignisse des Erwachsenwerdens gleichermaßen gilt und dass sich die drei untersuchten Länder diesbezüglich durchaus unterscheiden.

Die zentralen gesellschaftlichen Bezugssysteme, mit denen Jugendliche und junge Menschen an der Schwelle zum Erwachsenenalter konfrontiert sind, sind der Ausbildungsbereich und die Arbeitswelt. Sie liefern die strukturellen Ausgangsbedingungen für den Prozess des Erwachsenwerdens. Auf die Unterschiede in den Bildungs- und Erwerbssystemen in Österreich, Schweden und Spanien soll hier nicht näher eingegangen werden, da deren Beschreibung in den dementsprechenden Kapiteln erfolgt. Im Zusammenhang mit der Frage, ob junge Menschen heutzutage „später erwachsen“ werden, ist zunächst die Untersuchung der Verweildauer in jedem dieser Systeme von Interesse.

Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf Daten aus den *Family and Fertility Surveys* (FFS) der UNECE, in denen erstmals international vergleichbare biographische Daten erhoben wurden. Zur Erfassung eines möglichen Postponement-Effekts dient der Vergleich zwischen Geburtskohorten. In Ermangelung direkt vergleichbarer Geburtskohorten in den untersuchten Ländern, wurde primäres Augenmerk auf einen Geburtenabstand von zumindest 10 Jahren gelegt. Die jüngste Kohorte sollte dabei in etwa in den 1960er Jahren geboren sein.

Abbildung 11 stellt die durchschnittliche Anzahl der im Alter zwischen 15 und 30 Jahren in Ausbildung verbrachten Jahre dar. Im Kohortenvergleich zeigt sich, dass in allen drei Ländern die jüngere Generation länger in Ausbildung gewesen ist als die älteren Vergleichskohorten. Dabei fallen die Unterschiede in Österreich und Spanien recht deutlich aus, in Schweden deutlich geringer. Auch sind hier kaum geschlechtsspezifische Unterschiede gegeben. Demgegenüber sind Männer in Österreich und Spanien bis zu doppelt so lange in der Ausbildung gewesen als Frauen. Dieser starke Effekt in Österreich kann nur teilweise auf die im Vergleich zu den beiden anderen Ländern doch älteren Personen zurückgeführt werden. Denn die Diskrepanz zwischen Frauen und Männern ist zwar in den jüngeren Geburtskohorten wesentlich geringer geworden, bleibt jedoch bestehen. Über alle Länder hinweg haben die Geburtskohorten der nach 1959 Geborenen zwischen ihrem 15. und 30 Lebensjahr zumindest 3 Jahre in Ausbildung verbracht.

Abbildung 11: Durchschnittliche Anzahl an Personenjahren in der Ausbildung (zwischen 15 und 30 Jahren), nach Geburtsjahrgängen

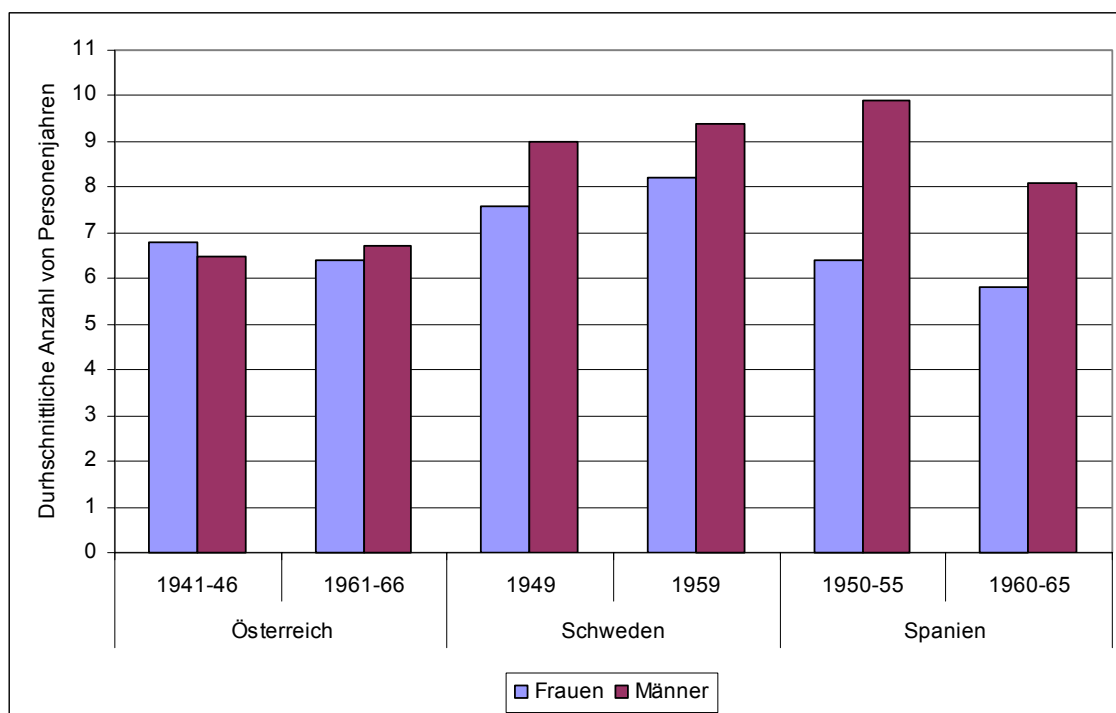


Quelle: UNECE/PAU: FFS Standard Country Reports Austria, Spain and Sweden; Datenerhebung in Österreich 1995/96, in Schweden 1992/93 und in Spanien 1995

Analog zur Verweildauer in der Ausbildung wird nun die durchschnittliche Anzahl der im Erwerb verbrachten Jahre untersucht. Hier ergibt sich folgende Problematik. Prinzipiell gelten als Hinweise für das spätere Erwachsenenwerdens – im Gegensatz zur Ausbildung - kurze Verweildauern. Da hier auch jene Jobs angeführt wurden, die während der Ausbildung angenommen wurden, kann eine niedrige Anzahl an Jahren sowohl einen Postponement-Effekt als auch eine „joblose“ Ausbildungszeit reflektieren. Insgesamt zeigt sich für

Österreich, Schweden und Spanien ein wenig einheitliches Bild. Der Kohortenvergleich ergibt für Österreich und Schweden keine kürzeren Verweildauern im Erwerb, für Spanien hingegen schon. Der bisherigen Argumentation folgend, könnte dies folgendermaßen gedeutet werden: In Österreich und Schweden wird das verspätete Eintreten ins Erwerbsleben durch den Umstand verdeckt, dass die meisten jungen Leute neben ihrer Ausbildung erwerbstätig sind. In Spanien existiert diese Praxis in weit geringerem Ausmaß, sodass der Postponement-Effekt des Erwerbseintritts der jüngeren Generationen offensichtlich ist. Ein Blick über die untersuchten Länder hinweg zeigt, dass die jüngeren Geburtskohorten im Alter zwischen 15 und 30 Jahren zumindest 5,5 Jahre erwerbstätig waren.

Abbildung 12: Durchschnittliche Anzahl an Personenjahren im Erwerb (zwischen 15 und 30 Jahren)



Quelle: UNECE/PAU: FFS Standard Country Reports Austria, Spain and Sweden; Datenerhebung in Österreich 1995/96, in Schweden 1992/93 und in Spanien 1995

Die detaillierte Analyse der Statusübergänge ist für die gegenständliche Fragestellung ebenfalls von Bedeutung. Zunächst geht es darum, eine prozentmäßige Einordnung hinsichtlich des Lebensalters vorzunehmen, zu dem die einzelnen Ereignisse stattfinden. So zeigt die nachfolgende Tabelle den Anteil jener Personen, die bis zum Alter von 25 Jahren die ausgewählten Lebensereignisse aufweisen. Am eindeutigsten - und für alle drei Länder - lässt sich in der Kohortenbetrachtung der aufschiebende Effekt für die Geburt des ersten Kindes feststellen. Auch die Bildung der ersten Lebensgemeinschaft wurde von den jüngeren Kohorten in ein etwas späteres Lebensalter verlagert. Was die anderen Ereignisse betrifft, so zeigt sich ein deutlich differenzierteres Bild. Einerseits sind die Effekte wesentlich geringer und andererseits kommen sowohl länderspezifische als auch geschlechtsspezifische Unterschiede zum Tragen. Der Eintritt ins Erwerbsleben hat für die jüngere Generation in Spanien etwas verspätet stattgefunden, in Österreich und Schweden ist nur für junge Männer ein aufschiebendes Verhalten erkennbar. Hinsichtlich des Auszugs aus dem Elternhaus ist wiederum nur in Spanien bei den jüngeren Kohorten eine eindeutig

aufgeschobene Entwicklung festzustellen. Während in Schweden die jüngeren und älteren Kohorten ungefähr im selben Alter den elterlichen Haushalt verlassen haben, sind in Österreich die jüngeren Kohorten – vor allem die Frauen - sogar früher von Zuhause ausgezogen als dies die um 15-20 Jahre ältere Vergleichsgruppe getan hat. Der einzige Statusübergang, der bei den jüngeren Geburtskohorten in Spanien nicht zu einem späteren Zeitpunkt stattgefunden hat, ist die Beendigung der Ausbildung zu nennen. In Österreich ist lediglich ein aufschiebender Effekt bei den jungen Männern zu beobachten gewesen; bei den Frauen gab es nahezu keine Unterschiede im Verhalten der jüngeren und älteren Generation. Demgegenüber ist es in Schweden unter den jüngeren Frauen sogar zu einem entgegen gesetzten Effekt gekommen, d.h. die jüngeren Schwedinnen haben ihre Ausbildung früher beendet als die älteren.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass von der jüngeren Generation nicht der gesamte Prozess des Erwachsenwerdens in ein höheres Lebensalter verlagert wird, sondern nur einzelne Teile davon. Mit Ausnahme von Spanien, wo sich der Postponement-Effekt auf alle Ereignisse außer der Ausbildung bezieht, wird in Österreich und Schweden vorwiegend der Familienbildungsprozess aufgeschoben. Für diese Entwicklung (zumindest ab den Geburtskohorten 1940) können die längeren Ausbildungszeiten als der zentrale Erklärungsfaktor für die spätere Familiengründung nicht herangezogen werden.

Tabelle 8: Ausgewählte Lebensereignisse - Anteil jener Personen, bei denen bis zum Alter von 25 Jahren das jeweilige Ereignis eingetreten ist, nach Geburtskohorten 1941-66

Kohorten		Beendigung der Ausbildung		Auszug aus Elternhaus		Erster Job		Erste Lebensgem.		Erste Geburt	
		1961-66	1941-46	1961-66	1941-46	1961-66	1941-46	1961-66	1941-46	1961-66	1941-46
Österreich	F	99,7	99,3	87,6	82,8	91,7	89,9	80,8	83,6	60,9	71,4
	M	96,5	98,8	71,3	70,8	89,4	91,3	64,1	63,5	31,7	44,5
Kohorte		1959	1949	1959	1949	1959	1949	1959	1949	1959	1949
Schweden	F	78,5	74,4	97,8	97,3	94,0	94,0	84,1	87,7	45,4	62,4
	M	80,6	86,5	93,7	93,4	92,4	94,0	68,7	73,7	27,0	39,7
Kohorten		1960-65	1950-55	1960-65	1950-55	1960-65	1950-55	1960-65	1950-55	1960-65	1950-55
Spanien	F	89,8	84,8	72,0	78,1	80,4	82,5	69,9	76,1	46,1	58,2
	M	92,1	84,0	50,4	62,1	94,8	96,2	46,7	56,3	20,3	36,1

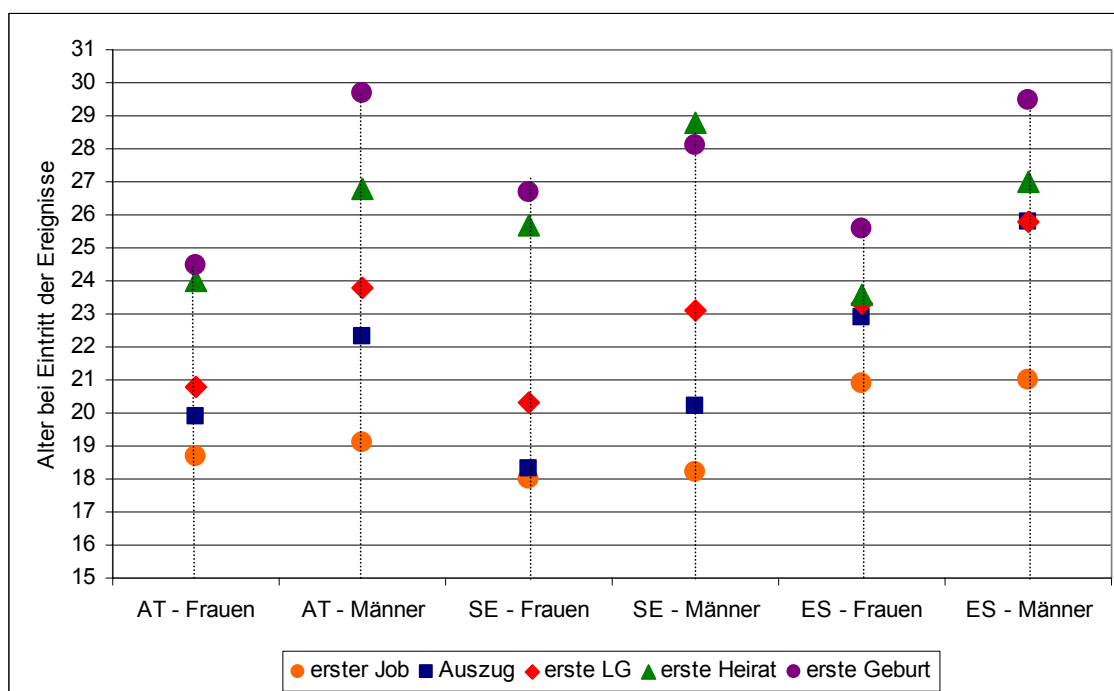
Quelle: UNECE/PAU: FFS Standard Country Reports Austria, Spain and Sweden; Datenerhebung in Österreich 1995/96, in Schweden 1992/93 und in Spanien 1995

Ein weiterer, wichtiger Punkt ist die zeitliche Verortung der einzelnen Ereignisse in den Lebensläufen. Sie gibt darüber Aufschluss, in welcher Abfolge und welchem zeitlichen Abstand jene Schritte im individuellen Lebenslauf realisiert werden. Dadurch lässt sich auch feststellen, in welchem Alter der Familienbildungsprozess begonnen wird. Denn der Zeitpunkt der ersten Geburt lässt gewisse Rückschlüsse auf die Anzahl der potentiellen weiteren Kinder zu. So würde ein höheres Erstgebäralter, eine niedrigere Wahrscheinlichkeit für eine höhere Anzahl von weiteren Kindern implizieren.

Dieser Frage wird in der folgenden Abbildung nachgegangen, wobei hier aufgrund unrealistischer Zahlen die Ausbildungsbiographie ausgespart wird (vgl. Liefbroer, 2005).

Bezug genommen wird auf die Geburtskohorten der Jahre 1958-62. Dabei zeigt sich ein relativ heterogenes Bild. Am augenfälligsten ist zunächst, dass in allen drei Ländern die untersuchten Übergänge in den Biographien der Männer deutlich später stattfinden als in jenen der Frauen. Mit Ausnahme des Eintritts ins Erwerbsleben gilt dies gleichermaßen für alle Statusübergänge. Des Weiteren leicht ersichtlich ist die in Österreich und Schweden gegebene zeitliche Trennung zwischen den Ereignissen, welche die Familienbildung im engeren Sinne (d.h. Heirat und Geburt) markieren und den anderen deutlich früher stattfindenden Ereignissen. Besonders offensichtlich ist dies in Schweden, wo zwischen der Bildung der ersten Lebensgemeinschaft und der ersten Heirat im Durchschnitt fünf Jahre liegen. In Spanien ist diese Teilung der biographischen Dimensionen nicht gegeben. Hier fallen der Auszug aus dem Elternhaus, die Bildung der ersten Lebensgemeinschaft und die erste Heirat zusammen. Zeitlich abgehoben sind als erster Statusübergang der Beginn einer ersten Erwerbstätigkeit und als letzter die Geburt des ersten Kindes. Auch wenn in Spanien die erste Lebensgemeinschaft vergleichsweise spät eingegangen wird, so folgen die Statusübergänge der Familienbildung zeitlich rascher aufeinander als dies in Österreich oder Schweden der Fall ist.

Abbildung 13: Mittleres Alter beim Eintritt einzelner Lebensereignisse, nach Geburtskohorten 1958-62



Quelle: Liefbroer (2005) basierend auf den FFS-Daten– eigene Darstellung;

Interessant ist in diesem Zusammenhang die genauere Betrachtung des zeitlichen Abstands zwischen einerseits der ersten Erwerbstätigkeit bzw. der Bildung der ersten Lebensgemeinschaft und andererseits der Geburt des ersten Kindes. Die nachfolgende Tabelle macht das bereits Gesagte noch etwas deutlicher. Der Eintritt ins Erwerbsleben und die Geburt eines Kindes sind zeitlich relativ weit auseinander liegende Ereignisse im Lebenslauf eines jungen Menschen. Während bei den Frauen der Abstand zwischen den beiden Statusübergängen bei rund 7-8 Jahren liegt, vergehen bei den Männern rund 10-11 Jahre zwischen dem ersten Job und dem ersten Kind. Bei österreichischen Frauen ist die Zeitspanne um ein bis eineinhalb Jahre kürzer als bei Schwedischen oder Spanischen Frauen. Die Männer weisen in allen drei Ländern ein homogenes Bild auf.

Anders sieht es bezüglich der Zeitspanne zwischen dem Beginn der ersten Lebensgemeinschaft und der Geburt des ersten Kindes aus. Die geschlechtsspezifischen Unterschiede werden kleiner, wohingegen die länderspezifischen Unterschiede zunehmen. So variieren die Abstände zwischen diesen beiden Ereignissen von 1,5 Jahren (Spanische Frauen) bis 5,2 Jahren (Schwedische Männer). Insgesamt lassen junge Menschen in Schweden am meisten Zeit zwischen der ersten Lebensgemeinschaft und der Geburt ihres Kindes vergehen – nämlich rund 5 Jahre. Wie bereits festgestellt, liegen die Ereignisse in Spanien mit rund 2 Jahren zeitlich enger beisammen.

Tabelle 9: Dauer zwischen erstem Erwerbseintritt bzw. erster Lebensgemeinschaft und der Geburt des ersten Kindes, nach Geburtskohorten 1958-62

in Jahren	Österreich		Schweden		Spanien	
	F	M	F	M	F	M
1. Erwerb >> Geburt 1. Kind	6,8	10,4	8,4	10,9	8,0	10,7
1. Lebensgemeinschaft >> Geburt 1. Kind	3,1	3,8	4,9	5,2	1,5	2,3

Quelle: Liefbroer (2005) basierend auf den FFS-Daten;

6.3 Bildungsbeteiligung und Bildungsniveau

Die Vergleichbarkeit der Bildungssysteme in verschiedenen Ländern stellt grundsätzlich eine Schwierigkeit dar. Durch die von der UNESCO eingeführte Klassifizierung von Schultypen bzw. Schulsystemen nach dem ISCED-Standard⁷ und deren laufende Anpassung an Veränderungen in den einzelnen Ländern wurde der Versuch einer weitgehenden Homogenisierung unternommen. Alle Datenproblematiken konnten damit jedoch nicht aus dem Weg geräumt werden und so stellt das Wissen um die Besonderheiten der jeweiligen Bildungssysteme eine wichtige Interpretationshilfe bei der Analyse dar.

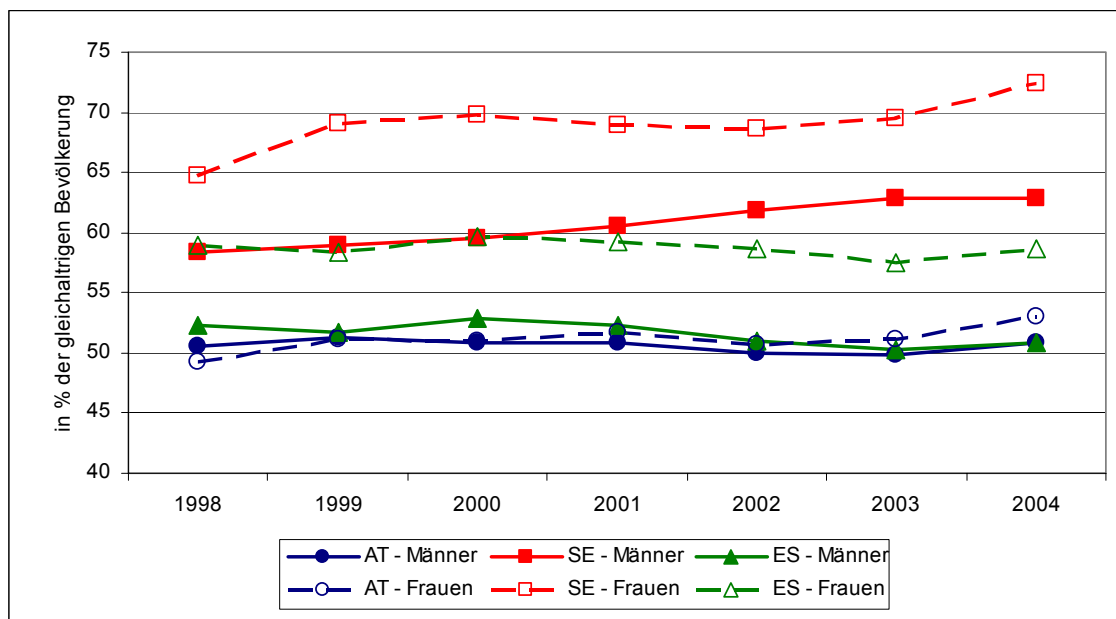
In Österreich, Schweden und Spanien ist die öffentliche Schulbildung kostenlos. Die allgemeine Schulpflicht dauert in Österreich und Schweden neun Jahre (vom 6. bis zum 15. Lebensjahr bzw. vom 7. bis zum 16. Lebensjahr) und in Spanien zehn Jahre (vom 6. bis zum 16. Lebensjahr). Während nach der Schulpflicht in Österreich neben weiterführenden Schulen auch die Möglichkeit zu einer zweigleisigen Ausbildung in Berufsschule und Betrieb (duales System der Berufsausbildung) besteht, muss in Schweden und Spanien die Wahl getroffen werden zwischen einer Berufsausbildung oder weiterführenden Schulen.

Nach dieser kurzen Beschreibung der Bildungssysteme geht es nun um die Bildungsbeteiligung von jungen Menschen im Alter von 15 bis 24 Jahren in Österreich, Schweden und Spanien. Leider existieren vergleichbare Daten nur bis zum Jahr 1998 zurück, was das Aufzeigen eines längerfristigen Trends kaum möglich macht.

⁷ ISCED bedeutet *International Standard Classification of Education*. Die Klassifizierung wurde erstmals in den 1970er Jahren verwendet. Es wird allgemein zwischen 7 Bildungsstufen unterschieden, wobei 0 die vorschulische und 6 die universitäre Ausbildung umfasst. Um den Veränderungen in den jeweiligen Bildungssystemen Rechnung zu tragen, wurden im Laufe der Zeit zusätzliche Untergliederungen eingeführt.

In Österreich ist die Teilnahme am Bildungssystem im Vergleich zu den anderen beiden Ländern am niedrigsten. Sie schwankt im gesamten Untersuchungszeitraum zwischen 49 und 53%. Eine ähnlich niedrige Bildungsbeteiligung haben nur junge Männer in Spanien. Der eindeutig höchste Anteil an in Ausbildung befindlichen Personen ist unter jungen Frauen in Schweden zu finden. Hier sind im Jahr 2004 72% in Ausbildung. Während in Österreich die Bildungsbeteiligung von jungen Frauen und Männern im Alter von 15-24 Jahren anteilmäßig in etwa gleich ist, haben Frauen sowohl Schweden als auch Spanien eine rund 7-10 Prozentpunkte höhere Bildungsbeteiligung als Männer aufzuweisen.

Abbildung 14: Bildungsbeteiligung im Alter von 15-24 Jahren (ISCED 1-6)

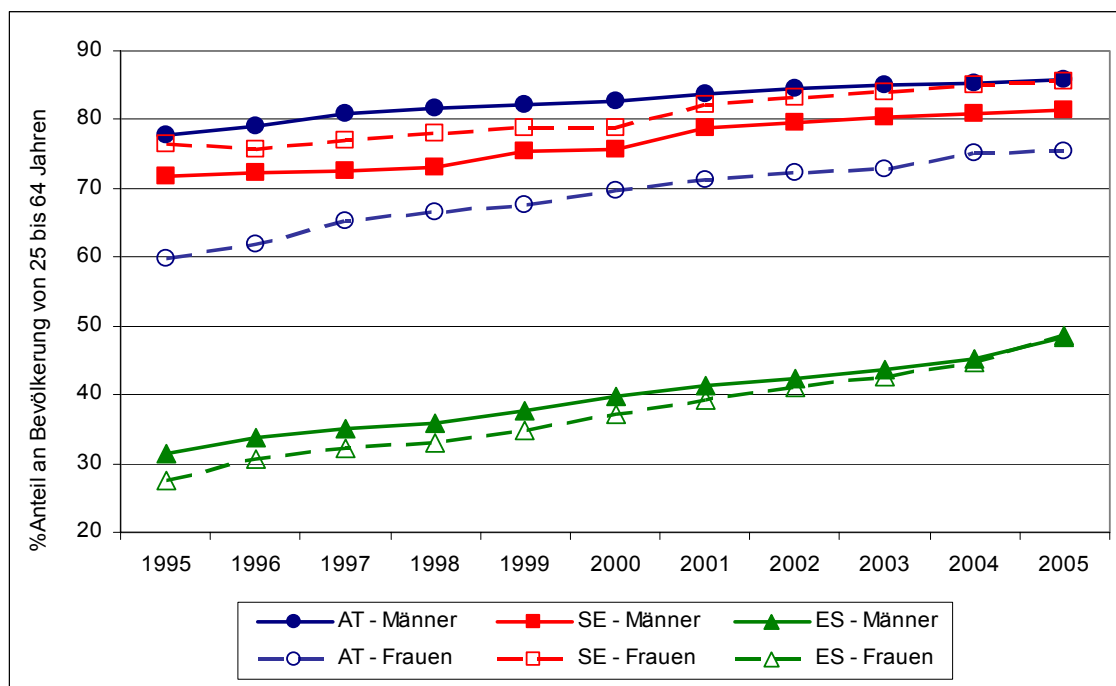


Quelle: EUROSTAT 2006 - eigene Berechnungen;

Neben der Bildungsbeteiligung ist natürlich auch das höchste erreichte Bildungsniveau von Bedeutung für die gegenständliche Fragestellung. Hier geht es nicht nur um die jungen Menschen in einem Land, sondern um das generelle Bildungsniveau. Insofern wird auf die Bevölkerung im Alter zwischen 25 und 64 Jahren Bezug genommen. Streng genommen müsste hier eine Einschränkung auf die Bevölkerung im fertilen Alter vorgenommen werden. Dies ist jedoch aus datentechnischen Gründen nicht möglich.

Die nachfolgende Abbildung zeigt den Anteil der 15- bis 64jährigen Personen mit Matura von 1995 bis 2005. Dabei wird das große Bildungsgefälle zwischen Spanien und den beiden anderen Ländern ersichtlich. Dies mag möglicherweise auch zum Teil auf einen Generationeneffekt zurückzuführen sein. In Spanien haben im Jahr 2005 rund 49% der Personen einen Maturaabschluss; die Zahlen für Österreich und Schweden liegen zwischen 75% (österreichische Frauen) und 86% (österreichische und schwedische Männer). In allen drei Ländern ist im Zeitverlauf eine deutliche Zunahme des Anteils an Personen mit Matura zu verzeichnen. Dieser Trend ist bei Frauen ausgeprägter als bei Männern.

Abbildung 15: Anteil von Personen im Alter von 25 bis 64 Jahren, die zumindest einen höheren Sekundarabschluss erreicht haben ("Maturaniveau")



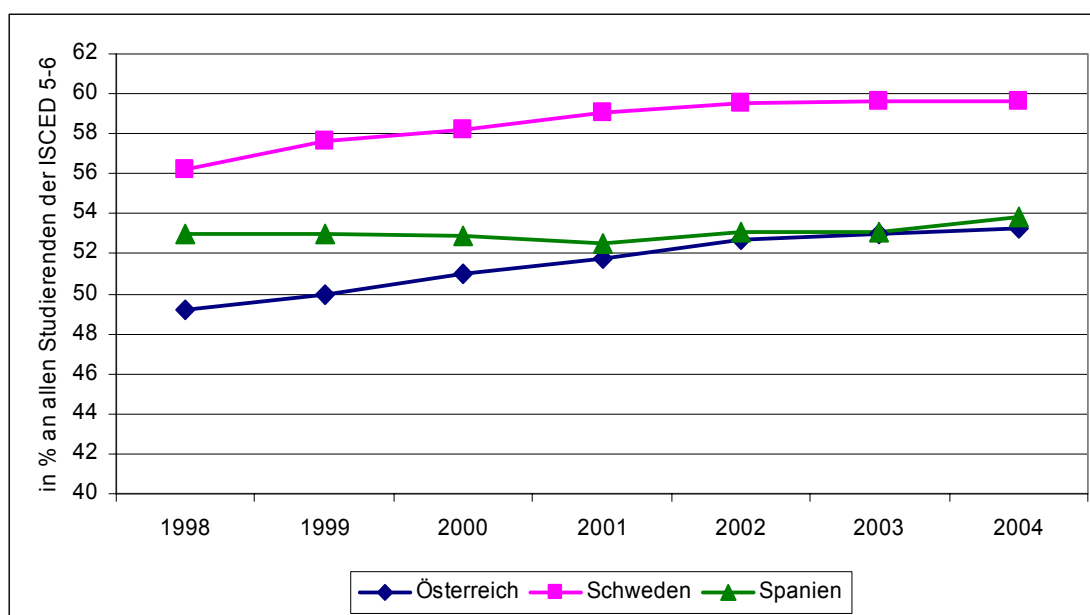
Quelle: EUROSTAT 2006 - eigene Berechnungen;

Die in den letzten Jahren stark gestiegene Bildungsbeteiligung von Frauen ist in der Diskussion über die Geburtenentwicklung ein vieldiskutierter Aspekt. Wie schon an anderer Stelle beschrieben, läuft die Argumentation größtenteils auf den Zusammenhang zwischen höherem Bildungsabschluss und dadurch steigenden Opportunitätskosten der Kindererziehung im Falle einer Elternschaft hinaus.

Daher stellt sich die Frage nach der Bildungsbeteiligung von Frauen im tertiären Ausbildungsbereich. Zu diesem Zweck wird im Folgenden der Anteil der weiblichen Studierenden in universitätsnahen Ausbildungsgängen (ISCED 5), wie z.B. Akademien oder Fachhochschulen, oder an Universitäten (ISCED 6) zwischen 1998 und 2004 dargestellt.

In Spanien ist in den letzten 10 Jahren das Verhältnis zwischen männlichen und weiblichen Studierenden relativ stabil geblieben, während in Österreich und in Schweden der Anteil von Frauen im tertiären Bildungsbereich kontinuierlich angestiegen ist. Insgesamt ist in Schweden der Anteil an weiblichen Studierenden vergleichsweise am größten. Im Jahr 2004 lag er bei knapp 60%; in Österreich und Spanien studierten im selben Jahr 54% Frauen. Nimmt man also den gesamten tertiären Bereich zusammen (d.h. Akademien, Fachhochschulen und Universitäten), so haben junge Frauen anteilmäßig junge Männer bereits überholt. Dies hängt mit dem höheren Anteil von Frauen in Akademien zusammen. Es ist jedoch die Tendenz erkennbar, dass in den nächsten Jahren auch im universitären Bereich der Frauenanteil den Männeranteil übersteigen wird.

Abbildung 16: Weibliche Studierende (ISCED 5-6), in % an allen Studierenden dieser Stufe



Quelle: EUROSTAT 2006 - eigene Berechnungen;

6.4 Eheschließungen und Ehescheidungen

Der folgende Abschnitt widmet sich jenen fertilitätsrelevanten Indikatoren und ihren Ausprägungen in den drei zu untersuchenden Ländern, die im Zusammenhang mit der Eheschließung und der Bildung von Lebensgemeinschaften einerseits und der Ehescheidung andererseits stehen.

Zunächst wird die einfachste Maßzahl zur Beschreibung des Heiratsverhaltens – nämlich die Zahl der Eheschließungen pro Jahr - herangezogen. Dieser Indikator ist – wie auch die Zahl der Lebendgeburten – relativ großen Verzerrungseffekten unterworfen und hat nur bedingte Aussagekraft. Gerade im Ländervergleich ist jedoch die großemäßige Einordnung der einzelnen Länder ein wichtiger Punkt. Daher finden sie auch Eingang in die folgenden Ausführungen.

Wenngleich in unregelmäßigem Verlauf, so ist doch in allen drei Ländern der prinzipielle Trend des Rückgangs an Eheschließungen über die letzten Jahrzehnte hinweg deutlich zu erkennen. Ebenfalls zu erkennen, sind die mehr oder weniger starken Schwankungen von einer Fünfjahres-Periode zur nächsten. Daher sei nochmals betont, dass es hier primär um die Feststellung eines Entwicklungstrends geht und nicht um eine prozentmäßige Festlegung.

Tabelle 10: Eheschließungen pro Jahr, in Tausend

	1960	1965	1970	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2005
Österreich	58,5	56,7	52,8	46,5	46,4	44,9	45,2	42,9	39,2	39,2
Schweden	50,1	60,0	43,3	44,1	37,6	38,3	40,5	33,6	39,9	44,4
Spanien	236,9	228,3	248,2	271,3	220,7	199,7	220,5	200,7	216,5	209,1

Quelle: EUROSTAT 2006 - eigene Berechnungen;

Während sich in Spanien die unstete Kurve bezogen auf die Zahl der Eheschließungen auch seit dem Jahr 2000 fortsetzt, ist vor allem in Schweden zwischen 2001 und 2005 ein kontinuierlicher Aufwärtstrend in den Eheschließungen zu verzeichnen. Für Österreich gilt dies ebenfalls, jedoch in geringerem Ausmaß (*ohne Abbildung*).

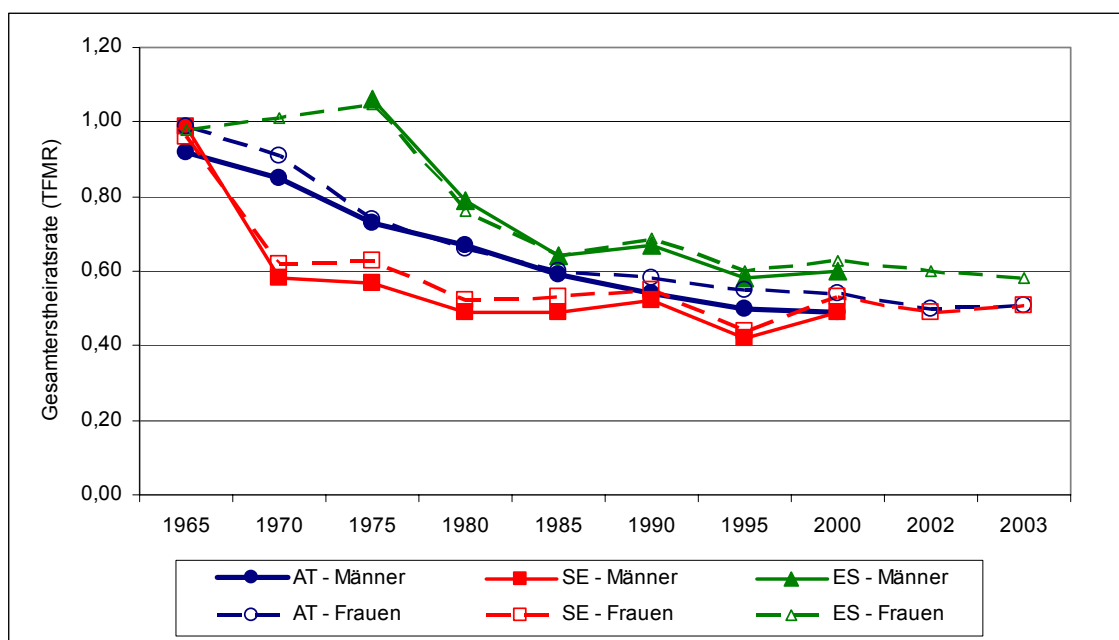
Ein um Effekte der Altersstruktur bereinigter Indikator ist die Gesamterstheiratsrate (TFMR - Total First Marriage Rate)⁸ die im Folgenden beschrieben wird⁹. Der Rückgang der Heiratsneigung in Österreich und Schweden seit 1965 und in Spanien seit 1975 ist in der Abbildung ersichtlich. Mit Ausnahme von Spanien liegt die Gesamterstheiratsrate für Frauen insgesamt etwas höher als die der Männer.

Von 1965 bis 1995 sank in Österreich die TFMR für Frauen von 0,99 auf 0,55 und in Schweden von 0,96 auf 0,53. Damit hat sich die Erstheiratshäufigkeit von Frauen nahezu halbiert. In Spanien kam es bei den Frauen zu einer ähnlichen Entwicklung, jedoch in etwas schwächerem Ausmaß. Hier lag im Jahr 1965 die Erstheiratshäufigkeit von Frauen bei 0,98; bis 1995 ist sie auf 0,63 gesunken. Hinsichtlich des Heiratsverhaltens von Männern zeigt sich ein analoges Bild: in Österreich ist die TFMR für Männer von 0,92 auf 0,50 gefallen, in Schweden von 0,99 auf 0,42 und in Spanien von einem noch höheren Ausgangswert (1,06 im Jahr 1975) auf 0,58 im Jahr 1995. Seit Ende der 1990er Jahre scheint jedoch in allen drei Ländern das rapide Absinken der Gesamterstheiratsrate etwas gebremst. Bezogen auf die weibliche Gesamterstheiratsrate seit 2000 ist de facto in Schweden und Österreich eine leicht ansteigende Tendenz der Erstheiratshäufigkeit zu verzeichnen.

⁸ Summe aller altersspezifischen Erstheiratsraten bis zum 50. Lebensjahr

⁹ Für die männliche Population in Spanien liegen vergleichbare Daten erst ab 1975 vor; die Daten nach 2000 beziehen sich nur auf die weibliche Gesamterstheiratsrate.

Abbildung 17: Gesamtertheiratsrate (TFMR) für Frauen und Männer

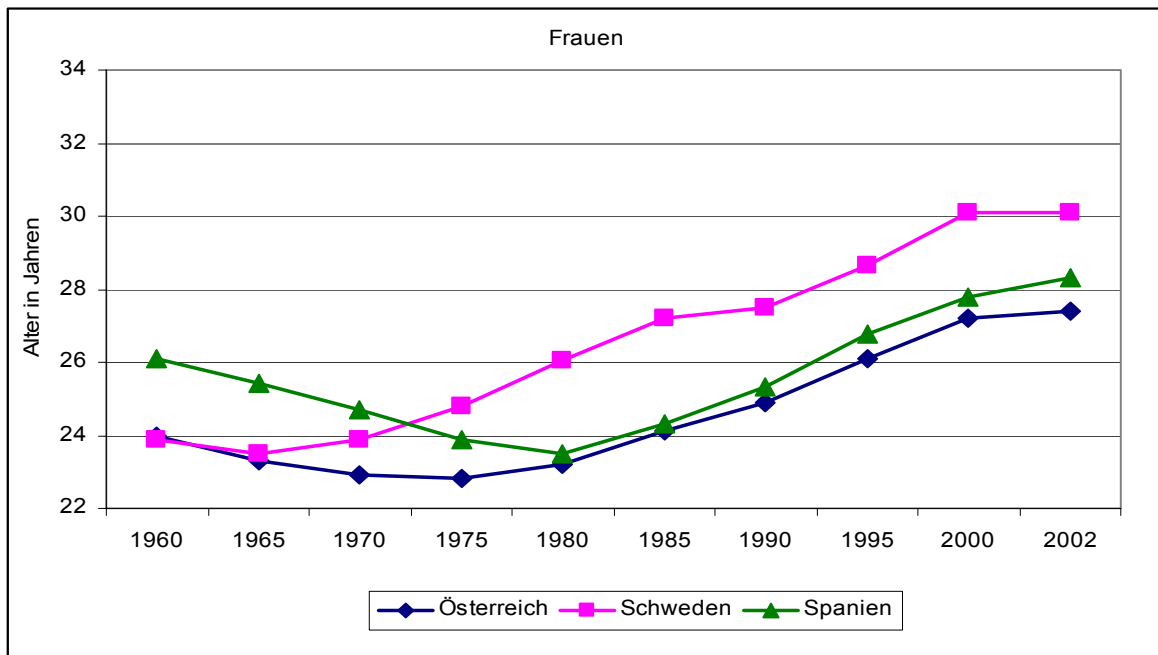


Quelle: EUROSTAT 2006 - eigene Berechnungen; Council of Europe 2004: TFMR für Frauen ab 2000;

Wann gehen nun junge Menschen in Österreich, Schweden und Spanien eine eheliche Lebensgemeinschaft ein? Zunächst lässt sich für alle drei Länder gleichermaßen festhalten, dass Frauen durchschnittlich um zwei bis zweieinhalb Jahre früher heiraten als dies Männer tun. In Österreich liegt das durchschnittliche Erstheiratsalter am niedrigsten: 2002 haben Frauen mit 27,4 und Männer mit 29,9 Jahren zum ersten Mal geheiratet. Die dementsprechenden Werte für Schweden liegen bei 30,1 für Frauen und 32,5 für Männer; für Spanien bei 28,3 für Frauen und 30,2 für Männer.

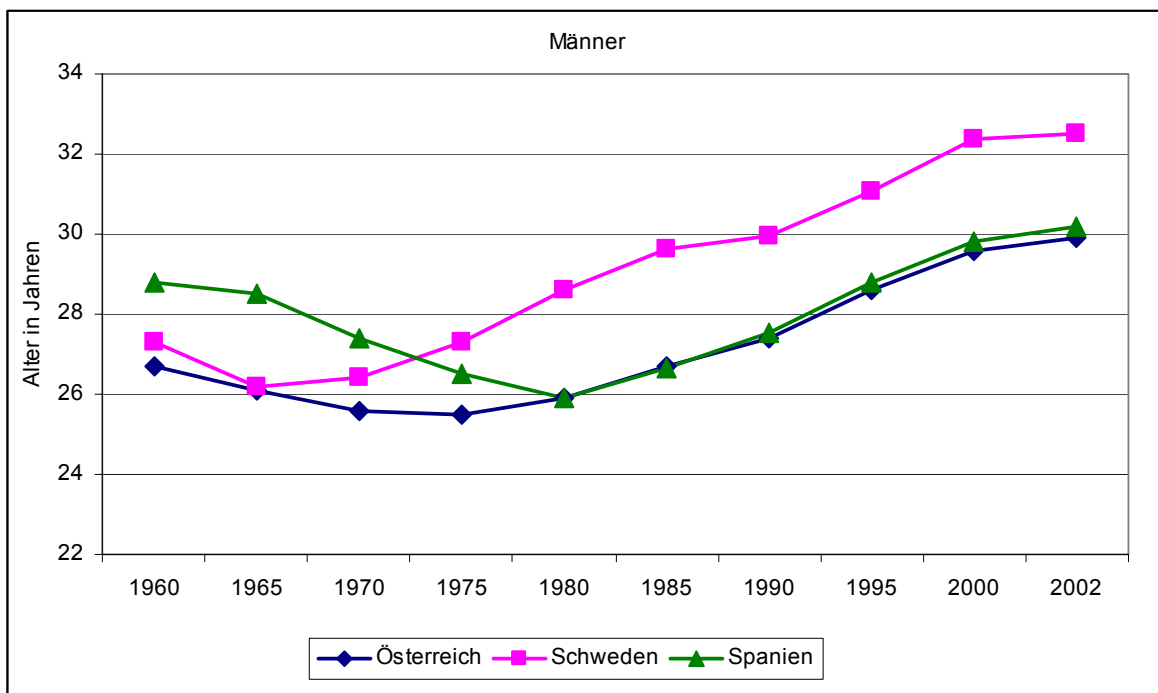
Analog zu den das Gebäralter betreffenden Entwicklungen zeigt sich auch bei der Eheschließung der Trend zum zeitlichen Aufschub in ein höheres Lebensalter. Wiederum existieren jedoch Länderunterschiede, was den Beginn dieser Entwicklung betrifft. Hier setzt - nach einer langen Periode, in der junge Frauen und Männer zunehmend früher geheiratet haben - die Trendumkehr 1980 ein. Zu diesem Zeitpunkt ist die Entwicklung in Schweden schon seit rund 15 Jahren im Gange. Interessant ist, dass in Österreich der Anstieg des Erstheiratsalters zwar um einige Jahre früher als in Spanien, aber dennoch deutlich später als in Schweden eingesetzt hat. Generell ist für jenen Indikator eher Schweden als Sonderfall zu betrachten als Spanien. Während seit Beginn der 1980er Jahre die Entwicklung auf einem deutlich höheren Niveau stattfindet, stellt sich der Verlauf in Österreich und Spanien nahezu identisch dar. Lediglich in den letzten Jahren ist das Ersteheschließungsalter für Frauen in Spanien etwas deutlicher gestiegen als in Österreich.

Abbildung 18a: Durchschnittliches Erstheiratsalter für Frauen



Quelle: EUROSTAT 2006 - eigene Berechnungen;

Abbildung 10b: Durchschnittliches Erstheiratsalter für Männer



Quelle: EUROSTAT 2006 - eigene Berechnungen;

6.5 Erwerbstätigkeit

Der Stellenwert der Erwerbstätigkeit im Zusammenhang mit der Fertilitätsentwicklung wurde bereits ausführlich beschrieben. Gemeinsames Merkmal der diesbezüglichen Forschungsliteratur ist die Annahme, dass die Teilnahme am Erwerbsleben und die Elternschaft zwei Lebensaufgaben sind, die gegensätzlichen Logiken gehorchen und daher schwer zu vereinbaren sind.

Während die theoretischen Arbeiten die Auswirkungen der Erwerbsbeteiligung sowohl für Frauen als auch Männer thematisieren, wird in den empirischen Forschungsarbeiten vielfach ausschließlich auf Frauen Bezug genommen. In einer Gesellschaft, in der die Vereinbarkeitsfrage von Elternschaft und Erwerbstätigkeit jedoch zu einer zwischen den Partnern zu lösenden Angelegenheit geworden ist, greift eine ausschließlich an den Frauen orientierte Betrachtung zu kurz. In den folgenden Ausführungen werden die Indikatoren zur Erwerbstätigkeit für beide Geschlechter dargestellt.

Die Überblickstabelle zeigt für das Jahr 2005 die Beschäftigtenquote, die Zahl der Teilzeitbeschäftigten und die Arbeitslosenquote für die Bevölkerung im Alter zwischen 15 und 64 Jahren. Die Beschäftigtenquote liegt für Männer in allen drei Ländern auf demselben Niveau (rund 75%). Die weibliche Beschäftigung liegt außer in Schweden deutlich darunter: in Österreich bei 62% und in Spanien bei 51%. Teilzeitbeschäftigt sind überwiegend Frauen: österreichische und schwedische Frauen arbeiten zu rund 39% Teilzeit, in Spanien sind es 24%. Die Vergleichswerte der Männer liegen hingegen bei rund 5% (Spanien), rund 6% in Österreich und rund 12% in Schweden. Damit ist die Zahl der teilzeitbeschäftigten Männer in Schweden mehr als doppelt so hoch als in den beiden anderen Ländern. Von Arbeitslosigkeit betroffen sind besonders spanische Frauen. Deren Arbeitslosenquote liegt bei 12%, während der Anteil an arbeitslosen Frauen in Österreich bei rund 6% und in Schweden bei rund 8% liegt. In Österreich und Schweden sind Männer in einem ähnlichen Ausmaß wie Frauen mit Arbeitslosigkeit konfrontiert. Insgesamt hat Österreich die niedrigsten Arbeitslosenquoten im Ländervergleich. Mit Ausnahme der deutlich höheren Arbeitslosigkeit von spanischen Frauen liegen Spanien und Schweden auf ungefähr gleichem Niveau.

Tabelle 11: Kennziffern zur Erwerbstätigkeit

	Jahr	Österreich		Schweden		Spanien	
		F	M	F	M	F	M
<i>nach Geschlecht</i>							
Beschäftigtenquote (15-64) <i>in % der gleichaltrigen Bevölkerung</i>	2005	62,0	75,4	70,4	74,4	51,2	75,2
Teilzeitbeschäftigte <i>in % der Beschäftigten</i>	2005	39,3	6,1	39,6	11,5	24,2	4,5
Arbeitslosenquote <i>in % aller Erwerbspersonen</i>	2005	5,5	4,9	7,7	7,9	12,2	7,0

Quelle: EUROSTAT 2006 - eigene Berechnungen;

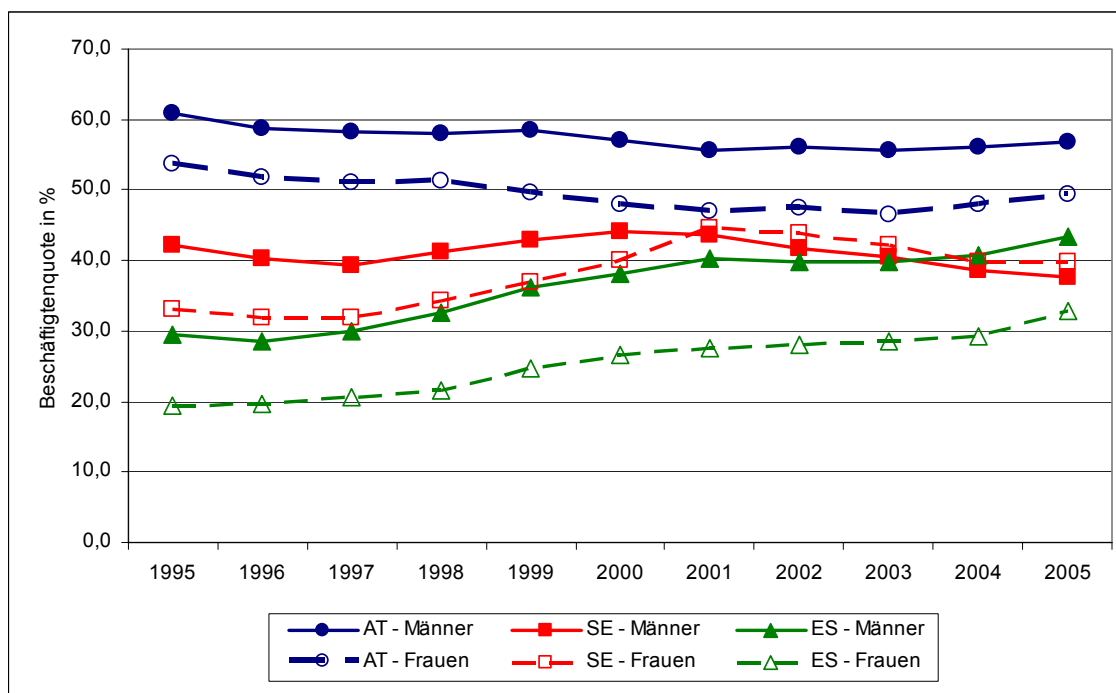
Die anschließende Betrachtung im Zeitverlauf gibt weiteren Aufschluss über die Verhältnisse in den untersuchten Ländern. Dabei wird der Zeitraum von 1995 bis 2005 betrachtet und auf die Gruppe der 15- bis 24jährigen Personen fokussiert.

Hierbei sind ganz gravierende länderspezifische Unterschiede festzustellen. Im Jahr 2005 variieren die Beschäftigtenquoten von jungen Menschen von 57% (österreichische Männer) bis 33% (spanische Frauen). Trotz dieser großen Spannweite ist im Zeitverlauf eine gewisse

Nivellierungstendenz über die Länder hinweg zu erkennen, d.h. noch im Jahr 1995 betragen die Länderunterschiede bis zu 40%.

Junge Männer sind in Österreich und Spanien zu einem größeren Anteil beschäftigt als Frauen im selben Alter. In Schweden hingegen hat sich dies in den letzten fünf Jahren geändert: 15- bis 24jährige Frauen haben eine um rund zwei Prozentpunkte höhere Beschäftigtenquote als gleichaltrige Männer.

Abbildung 19: Beschäftigtenquote der Personen im Alter von 15 bis 24 Jahren in % der gleichaltrigen Bevölkerung, nach Geschlecht



Quelle: EUROSTAT 2006 - eigene Berechnungen;

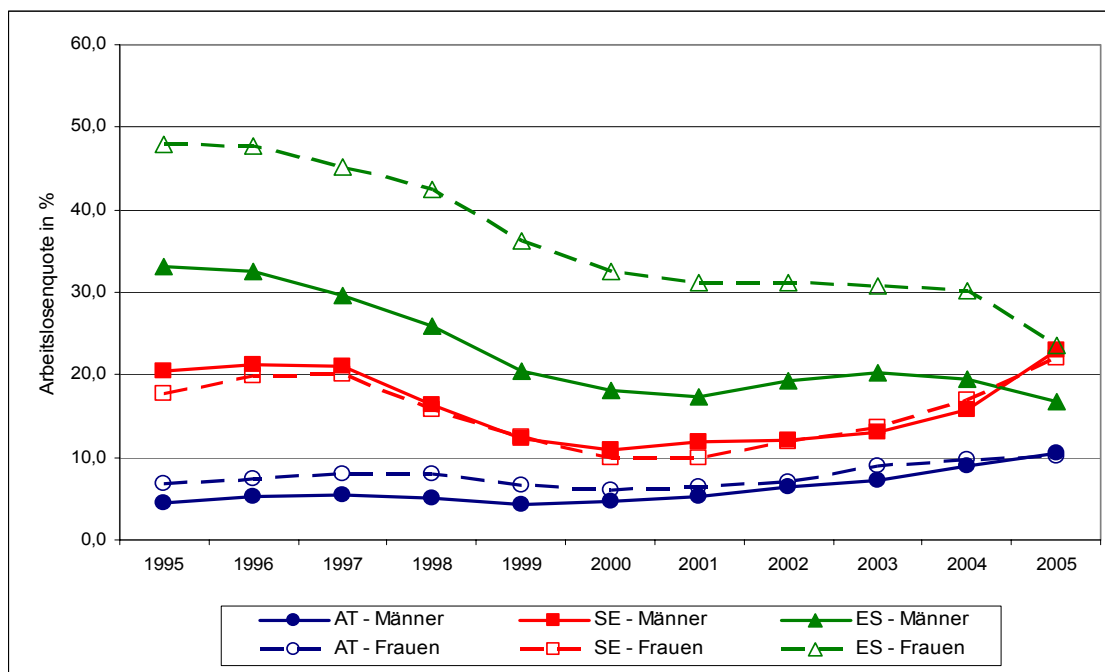
Wie sieht nun die Situation von jenen jungen Menschen aus, die sich nicht mehr in Ausbildung befinden und auch nicht beschäftigt sind? Das Problem der Jugendarbeitslosigkeit stellt einen Faktor dar, der negative Auswirkungen auf die Familiengründung hat. Wenn jungen Menschen die Verortung im Erwerbssystem nicht gelingt, wird sich für sie die Frage der Elternschaft fürs Erste nicht stellen.

Insofern ist für die gegenständliche Fragestellung die Untersuchung der länderspezifischen Arbeitslosenquoten von Personen im Alter von 15 bis 24 Jahren von Relevanz. Wie Abbildung 20 zeigt gab es zwischen 1995 und 2000 eine äußerst positive Entwicklung – vor allem in Spanien: hier sind die Arbeitslosenquoten von jungen Menschen um 15 Prozentpunkte zurückgegangen. Aber auch in Schweden ist in dieser Periode ein Rückgang der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. In Österreich sind die Quoten auf niedrigem Niveau stabil geblieben. Der Beginn des neuen Jahrtausends hat eine Trendumkehr mit sich gebracht: In allen drei Ländern ist die Arbeitslosigkeit von 15- bis 24jährigen Personen wieder leicht angestiegen. Im Gegensatz zu Österreich und Schweden ist von 2004 auf 2005 in Spanien die Arbeitslosenquote wieder gesunken.

Über die gesamte Untersuchungsperiode hinweg waren junge Menschen in Spanien am meisten von Arbeitslosigkeit betroffen – und hier vor allem junge Frauen, deren Arbeitslosenquote 1995 bei 48% lag. Die außerordentlich positive Entwicklung der letzten zehn Jahre hat dazu geführt, dass im Jahr 2005 Spanien und Schweden bei der

Jugendarbeitslosigkeit gleichauf gelegen sind bzw. dass junge Männer in Schweden in höherem Ausmaß von Arbeitslosigkeit betroffen sind als in Spanien. Mit rund 10% hat Österreich nach wie vor die vergleichsweise geringste Arbeitslosenquote von 15 bis 24jährigen Personen zu verzeichnen.

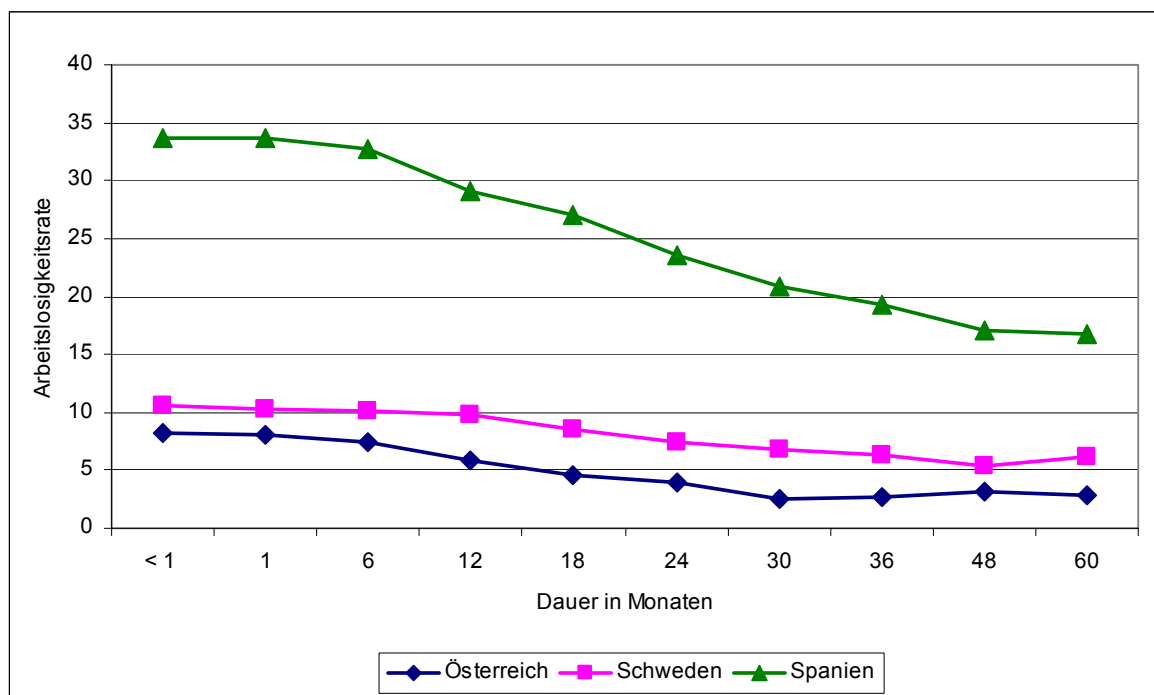
Abbildung 20: Arbeitslosenquote von Personen im Alter von 15 bis 24 Jahren in % aller gleichaltrigen Erwerbspersonen, nach Geschlecht



Quelle: EUROSTAT 2006 - eigene Berechnungen;

Ausgehend von der These, dass die zeitlich rasche Aufeinanderfolge zwischen Ausbildungsende und Beginn einer Erwerbstätigkeit eine die Familiengründung begünstigende Voraussetzung ist, wird im Folgenden die Arbeitslosenquoten nach Beendigung der Erstausbildung im Monaten dargestellt.

Abbildung 21: Arbeitslosigkeitsrate nach Beendigung der ununterbrochenen Erstausbildung, in Monaten



Quelle: EUROSTAT 2006 - eigene Berechnungen;

6.6 Einkommenssituation und Armutsgefährdung

Der nächste Abschnitt widmet sich der Frage, in welchen finanziellen Verhältnissen die Menschen in Österreich, Schweden und Spanien leben. Um den Ländervergleich von finanziellen Indikatoren überhaupt möglich zu machen, muss auf eine international vergleichbare Einheit Bezug genommen werden. Zur Darstellung von volkswirtschaftlichen Größen wie etwa dem Bruttoinlandsprodukt werden im Allgemeinen Kaufkraftstandards (KKS) als Einheit verwendet. Die Einkommensgrößen privater Haushalte werden bei Eurostat mit der Konsumkomponente der KKS umgerechnet, die als Kaufkraftkonsumstandards (KKKS) bezeichnet werden.

Als zentrale Indikatoren zur Beschreibung der finanziellen Situation werden im Folgenden das Primäreinkommen, das verfügbare Einkommen und die Armutsgefährdungsquote vor und nach sozialen Transfers herangezogen. Das *Primäreinkommen* von privaten Haushalten ist definiert als der Saldo des erwirtschafteten Einkommens abzüglich der zu zahlenden Zinsen. Das *verfügbare Einkommen* errechnet sich als die Summe von Primäreinkommen, monetären Transfers und Sozialleistungen abzüglich der zu zahlenden Steuern, Sozialbeiträge und anderen Transfers. Als *armutsgefährdet* gelten jene Personen, die weniger als 60% des medianen Nettoäquivalenzeinkommens zur Verfügung haben. Die Armutsgefährdungsquote stellt dementsprechend den Prozentanteil jener Personen an der gesamten Bevölkerung dar, deren verfügbares Äquivalenzeinkommen unter dieser Armutsgefährdungsschwelle liegt.

Die folgende Tabelle zeigt die oben beschriebenen finanziellen Indikatoren für die Jahre 2003 bzw. 2004. Österreich liegt sowohl bezüglich des Primäreinkommens als auch des verfügbaren Einkommens an erster Stelle. Während in Spanien das Primäreinkommen

niedriger als in Schweden ist, dreht sich die Situation für das verfügbare Einkommen um. Dies ist primär auf die hohe Steuerquote in Schweden zurückzuführen.

Was prekäre Einkommensverhältnisse betrifft, so ist die höchste Armutsgefährdungsquote vor sozialen Transfers in Schweden festzustellen. Jedoch zeigen hier auch die großzügig gewährten Sozialleistungen die größte Wirkung. Während die Armutsgefährdungsquote vor sozialen Transfers bei 30% liegt, sinkt sie nach sozialen Transfers auf 11%. Im Vergleich dazu sind 25% (vor sozialen Transfers) respektive 20% (nach sozialen Transfers) der Spanier armutsgefährdet. Auch in Österreich zeigen die staatlichen Unterstützungen Wirkung und reduzieren die Armutsgefährdungsquote von 25% auf 13%.

Tabelle 12: Kennziffern zur finanziellen Situation

	Jahr	Österreich	Schweden	Spanien
Primäreinkommen <i>in KKKS je Einwohner</i>	2003	18.324 ¹⁰	15.982	14.645
Verfügbares Einkommen <i>in KKKS je Einwohner</i>	2003	16.279 ¹¹	12.512	12.885
Armutsgefährdungsquote vor sozialen Transfers <i>in %</i>	2004	25	30	25
Armutsgefährdungsquote nach sozialen Transfers <i>in %</i>	2004	13	11	20

Quelle: EUROSTAT 2006 - eigene Berechnungen;

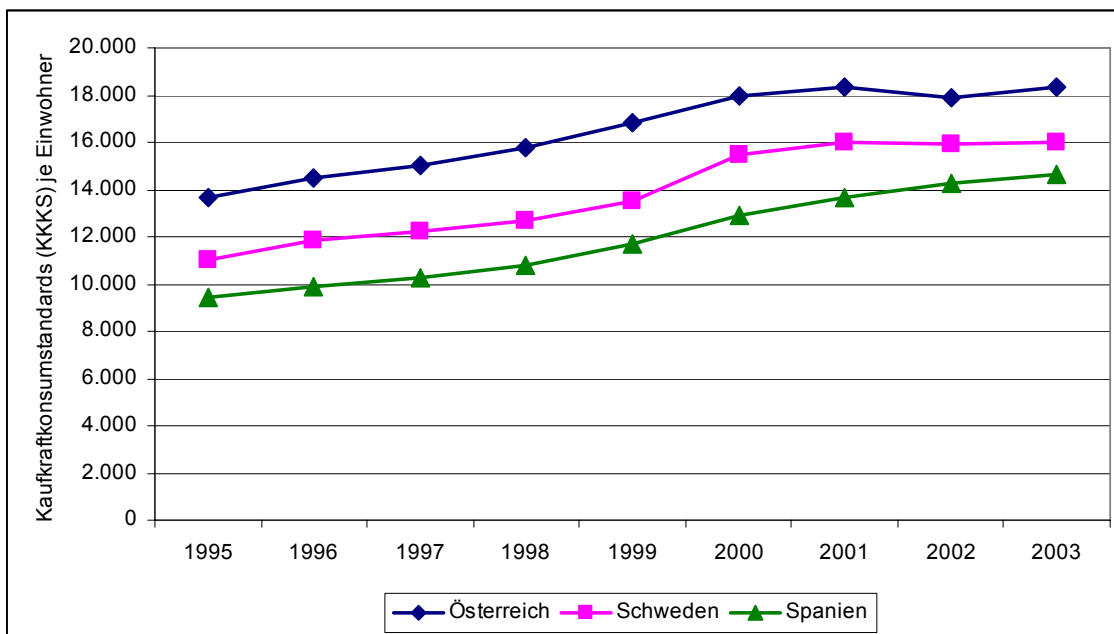
Betrachtet man die Primäreinkommen und die verfügbaren Einkommen im Zeitverlauf, so ist seit 1995 in allen drei Ländern eine positive Entwicklung zu erkennen. Auch wenn das Primäreinkommen den Ausgangspunkt für das verfügbare Einkommen darstellt, so liefert eine Gegenüberstellung jener beiden Einkommen Informationen hinsichtlich der staatlichen Interventionen – und zwar sowohl hinsichtlich des Abgabenniveaus als auch hinsichtlich der Transferleistungen.

Die Primäreinkommen sind über den gesamten Zeitverlauf hinweg in Österreich am höchsten und in Spanien am niedrigsten. Die Spannweite der Werte lag 1993 zwischen 9.400 KKKS und 13.700 KKS je Einwohner; 2003 zwischen 14.600 KKKS und 18.300 KKS je Einwohner. Sind in Österreich in der Referenzperiode die Primäreinkommen um rund 34% gestiegen, waren es in Schweden 45% und in Spanien sogar 55%.

¹⁰ Schätzung Eurostat

¹¹ Schätzung Eurostat

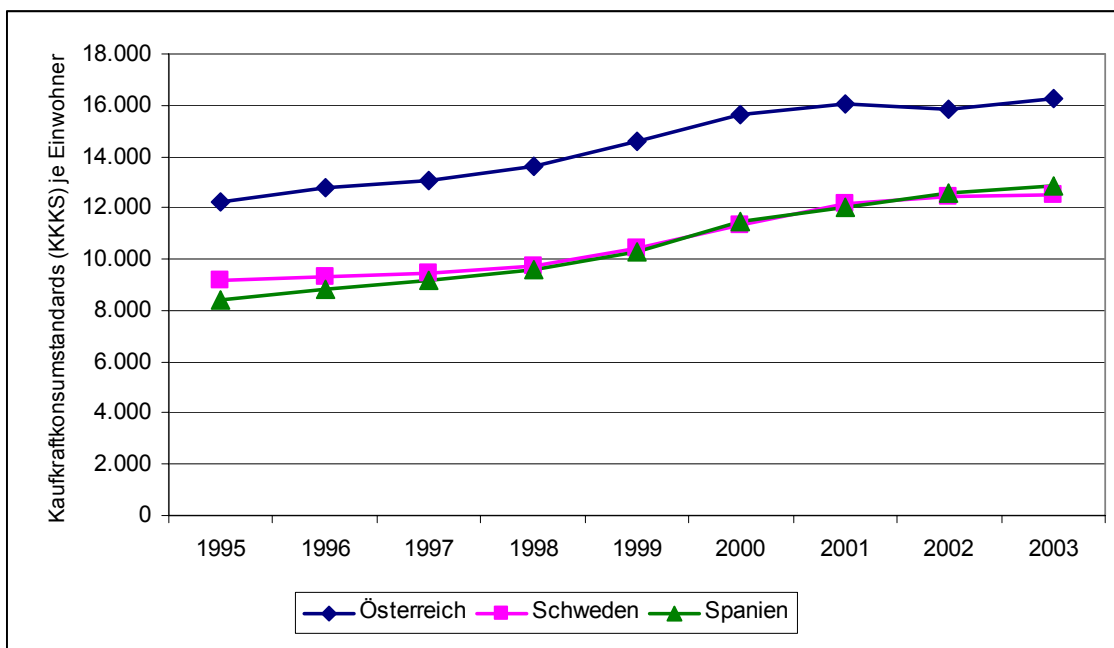
Abbildung 22: Primäreinkommen, in Kaufkraftkonsumstandards (KKKS) je Einwohner



Quelle: EUROSTAT 2006 - eigene Berechnungen;

Für die verfügbaren Einkommen privater Haushalte zeigt sich ein ähnliches Bild. In Spanien ist auch das verfügbare Einkommen am deutlichsten angestiegen, und zwar um rund 53%. Ebenfalls analog zu den Primäreinkommen ist in Österreich die Entwicklung verlaufen (Anstieg um rund 33%). In Schweden hingegen ist der Zuwachs an verfügbarem Einkommen (rund 37%) deutlich geringer ausgefallen als bei den Primäreinkommen (s.o.45%).

Abbildung 23: Verfügbares Einkommen, in Kaufkraftkonsumstandards (KKKS) je Einwohner



Quelle: EUROSTAT 2006 - eigene Berechnungen;

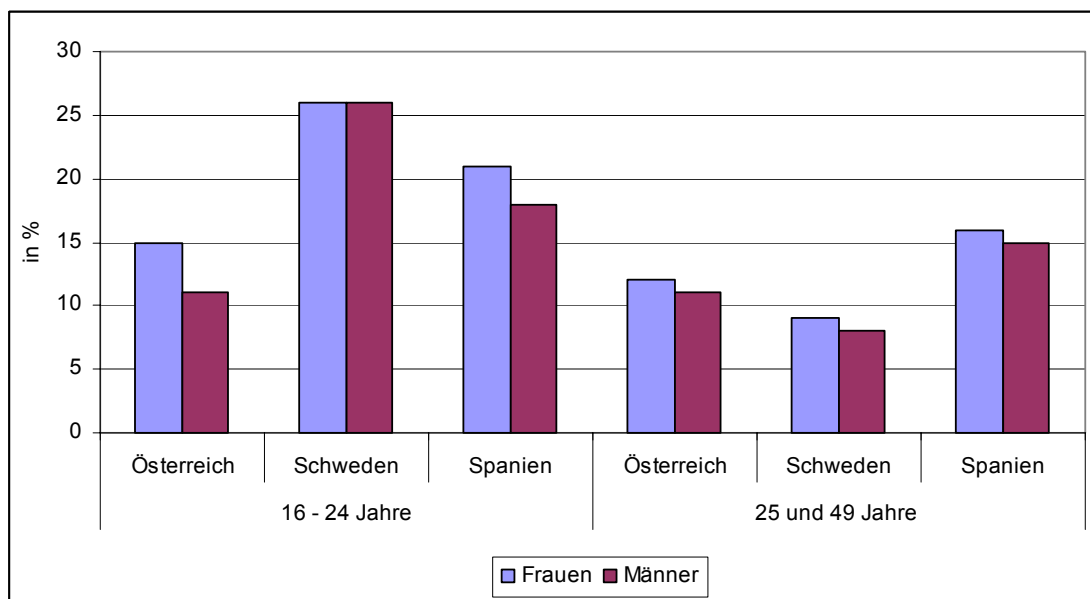
In der folgenden Abbildung wird die Armutsgefährdungsquote nach dem Alter aufgeschlüsselt. Bezogen auf die Fragestellung werden Personen im fertilen Alter verglichen – d.h. zwischen 16 und 24 Jahren einerseits und 25 und 49 Jahren andererseits.

Ganz klar zu erkennen ist die in allen drei Ländern gegebene höhere Armutsgefährdung der jüngeren Altersgruppen. Dies kann durch mehrere Faktoren erklärt werden: zunächst befinden sich die jüngeren Personen noch zu einem höheren Anteil in Ausbildung und haben kein eigenes Erwerbseinkommen. Transferzahlungen spielen in diesen Altersgruppen sicherlich eine größere Rolle. Die höhere Armutsgefährdung von jüngeren Menschen reflektiert aber auch die an den Lebenszyklus angepasste Einkommensentwicklung einer Person. Das Einkommen nimmt mit dem Einstieg ins Erwerbsleben zu, erreicht seinen höchsten Wert in etwa im Alter von 50 Jahren und sinkt bei Beginn des Ruhestandes wiederum ab.

Im Ländervergleich sind in Schweden die 16- bis 24jährige Personen mit 26% dem vergleichsweise größten Armutsrisiko ausgesetzt, in Österreich dem geringsten (Frauen: 15%, Männer 11%). In Spanien haben Frauen im selben Alter zu 21% ein unter der Armutsschwelle liegendes Einkommen und Männer zu 18%. Insgesamt sind Frauen – unabhängig von Alter und Land - zu einem höheren Prozentsatz von Armutsgefährdung betroffen als Männer.

Auch ist in Österreich der altersspezifische Unterschied in der Armutsgefährdungsquote deutlich geringer als in den beiden anderen Ländern. In Schweden sind Personen im Alter von 16 bis 24 Jahren dreimal so häufig von Armut bedroht als Personen von 25 bis 29 Jahren.

Abbildung 24: Armutsgefährdungsquote^a nach Alter, 2004



^a Grenze: 60% des medianen Äquivalenzeinkommens nach Sozialleistungen

Quelle: EUROSTAT 2006 - eigene Berechnungen;

7. Abschließende Bemerkungen und Ausblick

Der Ländervergleich macht zwei Dinge deutliche: Einerseits existieren in vielen gesellschaftlichen Bereichen nach wie vor deutliche Unterschiede zwischen Österreich, Schweden und Spanien. Andererseits sind im Zeitverlauf doch klare Anzeichen einer Annäherung aller drei Staaten zu erkennen. Gerade Spanien holt im Bereich der Ausbildung und Beschäftigung deutlich auf und schafft damit den Anschluss an die beiden anderen Länder. Auch die jüngsten Signale der spanischen Regierung, die Familien stärker zu fördern und die Vereinbarkeit von Erwerb und Familie zum politischen Handlungsziel zu machen, tragen zu einer Angleichung bei. Aufgrund dieser Entwicklungen könnte die These aufgestellt werden, dass es zu einer Homogenisierung der Rahmenbedingungen für das generative Verhalten innerhalb Europas kommt. Zu bedenken ist dabei, dass Spanien die Entwicklungen, die in Österreich und Schweden in mehr als einem halben Jahrhundert vonstatten gegangen sind, in nicht ganz drei Jahrzehnten zu bewältigen hat. Es wäre daher anzunehmen, dass Spanien gegenwärtig noch mit den Folgen des um rund 10 Jahre verspätet eingetretenen „zweiten demographischen Übergangs“ zu kämpfen hat. Erste Indizien, dass sich die Fertilitätsraten in Spanien zu erholen beginnen, sind gegeben.

Die Erstellung von Länderprofilen - wie im theoretischen Modell beschrieben – kann einen Beitrag zur Überprüfung jener „Homogenisierungs-These“ liefern. Dies erfolgt in einer Zusammenschau von sozialstatistischem Projektteil und qualitativer Untersuchung und wird Gegenstand des Endberichts sein. Neben der Auswertung der qualitativen Interviews werden im Endbericht auch der Werte- und Normenkontext in den einzelnen Ländern sowie die aktuellen familienpolitischen Rahmenbedingungen diskutiert.

Literaturverzeichnis

Akkerboom, Hans (2000): Qualitative Exploration of choices about having children; unpublished final report of the project "Partner interaction, demography and equal opportunities as future labour supply factors" to the Netherlands Family Council: The Hague;

Andersson, Gunnar, Duvander, Ann-Sophie und Karsten Hank (2004): Erwerbsstatus und Familienentwicklung in Schweden aus paarbezogener Perspektive, Working Paper 2004-006, Max-Planck-Institut für demographische Forschung, Rostock.

Bagavos, Christos und Claude Martin (2001): Sinkende Geburtenraten, Familienstrukturen und politische Reaktionen, Synthesebericht der Jahrestagung 2000 der Europäischen Beobachtungsstelle zur sozialen Situation, Demographie und Familie. Wien: Österreichisches Institut für Familienforschung, Materialiensammlung Heft 10.

Beck, Ulrich und Elisabeth Beck-Gernsheim (Hrsg.) (1994): Riskante Freiheiten. Individualisierung in modernen Gesellschaften, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Beck-Gernsheim, Elisabeth (1997): Die Kinderfrage. Frauen zwischen Kinderwunsch und Unabhängigkeit, München: Verlag C.H.Beck.

Becker, Gary S. (1991): A Treatise on the Family. Cambridge, MA: Harvard University Press.

Behnke, Cornelia und Michael Meuser (2003): Vereinbarkeitsmanagement. Die Herstellung von Gemeinschaft bei Doppelkarrierepaaren. In: Soziale Welt 54 (2003), S.163-174.

Bernhardt, Eva M. (1993): Fertility and Employment. In: European Sociological Review, Volume 9 (1), S.25-42.

Bernhardt, Eva M. (2000): Female Careers between Employment and Children. Paper presented at the seminar "Low Fertility, families and public policies", European Observatory on Family Matters in Sevilla, Sept. 2000.

Brewster, Karin L. und Ronald R. Rindfuss (2000): Fertility and women's employment in industrialized nations. In: Annual Review of Sociology, Volume 26, S. 271-296.

Bichlbauer, Dieter (2001): Zur Motivation des Kinderwunsches. Kritische Bemerkungen zur Kausalität von Gründen für oder gegen Kinder. In: Institut für Demographie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (Hrsg.): Demographische Informationen 2001, Wien, S. 5-14.

Birg, Herwig, Flöthmann, E.-Jürgen und Iris Reiter (1991): Biographische Theorie der demographischen Reproduktion, Frankfurt am Main/New York: Campus.

Buber, Isabella und Josef Kytir (2001): Erfahrungen mit Elternschaft und Kinderwunsch. Ergebnisse für 20- bis 40-jährige Mütter und Väter in Oberösterreich. In: Institut für Demographie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (Hrsg.): Demographische Informationen 2001, Wien, S. 30-38.

Buck, Hartmut, Kistler, Ernst und Gerhard Mendius (2002): Demographischer Wandel in der Arbeitswelt – Chancen für eine innovative Arbeitsgestaltung, Stuttgart: Broschürenreihe Demographie und Erwerbsarbeit.

BMUJF - Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie (Hrsg.) (1999): Zur Situation von Familie und Familienpolitik in Österreich. Vierter österreichischer Familienbericht: Familie - zwischen Anspruch und Alltag, Wien.

Coleman, James S. (1986): Social Theory, social research and a theory of action *The American Journal of Sociology*, 91, S. 1309-1335.

Delgado, Margarita und Teresa Castro Martín (1999): Fertility and Family Surveys in Countries of the ECE Region, Standard Country Report Spain. New York and Geneva: United Nations.

Dex, Shirley und Heather Joshi (1999): Careers and motherhood: policies for compatibility. *Cambridge Journal of Economics* 23, S. 641-659.

Dumont, Gérard-Francois (2003): Anhaltend niedrige Geburtenraten und ihre Folgen. In: *Leipert, Christian* (Hrsg.): Demographie und Wohlstand. Neuer Stellenwert für Familie in Wirtschaft und Gesellschaft, Opladen: Leske + Budrich, S. 143-152.

Eckhard, Jan und Thomas Klein (2006): Männer, Kinderwunsch und generatives Verhalten. Eine Auswertung des Familiensurvey zu Geschlechterunterschieden in der Motivation zur Elternschaft, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Eggen, Bernd (1997): Einkommenslagen und wirtschaftlich schwierige Situation von Ehepaaren ohne Kinder und mit Kindern in Ost- und Westdeutschland. In: *Zeitschrift für Sozialen Fortschritt*, Nr. 3, S.68-73.

Esping-Andersen, Gosta (1990): The three worlds of welfare capitalism, Cambridge: Polity Press.

Esping-Andersen, Gosta (1999): Social foundations of postindustrial economies, Oxford: University Press.

Fischer, Wolfgang und Martin Kohli (1987): Biographieforschung. In: *Voges, Wolfgang* (Hrsg.): Methoden der Biographie- und Lebenslaufforschung, Opladen: Leske und Budrich, S. 25-49.

Gauthier, Anne H. (1996): The state and the family: a comparative analysis of family policies in industrialized countries. Oxford: Clarendon Press

Goldstein, Joshua R., Lutz, Wolfgang und Maria Rita Testa. (2002): The emergence of subreplacement family size ideals in Europe. *VID Working Papers*. Vienna: Vienna Institute of Demography.

Granström, Fredrik (1997): Fertility and family surveys in countries of the ECE Region, Standard Country Report Sweden. New York and Geneva: United Nations.

Guger, Alois, Buchegger, Reiner, Lutz, Hedwig, Mayrhuber, Christine und Wüger, Michael (2003): Schätzung der direkten und indirekten Kinderkosten. Wien: Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz.

Horx, Matthias (2002): Die acht Sphären der Zukunft. Ein Wegweiser in die Kultur des 21. Jahrhunderts, Wien: Signum Verlag.

Huinink, Johannes (2000a): Soziologische Ansätze zur Bevölkerungsentwicklung. In: *Mueller, Ulrich, Nauck, Bernhard und Andreas Dieckmann* (Hrsg.): Handbuch der Demographie – Modelle und Methoden, Berlin/Heidelberg: Springer Verlag, S.339-386.

Huinink, Johannes (2000b): Bildung und Familienentwicklung im Lebensverlauf. In: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, Heft 3/2000, S.209-227.

Hülskamp, Nicola Elke (2005): Ursachen niedriger Fertilität in hoch entwickelten Staaten. Soziologische, ökonomische und politische Einflussfaktoren, Dissertation, Universität Köln.

Jansen, Stephan A., Priddat Birger P. und Nico Stehr (Hrsg.) (2005): Demographie. Bewegungen einer Gesellschaft im Ruhestand. Multidisziplinäre Perspektiven zur Demographiefolgenforschung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Kaufmann, Franz-Xaver (1995): Zukunft der Familie im vereinten Deutschland. Gesellschaftliche und politische Bedingungen, München: Beck.

Koslowski, Peter (1990): Der soziale Staat der Postmoderne. Ethische Grundlagen der Sozialpolitik und Reform der Sozialversicherung. In: *Sachße, Christoph und Tristram Engelhardt* (Hrsg.): Sicherheit und Freiheit. Zur Ethik des Wohlfahrtsstaates, Frankfurt: Suhrkamp, S. 28-70.

Kreyenfeld, Michaela (2001): Employment and Fertility – East Germany in the 1990s, Dissertation, Universität Rostock.

Kreyenfeld, Michaela (2002): Time-squeeze, partner effect or self-selection? An investigation into the positive effect of women's education on second birth risks in West-Germany. In: Demographic Research Vol.7, S.15-48.

Kuijsten, Anton, Strohmeier, Klaus-Peter und Hans-Joachim Schulze (1994): Social Policy and the Forms of Family Life in Europe. In: International Social Security Review, Vol.3-4, S. 11-30.

Lauterbach, W. (1999): Die Dauer nichtehelicher Lebensgemeinschaften. Alternative oder Vorphase zur Ehe? In: *Klein, Thomas und W. Lauterbach* (Hrsg.): Nichteheliche Lebensgemeinschaften - Analyse zum Wandel partnerschaftlicher Lebensformen, Opladen: Leske und Budrich, S. 269-308.

Liefbroer, Aart (2005): Changes in the transition to adulthood in Europe. An empirical analysis among cohorts between in the 1950s and 1960s in Europe and among Dutch cohorts born between 1900 and 1982. Report for the Robert Bosch Foundation, The Hague.

Lüscher, Kurt und Barbara Grabmann (2002): Lebenspartnerschaften mit und ohne Kinder: Ambivalenzen der Institutionalisierung privater Lebensformen. In: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation, Heft 1, Jg. 22, S. 47-63.

Matthias-Bleck, Heike (1997): Warum noch Ehe? Erklärungsversuche der kindorientierten Eheschließung (Dissertation). Bielefeld

Mayring, Philipp (2002): Einführung in die qualitative Sozialforschung. Eine Anleitung zu qualitativem Denken, Weinheim und Basel: Beltz Verlag.

Mayring, Philipp (2003): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken, Weinheim und Basel: Beltz Verlag.

Mueller, Ulrich, Nauck, Bernhard und Andreas Dieckmann (Hrsg.) (2000): Handbuch der Demographie – Modelle und Methoden, Berlin/Heidelberg: Springer Verlag.

Nave-Herz, Rosemarie (1997): Die Hochzeit - Ihre heutige Sinnzuschreibung seitens der Eheschließenden: Eine empirisch-soziologische Studie. Würzburg

Netherlands Family Council (2002): Social Indicators: The Next Generation; unveröffentlichter Endbericht an die Europäische Union.

Neyer, Gerda (2006a): Geburtenentwicklung und Familienpolitik: Ergebnisse vergleichender Studien zu den nordischen Ländern, Tätigkeitsbericht 2006 der Max-Planck-Gesellschaft [Online],
http://www.mpg.de/bilderBerichteDokumente/dokumentation/jahrbuch/2006/demografische_forschung/forschungsSchwerpunkt/index.html

Neyer, Gerda (2006b): Fertilität, Familiengründung und Familienerweiterung in den nordischen Ländern, Working Paper 2006-022, Max-Planck-Institut für demographische Forschung, Rostock.

Nickel, Horst, Vetter, Jürgen und *Claudia Quaiser-Pohl* (2001): Junge Eltern als Gegenstand kulturvergleichender Untersuchungen. Grundlagen und Konzeption eines ökopsychologischen Forschungsprojektes. In: *Nickel, Horst* und *Claudia Quaiser-Pohl* (Hrsg.): Junge Eltern im kulturellen Wandel. Untersuchungen zur Familiengründung im internationalen Vergleich (S. 13-33), Weinheim und München: Juventa Verlag.

Opielka, Michael (1997): Familienpolitik im Wohlfahrtsstaat. In: Zeitschrift für Sozialreform, Heft 5, 43. Jahrgang, S. 337-364.

Ott, Notburga (1992): Intrafamily Bargaining and Household Decisions, Berlin: Springer Verlag.

Prinz, Christopher, Lutz, Wolfgang, Nowak, Vera und *Christiane Pfeiffer* (1998): Fertility and Family Surveys in Countries of the ECE Region, Standard Country Report Austria. New York and Geneva: United Nations.

Rieck, Dorothea (2005): Der Einfluss gesellschaftlicher und ökonomischer Rahmenbedingungen auf den Kinderwunsch russischer Männer. Diplomarbeit, Max-Planck-Institut für demographische Forschung, Rostock.

Schenk, Herrad (2002): Wieviel Mutter braucht der Mensch. Der Mythos von der guten Mutter, Reinbeck bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.

Schmid, Josef (2002): Wohlfahrtsstaaten im Vergleich. Soziale Sicherung in Europa: Organisation, Finanzierung, Leistungen und Probleme, Opladen: Leske + Budrich

Schröder, Jette (2006): Frauenerwerbstätigkeit – ein Hemmnis für die Fertilität? Eine Analyse des Effekts der Erwerbstätigkeit auf den Übergang zur ersten Geburt in Deutschland, Working Paper Nr. 93. Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung.

Strohmeier, Henrika, Strohmeier, Klaus Peter und *Hans-Joachim Schulze* (2006): Familienpolitik und Familie in Europa. Literaturbericht. Herausgegeben vom Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen.

Taskinen, Sirpa (2000): Alternative child-care policies and fertility. Paper presented at the seminar "Low Fertility, families and public policies", European Observatory on Family Matters in Sevilla, Sept. 2000.

Quaiser-Pohl, Claudia und *Horst Nickel* (2001): Die Veränderung familialer Strukturen als Folge des gesellschaftlichen Wandels in der Bundesrepublik Deutschland. In: *Nickel, Horst*

und *Claudia Quaiser-Pohl* (Hrsg.): Junge Eltern im kulturellen Wandel. Untersuchungen zur Familiengründung im internationalen Vergleich, Weinheim und München: Juventa Verlag, S. 35-48.

Vaskovics, Laszlo A. und *Marina Rupp* (1995): Partnerschaftskarrieren: Entwicklungspfade nichtehelicher Lebensgemeinschaften. Opladen: Leske + Budrich.

Voges, Wolfgang (Hrsg.) (1987): Methoden der Biographie- und Lebenslaufforschung, Opladen: Leske + Budrich.

Zuletzt erschienene Working Papers

- Geserick**, Christine, Olaf Kapella: 15 mal CSR. Familienrelevante Corporate Social Responsibility im österreichischen Unternehmensalltag. Ergebnisse einer qualitativen Studie. Nr. 60/2007
- Neuwirth**, Norbert: The Determinants of Activities within the Family. A SUR-approach to Time-Use-Studies. Nr. 59/2007
- Kapella**, Olaf: Familienfreundlichkeit. Definition und Indikatoren. Nr. 58/2007
- Dörfler**, Sonja: Kinderbetreuungskulturen in Europa. Ein Vergleich vorschulischer Kinderbetreuung in Österreich, Deutschland, Frankreich und Schweden. Nr. 57/2007
- Wernhart**, Georg, Norbert Neuwirth: Eine Analyse zum subjektiven Wohlbefinden in Österreich. Wie glücklich machen Partnerschaft, Kinder und Einkommen wirklich? Happiness Research auf Basis des ISSP 2002. Nr. 56/2007
- Kaindl**, Markus, Norbert Neuwirth: Das Arbeitsangebot von Müttern. Ein Strukturgleichungsmodell zur Integration von individuellen Wertvorstellungen und Rollenverständnissen in klassischen Arbeitsangebotschätzungen. Eine Analyse auf Basis des ISSP 2002. Nr. 55/2007
- Wernhart**, Georg, Norbert Neuwirth: Geschlechterrollenwandel und Familienwerte (1988-2002). Österreich im europäischen Vergleich. Ergebnisse auf Basis des ISSP 1988, 2002. Nr. 54/2007
- Geserick**, Christine, Astrid Haider, Brigitte Cizek, Gilbert Baumgartner: Familienrelevante CSR-Maßnahmen österreichischer Unternehmen 2005. Eine Recherche zu externen Maßnahmen. Nr. 53/2006
- Dörfler**, Sonja, Benedikt Krenn: Kinderbeihilfenpakete im internationalen Vergleich. Monetäre Transferleistungen und Steuersysteme im Bereich der Familienförderung in Österreich, Deutschland, Norwegen und Schweden. Nr. 52/2005
- Schipfer**, Rudolf Karl: Der Wandel der Bevölkerungsstruktur in Österreich. Auswirkungen auf Regionen und Kommunen. Nr. 51/2005
- Cizek**, Brigitte, Olaf Kapella, Maria Steck: Kommunikationspsychologie. Grundlagen. Nr. 50/2005
- Cizek**, Brigitte, Olaf Kapella, Maria Steck: Entwicklungstheorie II. Adoleszenz. Nr. 49/2005
- Cizek**, Brigitte, Olaf Kapella, Maria Steck: Entwicklungstheorie I. Kleinkindalter – Kindergarten – Volksschule. Nr. 48/2005
- Geserick**, Christine: Neue Medien im familialen Kontext. Eine Recherche zu Studienergebnissen im Zusammenhang mit Nutzung, Chancen und Herausforderungen im Familienalltag. Nr. 47/2005
- Neuwirth**, Norbert: Parents' time, allocated for child care? An estimation system on patents' caring activities. Nr. 46/2004
- Neuwirth**, Norbert, Astrid Haider: The Economics of the Family. A Review of the development and a bibliography of recent papers. Nr. 45/2004
- Neuwirth**, Norbert: masFIRA - Multi-agent-system on Family Formation and Intra-family Resource Allocation. An Agent-based Simulation Approach to the Manser/Brown Model - Technical Documentation of the Prototype. Nr. 44/2004
- Dörfler**, Sonja: Außerfamiliäre Kinderbetreuung in Österreich - Status Quo und Bedarf. Nr. 43/2004
- Haider**, Astrid, Guido Heineck und Norbert Neuwirth: Zwischen Reproduktions- und Erwerbsarbeit: Der Zusammenhang von Kinderbetreuung, Pflege und Frauenerwerbstätigkeit. Nr. 42/2004
- Buchebner-Ferstl**, Sabine: Das Paar beim Übergang in den Ruhestand. Ergebnisse einer qualitativen Studie. Nr. 41/2004
- Heineck**, Guido, Astrid Haider und Norbert Neuwirth: Determinanten abhängiger Selbstständigkeit in Österreich. Nr. 40/2004
- Heineck**, Guido: Religion, Attitudes towards Working Mothers and Wives' Full-time Employment. Evidence for Austria, Germany, Italy, the UK, and the USA. Nr. 39/2004
- Dörfler**, Sonja, Josef Meichenitsch: Das Recht auf Teilzeit für Eltern. Top oder Flop? Nr. 38/2004

- Meichenitsch**, Josef: Kinder + Studium = Gesundheitsvorsorge? Eine empirische Analyse des primären Gesundheitsverhaltens in Österreich. Nr. 37/2004
- Dörfler**, Sonja: Die Wirksamkeit von Arbeitsbedingungen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Erwerb. Teil 1: Arbeitszeit und Arbeitsort. Nr. 36/2004
- Kapella**, Olaf, Christiane Rille-Pfeiffer: Über den Wunsch, ein Kind zu bekommen. Kinderwunsch hetero- und homosexueller Paare. Nr. 35/2004
- Kapella**, Olaf: Stahlhart – Männer und erektile Dysfunktion. Nr. 34/2003
- Städtner**, Karin: Female Employment Patterns around First Childbirth in Austria. Nr. 33/2003
- Schwarz**, Franz: Sozio-ökonomische Ungleichheiten im Gesundheitsverhalten in Österreich / Socioeconomic Inequalities in Health Behavior in Austria. Nr. 32/2003
- Dörfler**, Sonja: Nutzung und Auswirkungen von Arbeitsarrangements zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Erwerb. Nr. 31/2003
- Dörfler**, Sonja: Familienpolitische Leistungen in ausgewählten europäischen Staaten außerhalb der Europäischen Union. Nr. 30/2002
- Städtner**, Karin, Martin Spielauer: The Influence of Education on Quantum, Timing and Spacing of Births in Austria. Nr. 29/2002
- Buchebner-Ferstl**, Sabine: Partnerverlust durch Tod. Eine Analyse der Situation nach der Verwitwung mit besonderer Berücksichtigung von Geschlechtsunterschieden. Nr. 28/2002
- Schwarz**, Franz, Martin Spielauer, Karin Städtner: University Education. An Analysis in the Context of the FAMSIM+ Family Microsimulation Model for Austria. Nr. 27/2002
- Schwarz**, Franz, Martin Spielauer: The Composition of Couples According to Education and Age. An Analysis in the Context of the FAMSIM+ Family Microsimulation Model for Austria. Nr. 26/2002
- Städtner**, Karin: Arbeitsmarktrelevante Konsequenzen der Inanspruchnahme von Elternkarenz. Nr. 25/2002
- Pfeiffer-Gössweiner**, Veronika, Johannes Pflegerl: Migration in the European Union: An Overview of EU Documents and Organisations Focusing on Migration. Nr. 24/2002/E
- Schwarz**, Franz, Martin Spielauer, Karin Städtner: Gender, Regional and Social Differences at the Transition from Lower to Upper Secondary Education. An Analysis in the Context of the FAMSIM+ Family Microsimulation Model for Austria. Nr. 23/2002
- Dörfler**, Sonja: Familienpolitische Maßnahmen zum Leistungsausgleich für Kinderbetreuung – ein Europavergleich. Nr. 22/2002
- Pflegerl**, Johannes: Family and Migration. Research Developments in Europe: A General Overview. Nr. 21/2002
- Dörfler**, Sonja, Karin Städtner: European Family Policy Database – Draft Manual. Nr. 20/2002
- Buchebner-Ferstl**, Sabine: Die Partnerschaft als Ressource bei kritischen Lebensereignissen am Beispiel der Pensionierung. Nr. 19/2002
- Spielauer**, Martin: The Potential of Dynamic Microsimulation in Family Studies: A Review and Some Lessons for FAMSIM+. Nr. 18/2002
- Neuwirth**, Norbert: Labor Supply of the Family – an Optimizing Behavior Approach to Microsimulation. Nr. 17/2002
- Vencatasawmy**, Coomaren P.: Modelling Fertility in a Life Course Context: Some Issues. Nr. 16/2002
- Spielauer**, Martin, Franz Schwarz, Kurt Schmid: Education and the Importance of the First Educational Choice in the Context of the FAMSIM+ Family Microsimulation Model for Austria. Nr. 15/2002

Alle zu beziehen bei: Österreichisches Institut für Familienforschung (ÖIF) der Universität Wien
A-1010 Wien, Gonzagagasse 19/8
Tel: +43-1-5351454-19, Fax: +43-1-535 14 55
E-Mail: edeltraud.puerk@oif.ac.at

Das Österreichische Institut für Familienforschung der Universität Wien ist ein wissenschaftliches, überparteiliches und unabhängiges Institut zur anwendungsorientierten, disziplinenübergreifenden Erforschung und Darstellung der Struktur und Dynamik von Familien, Generationen, Geschlechtern und Partnerschaften.

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für Gesundheit, Familie und Jugend über die Familie & Beruf Management GmbH sowie der Länder Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol, Vorarlberg und Wien.

